

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 34 · 22. August 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

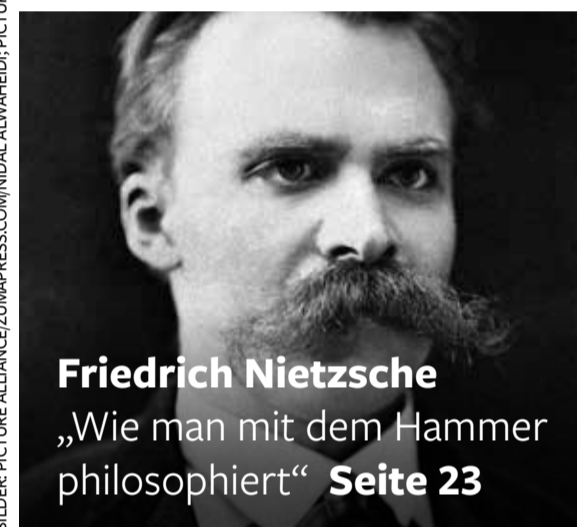
Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Die Hamas und das Geld

Aus welchen Quellen die Terrororganisation von Gaza ihren Kampf gegen Israel bestreitet
Seite 3



Argentinien Präsident Milei mit hohem Wachstum auf Erfolgskurs Seite 7



Friedrich Nietzsche „Wie man mit dem Hammer philosophiert“ Seite 23

VON RENÉ NEHRING

Nach dreieinhalb Jahren Krieg könnte es nun schnell zu einem Frieden in der Ukraine kommen. Zwar sind nach einem Gipfel am Montag im Weißen Haus zwischen US-Präsident Trump und europäischen Vertretern – darunter Bundeskanzler Merz – sowie nach dem zuvor erfolgten Treffen Trumps mit seinem russischen Kollegen Putin in Alaska noch viele Details offen, doch ist zum ersten Mal seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine ein Prozess zur Suche einer politischen Lösung des Konfliktes erkennbar.

Dazu gehört unter anderem ein in Aussicht stehendes Treffen zwischen Putin und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj. Bewegung gibt es auch in der Frage von Sicherheitsgarantien für die Ukraine, während der Stand in der Frage internationaler Friedenstruppen noch unklar ist. Ein gravierender Knackpunkt war bislang die Anerkennung russischer Territorialgewinne. Weigerte sich die Ukraine – aus verständlichen Gründen – bis dato, Gebietsabtretungen zuzustimmen, so scheint es jetzt nur noch um das Ausmaß der Geländeverluste zu gehen. Zumindest sagte Selenskyj, dass er über territoriale Fragen direkt mit Putin verhandeln wolle.

Dass ein Frieden in Sicht ist, zeigen auch die Reaktionen aus Moskau. Zwar gab es von russischer Seite zunächst keine Bestätigung der Aussagen des US-Präsidenten und der europäischen Verbündeten und stattdessen eine Klarstellung des Außenministeriums, dass Russland keine NATO-Truppen zur Friedenssicherung in der Ukraine akzeptieren werde, doch ist dies kein grundsätzliches „Njet“ zu dem in Washington skizzierten Prozess.

Und so zeigte sich denn auch der Bundeskanzler im Anschluss an das Treffen euphorisch, dass seine Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen worden seien. Auch in den Äußerungen der anderen europäischen Gipfelteilneh-

mer überwog die Zuversicht, wenngleich – etwa in Person des finnischen Präsidenten Stubb – nach wie vor Skepsis herrscht, ob Russland tatsächlich willens ist, fortan auf kriegerische Abenteuer zu verzichten.

Europa nur Zuschauer

Dass sich die europäischen Staaten weitgehend zufrieden mit dem Washingtoner Gipfel zeigen, kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie in diesen Tagen harte Lektionen in Realpolitik erhalten. So ging manchem Beobachter erst im Landeanflug Trumps und Putins in Alaska auf, dass sich gerade die Führer zweier externer Großmächte möglicherweise daran machen, das weitere Schicksal unseres Kontinents zu beschließen. Und die Kommentare zum Verhalten Trumps in Washington, der sowohl Selenskyj als auch die europäischen Verbündeten miteinbezog, hatten durchaus etwas von einem erfreuten Seufzer, dass sich diese Befürchtungen nicht erfüllten.

Dabei haben die Europäer die Rolle des Zuschauers selbst gewählt. Anders als nach der Annexion der Krim 2014, als es der damaligen Kanzlerin Merkel in Minsk gelang, den Konflikt einzufrieren, haben es die europäischen Nationen seit Ausbruch des Ukrainekriegs noch nicht einmal versucht, den Krieg auf irgendeine Weise politisch zu lösen. Stattdessen träumten sie davon, Russland auf dem Schlachtfeld besiegen zu können. Jedes Waffensystem,

INTERNATIONALE SICHERHEIT

Europa erhält eine harte Lektion in Realpolitik

Während im Ukrainekrieg erstmals ein Frieden in Sicht scheint, offenbart sich die europäische Außenpolitik der letzten Jahre einmal mehr als Irrweg

das den politischen Entscheidern – von denen kaum noch einer Wehrdienst geleistet hat – von militärischen Beratern vorgestellt wurde, wurde als „Gamechanger“ gefeiert, mit dem es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis Moskau kapituliere.

Zu einer Symbolfigur europäischer Politik wurde EU-Kommissionspräsidentin v. der Leyen. Diese ist nicht nur verantwortlich für eine Sanktionspolitik, die selbst nach 18 Maßnahmenpaketen nicht in der Lage war, Russland zu beeindrucken. Als 2024 der Ungar Orbán in seiner Funktion als EU-Ratspräsident einen Vermittlungsversuch unternahm – und dabei zunächst mit Kiew sprach und dann erst mit Moskau, Peking und Washington – wurde dieser von v. der Leyen regelrecht angefeindet. Offensichtlich ist „Brüssel“ das In-Schach-Halten der EU-Mitgliedstaaten wichtiger als die unvoreingenommene Suche nach einer Lösung des blutigen Krieges.

Unterstützt wurden die politischen Entscheider in ihrem Agieren von der Mehrheit der Medien. Etwa eine Woche nach Kriegsbeginn, als sichtbar wurde, dass die Ukraine nicht überrannt werden würde, ließen diese nur noch Stimmen zu Wort kommen, die die Erzählung von der unmittelbar bevorstehenden russischen Niederlage teilten. Dass sich die Lage auf dem Schlachtfeld tatsächlich in eine ganz andere Richtung bewegte, konnte all die „Experten“ nicht beirren.

Die Motive dafür sind vielfältig. Ein nicht ganz unwesentlicher Grund dürfte das Überlegenheitsgefühl sein, dass die westlichen Nationen nach dem Kalten Krieg gegenüber dem Osten erfasste. Russland galt nach dem Niedergang und Zerfall der Sowjetunion den meisten Beobachtern beiderseits des Atlantiks bestenfalls als zweitklassiger Gegner. Deshalb stellte sich die Frage, ob Moskau den Ukrainekrieg gewinnen könne und was dies für die westliche Sicherheitsarchitektur bedeuten würde, erst gar nicht.

Ein weiterer Grund für die westliche Haltung ist die Verschiebung des Fokus in der Außen- und Sicherheitspolitik. Diese sollte nicht mehr interessengeleitet, sondern „wertebasiert“ sein. Im Ukrainekrieg führte dies schnell zu einer Ideologisierung der eigenen Positionen und zu einer Dämonisierung des Gegners Russlands. Natürlich ist sowohl der russische Versuch, völkerrechtlich fixierte Grenzen gewaltsam zu verschieben, als auch die daraus hervorgegangenen Opfer an Menschenleben nicht zu rechtfertigen. Doch sorgte die Rhetorik Moskau gegenüber dafür, dass die Europäer auf dem Feld der Diplomatie aus dem Spiel waren.

Und so bleibt im Interesse unseres Kontinents zu hoffen, dass nicht nur der Ukrainekrieg in Kürze zu Ende geht – sondern auch, dass sich die europäischen Staaten wieder auf die Grundsätze ihrer einst erfolgreichen Außenpolitik besinnen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Das allmähliche, aber stetige Dahinschwinden des alten West-Berlin
Seite 5

Kultur

Vor 75 Jahren starb Ernst Wiechert. Seine Aktualität ist ungebrochen
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Einem architektonischen Juwel des alten Königsberg droht der Verfall
Seite 13

Lebensstil

Kunstguss mit Weltgeltung. Lauchhammer feiert 300 Jahre Industriekultur
Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die Atomwaffen der USA und Russlands sind scharfgestellt – Nach Trumps Entsendung zweier Atom-U-Boote gen Russland drohte Putin mit Hyperschallraketen – Aber was steckt wirklich hinter dem verbalen Säbelrassel?

Nukleare Drohgebärden

Alles nur leere Worthülsen – oder steuern Russland und die USA tatsächlich auf einen Atomkrieg zu?

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Rahmen seiner Bemühungen um eine schnelle Waffenruhe in der Ukraine setzte der US-Präsident Donald Trump dem Kreml Mitte Juli eine 50-Tage-Frist zur Beendigung des Krieges, die er dann wenig später abrupt auf „zehn oder zwölf Tage von heute“ verkürzte. Dieses Doppel-Ultimatum quittierte der frühere russische Präsident und Regierungschef sowie jetzige Vize-Präsident des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, in den sozialen Medien mit scharfen, propagandistischen Pöbel-Angriffen auf Trump. Der sei ein „Opa“, der Russland keine Vorschriften zu machen habe und sich im übrigen vor Augen halten solle: „Jedes neue Ultimatum ist eine Bedrohung und ein Schritt in Richtung Krieg. Nicht zwischen Russland und der Ukraine, sondern mit seinem eigenen Land.“

Daraufhin warnte Trump den Putin-Vertrauten, er solle „auf seine Wortwahl achten“, denn „er betritt sehr gefährliches Terrain“. Die Antwort Medwedews via Telegram bestand im Verweis darauf, „wie gefährlich die sagenumwobene ‚Tote Hand‘ sein kann“. Hierbei handelt es sich um ein System aus Sowjetzeiten, das immer noch existiert und im Falle eines atomaren Erstschlages gegen Russland automatisch den Zweitschlag auslösen würde. Medwedews Anspielung bewog Trump dazu, ebenfalls die nukleare Karte zu ziehen, indem er auf seiner Plattform Truth Social schrieb: „Aufgrund der äußerst provokanten Äußerungen des ehemaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew ... habe ich die Stationierung von zwei Atom-U-Booten in den entsprechenden Regionen angeordnet, für den Fall, dass diese törichten und aufrührerischen Äußerungen mehr als nur das sind. Worte sind sehr wichtig und können oft unbeabsichtigte Folgen haben.“

Angesichts dessen lamentierte der britische „Daily Telegraph“: „Nie zuvor hat es ein US-Präsident gewagt, so am Rande eines Atomkrieges zu balancieren.“ Das allerdings war ausgemachter Unsinn und Panikmache, wie Trumps früherer Sicherheitsberater und jetziger Gegner, John Bolton, im Interview mit CNN unmissverständlich klarstellte: „Diese U-Boote warten nicht in einem Hafen. Sie sind auf

langfristigen Abschreckungspatrouillen. Einige stehen bereits in Position. Sie müssen nirgendwo hin, sie sind schon da.“ Und das sei seit Jahrzehnten so.

Verlagerung an die Westgrenze

Bei Trumps Ankündigung, die im übrigen auch offenließ, ob er konventionell bewaffnete Jagd-U-Boote mit Atomtrieb oder strategische Boote der Ohio-Klasse mit Trident-Nuklearraketen meinte, handelte es sich also um reine Symbolpolitik. Daher reagierte der Kreml – von Putins Verbal-Bulldogge Medwedew einmal abgesehen – auch eher gelassen. So kommentierte Putins Sprecher Dmitri Peskow nur, Trump habe Medwedews Äußerungen wohl als persönlichen Affront empfunden und deshalb emotional gehandelt, was aber nichts an der Faktenlage ändere: Es sei „ganz offensichtlich, dass die amerikanischen U-Boote immer militärisch in Bereitschaft sind“. Und der Parlamentsabgeordnete Wiktor Wodolazki, seines Zeichens Vize-Vorsitzender des GUS-

Ausschusses in der Moskauer Staatsduma, erklärte, Trump könne Russland keine Angst machen, denn es verfüge über mehr und besser ausgestattete Atom-U-Boote als die Vereinigten Staaten.

Andererseits blieb Trumps Verlautbarung in Bezug auf die Entsendung der Atom-U-Boote gen Russland nicht ganz ohne Konsequenzen, wobei die kurze Antwort Putins sehr viel eher Anlass zur Sorge bietet als das Gepöbel von Medwedew. Unmittelbar nachdem Trump im Interview mit dem Nachrichtensender „Newsmax“ behauptet hatte, dass die amerikanischen U-Boote nun „näher an Russland dran“ seien als zuvor, kündigte der Kremlchef den Beginn der Serienproduktion der zweistufigen Hyperschallrakete Oreschnik sowie deren baldige Stationierung an der russischen Westgrenze beziehungsweise im benachbarten Weißrussland an.

Das ist ein extrem gefährliches und ebenso brutal todbringendes Waffensystem, wie sich bereits beim ersten akuten Kriegseinsatz am 21. November 2024 ge-

gen das ukrainische Rüstungsunternehmen Piwdenmasch zeigte.

NATO wäre hilflos

Die Oreschnik, deren Reichweite vermutlich bis zu 5500 Kilometer beträgt, rast mit fast zwölfmaliger Schallgeschwindigkeit auf ihr Ziel zu, weswegen der Einschlag der Gefechtsköpfe mit einer derart hohen kinetischen Energie erfolgt, dass allein schon dadurch im Ziel schwerste Zerstörungen und Temperaturen von bis zu 7000 Grad auftreten. Der auch nuklear bestückbare Flugkörper besitzt also selbst bei Verwendung einfachster konventioneller Gefechtsköpfe die Vernichtungskraft einer taktischen Kernwaffe. Dazu kommt, dass jede einzelne der Raketen bis zu 36, möglicherweise auch noch separat lenkbare, Sprengköpfe freisetzen kann. Daher würde der gleichzeitige Einsatz mehrerer Oreschniks die vorhandenen westliche Abwehrsysteme total überfordern, was die NATO nun vor fundamentale Probleme stellt.



US-Präsident Trump schickte zwei US-Atom-U-Boote Richtung Russland, um seinem gestellten Ultimatum Nachdruck zu verleihen und um die „provokanten Äußerungen“ von Putins Vize Medwedew entsprechend zu beantworten

BILD: PICTURE ALLIANCE / ZONAR | MICHAEL ROSSKOTHEIN

FRANKREICH

Hacker lüften IT-Rüstungsgeheimnisse

Die Naval Group ist ein staatlicher französischer Rüstungskonzern mit 17.000 Mitarbeitern. Sie fertigt unter anderem Schiffe und Waffensysteme für die französischen Seestreitkräfte. Zu den wichtigsten Produkten des Konzerns gehören neben Korvetten, Fregatten, Flugzeugträgern und konventionellen U-Booten die strategischen Atom-Unterseeboote der Triomphant-Klasse, die das Rückgrat der nuklearen Abschreckungsstreitmacht der „Grande Nation“ bilden und zu Erst- oder auch Zweitschlägen befähigen. Angesichts dessen sollte die Geheimhaltung in der Naval Group mit an vorderster Stelle rangieren. Umso blamabler ist jetzt ein Vorfall, bei dem Sicherheitslücken in der verwendeten Microsoft-Software zu einem wahren IT-Super-Gau führten.

Am 23. Juli gab der anonyme Hacker „Neferpitou“ bekannt, dass er rund ein Terabyte interner Daten der Naval Group erbeutet habe, darunter brisantes Material über die Waffen- und Steuerungssysteme der französischen Atom-U-Boote. Er räumte dem Konzern eine Frist von 72 Stunden ein, um mit ihm in Kontakt zu treten – ansonsten würde alles an die Öffentlichkeit gelangen. Zwei Tage später stellte der Hacker eine „kostenlose Probe“ im Umfang von 13 Gigabyte ins Netz.

Die Naval Group reagierte indes auf keine der beiden Wortmeldungen, sodass der IT-Kriminelle, dem es dem Anschein nach nicht um Erpressung ging, seine Drohung am 26. Juli wahr machte und einen Link zu dem gesamten Datenkonvolut freischaltete.

Erst dann sah sich die Naval Group veranlasst, zu dem Vorfall Stellung zu nehmen. Das tat sie in Form einer Pressemitteilung, in der es hieß, man habe „bislang keine Hinweise auf IT-Einbrüche gefunden“. Damit dürfte die Reputation des Herzstücks der französischen Rüstungsindustrie aufs Schwerste beschädigt sein, was möglicherweise die Absicht des Hackers war. Gleichzeitig ist jedoch der Einsatz der französischen Atom-U-Boote nun mit unkalkulierbaren Risiken behaftet. W.K.

AKTUELLE STUDIEN

Versehentlicher Atomkrieg aus Krankheitsgründen

Viele Staatschefs sind zu krank, um bewusste Entscheidungen für den Einsatz von Atomwaffen zu treffen

Derzeit verfügen neun Länder rund um die Welt über Atomwaffen. Das sind die USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea, wobei den jeweiligen Staats- oder Regierungschefs die letzte Entscheidung über den Einsatz dieser Waffen obliegt. Insofern ist es von äußerster Wichtigkeit, dass die Verantwortlichen keine gravierenden – insbesondere mentalen – Gesundheitsprobleme haben, die ihr Urteilsvermögen beeinträchtigen.

Der Blick in die Vergangenheit liefert jedoch etliche gegenteilige Beispiele: Nikita Chruschtschow litt streckenweise unter diabetesbedingter Verwirrtheit, während US-Präsident Richard Nixon an-

geblich alkoholkrank war. Chinas „Großer Steuerhelfer“ Mao Zedong hatte unter anderem eine Angststörung, Chruschtschows Nachfolger Leonid Breschnew zeigte deutliche Demenz-Symptome, das Ende der Amtszeit des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin wurde von dessen ausgeprägten Depressionen überschattet. John F. Kennedy schluckte Amphetamine, Francois Mitterrand war durch eine schwere Krebserkrankung gehandicapt und der indische Premier Atal Bihari Vajpayee durchlebte immer wieder Phasen der Desorientierung und des Gedächtnisverlustes.

Einen Gesamtüberblick über das beunruhigende Phänomen der einge-

schränkten Zurechnungsfähigkeit von Personen, welche von Amts wegen ein nukleares Inferno auslösen können, bietet nun die Studie „Die häufig beeinträchtigte Gesundheit der Führer von Atomwaffenstaaten“, deren Inhalt seit dem 8. Juli über die Plattform BioMed Central (BMC) Research Notes zugänglich ist.

Darin zeigen die Mediziner Nick Wilson, George Thomson und Matt Boyd von der University of Otago im neuseeländischen Wellington auf der Grundlage ausführlicher Nachforschungen über den physischen und psychischen Zustand von 51 früheren Staatschefs, dass fast jeder zweite dieser Politiker definitiv zu krank war, um fundierte Entscheidungen für

„Allein Chinas früherer Staatschef Mao Zedong litt unter zehn parallel relevanten Gebrechen“

Nick Wilson
Mediziner und Co-Autor der Studie „Die häufig beeinträchtigte Gesundheit der Führer von Atomwaffenstaaten“

den Einsatz von Kernwaffen zu treffen. Ein deutlicher Beweis hierfür ist nicht zuletzt der Tod von acht Staatschefs im Verlauf ihrer Amtszeit. Die Verstorbenen litten im Durchschnitt an vier schweren Krankheiten, die allesamt auch zum geistigen Verfall führten, wobei Mao Zedong mit gleich zehn parallelen relevanten Gebrechen an der Spitze rangierte.

Das Ergebnis der Untersuchung passt zu dem Fazit einer 2023 erschienenen Studie von Wissenschaftlern des US-amerikanischen Forecasting Research Institute, demzufolge die Wahrscheinlichkeit des versehentlichen Ausbruchs eines Atomkrieges aktuell bei drei bis elf Prozent liege. W.K.

Die Quellen des Terrors

Seit ihrer Gründung 1987 führt die Hamas einen gnadenlosen Krieg gegen Israel. Doch aus welchen Ressourcen bestreitet die Organisation ihren Kampf, sodass sie trotz Unterlegenheit auf dem Schlachtfeld ihr Schreckenswerk weiter fortsetzen kann?

VON ALFRED SCHLICHT

Hinter jeder erfolgreichen Terrororganisation steht ein Finanzsystem“, hat Herzl Halevi, Generalstabschef der israelischen Streitkräfte bis März 2025, gesagt. In der Tat sind die großen Terrorbewegungen auch immer große Finanz- und Wirtschaftsimperien. Auf der „Forbes“-Rangliste der zehn reichsten Terrororganisationen sind bis auf eine – „The Real IRA“ auf Platz 10 – allesamt radikal-islamisch. Die Hamas steht auf Platz 3 – nach der Hisbollah und den Taliban, aber vor al-Kaida und dem IS.

Dass man für einen jahrelangen Krieg gegen eine hochgerüstete Militärmacht wie Israel, für die Kontrolle beziehungsweise Unterdrückung von über zwei Millionen Menschen in Gaza und den Unterhalt eines quastaatlichen Apparates sowie eines weltweiten Verbindungsnetzes immense Mittel benötigt, ist auf der Hand liegend. Doch wie generiert eine Organisation wie Hamas solche hohe Summen – und von welchen Beträgen müssen wir ausgehen?

Der „Business-Insider“ diagnostiziert ein „Geflecht aus Investitionen, vorgetäuschten ‚Wohltätigkeitsorganisationen‘, Krypto-Transaktionen und internationaler Unterstützung“. Allerdings erwirtschaftet die Hamas darüber hinaus auch in Gaza selbst hohe Einkünfte. Das Wirtschaftsimperium der Terrororganisation soll einen Umfang von etwa 700 Millionen US-Dollar haben. Doch ist anzunehmen, dass die Summe der Besitztümer, die etwa auch die immensen Vermögen verschiedener Hamas-Führungspersonen umfassen, weit höher liegt. Seit die Hamas 2007 die Macht in Gaza übernahm, sollen allein aus Katar Milliarden in die Taschen der Organisation geflossen sein.

Die Finanzflüsse und Wirtschaftsaktivitäten, die die Hamas, ihre Führer oder ihre Strohleute kontrollieren, sind so vielfältig und intransparent, dass eine verlässliche Schätzung ihres Gesamtvermögens oder des „Betriebskapitals“ auch nicht annähernd möglich ist. Gleichwohl gibt es durchaus Informationen, die zumindest ein ungefähres Bild von den finanziellen Verhältnissen der Hamas ermöglichen.

Iran und Katar als wichtigste staatliche Unterstützer

Der wichtigste Alliierte der Hamas ist der Iran. Für den Mullah-Staat ist die Hamas ein wichtiger Hebel zur Einflussnahme im Nahen Osten und im Konflikt mit dem alten Rivalen und Gegner Saudi-Arabien. Darüber hinaus erspart die Unterstützung der Hamas dem Iran den Einsatz eigener Menschen in der Auseinandersetzung mit Israel. Die iranischen Zuwendungen sollen bei etwa 100 Millionen US-Dollar jährlich liegen und sind somit eine wichtige finanzielle Konstante für die Terrororganisation.

Auch Katar ist ein enger Hamas-Verbündeter. Das Regime in Doha kooperiert einerseits eng mit den USA – die Al-Udeid Airbase ist die größte US-Militärbasis im ganzen Nahen Osten –, gleichzeitig unterhält der reiche Kleinstaat, der nur halb so groß wie Hessen ist und deutlich weniger Einwohner hat als Berlin, exzellente Beziehungen zum Iran, zu den Taliban, zur Hisbollah und zur Hamas.

Was widersprüchlich klingt, ist in Wahrheit ein erfolgreiches Geschäftsmodell. Wenn der Westen, also etwa die USA, Deutschland oder sogar Israel, mit den Terrorgruppen und -regimen der islamischen Welt kommunizieren wollen oder verhandeln müssen, fungiert Katar als unverzichtbarer Vermittler und stellt seine Kanäle zur Verfügung. Da spielt es dann auch keine Rolle, dass aus Katar von 2007 bis 2023 wohl mindestens 2,1 Milliarden Dollar an die Hamas gegangen sind. 2018 hat



Kein Kampf ohne Geld: Grundlage des Hamas-Terrors sind ein breites Netzwerk aus staatlichen und privaten Unterstützern sowie eigene unternehmerische Aktivitäten auf verschiedenen Geschäftsfeldern

Israel gar zugelassen, dass Katar 15 Millionen Dollar in Koffern durch Tunnel in den Gazastreifen schickte, um dort Gehälter zu bezahlen, die von der palästinensischen Autonomiebehörde nicht mehr kamen. So ist Doha für alle Seiten unentbehrlich. Die Berührungspunkte sind auch in Deutschland stark zurückgegangen, seit man Katar als Energielieferanten schätzt. Zumal Katar, seit das Ende von Hamas absehbar ist, auf Distanz zu seinem einstigen Schützling geht.

Die ambivalente Rolle Israels

Ist das Ziel der Regierung Netanyahu jetzt die Vernichtung der Hamas, so war die Terrororganisation in früheren Zeiten durchaus eine wichtige Figur auf Israels Schachbrett. Denn eine Unterstützung der Hamas bedeutete früher eine Schwächung der palästinensischen Autonomiebehörde, die die Westbank kontrollierte, während Hamas 2007 die Macht im Gazastreifen an sich riss. Als in der Folge die Gelder der Autonomiebehörde für die dortige Verwaltung und öffentliche Dienste nicht mehr nach Gaza flossen, erlaubte Israel, dass Gelder aus Katar nach Gaza, also zur Hamas, gelangten. „Hamas wurde aufgewertet von einer reinen Terrorgruppe zu einer Organisation, mit der Israel indirekt Verhandlungen führte ... und der Bargeldzufluss aus dem Ausland gestattet wurde“, schrieb die „Times of Israel“ am 8. Oktober 2023.

Israel hatte ein Interesse daran, durch Förderung von Spannungen unter den palästinensischen Arabern die Gründung eines palästinensischen Staates zu konterkarieren. So soll, laut „Times of Israel“, Netanyahu 2019 gesagt haben, wer keinen palästinensischen Staat wolle, müsse den Transfer von Geldern nach Gaza unterstützen. Der 7. Oktober 2023 war damals noch nicht abzusehen.

Gaza als Hamas-Staat

Seit 2007 hat die Hamas den Gazastreifen faktisch zu ihrem Staat umgestaltet. Das heißt auch, dass alles, was dort geschieht, von der Hamas kontrolliert und – besteuert wird. Die Hamas hat die palästinensische Autonomiebehörde ausgeschaltet und ersetzt und ist längst alleinige Herrscherin im Gazastreifen. Hilfgelder, die ins Land fließen, jede auch noch so kleine geschäftliche Transaktion innerhalb des Gazastreifens, jede Überweisung,

an allem partizipiert die Hamas. Wechselbüros, Hamas-Monopol-Betriebe, Schmuggel, aber auch Erpressungen und Überfälle sind Wirtschaftsfaktoren und generieren der Terrororganisation Einkünfte.

Auch die von besten Absichten geleiteten Bürger eines europäischen Staates, die für die bedürftigen Menschen in Gaza spenden, zahlen der Hamas Steuern. Wer heute Geld an eine Person in Gaza aus dem Ausland überweisen will, kann sicher sein, dass der Empfänger in Gaza 40–50 Prozent davon als Gebühren an die Hamas abführen muss.

Welche Beträge allein hierdurch der Hamas zufließen, kann man nur vermuten. Denn die erhobenen Steuern und Abgaben sowie die erpressten und geraubten Gewinne sind oft willkürlich und nicht durch Gesetze geregelt, Transparenz gibt es nicht.

„Humanitäre“ Spendensammler

In Potsdam stellte vor zwei Jahren die Organisation „Die Barmherzigen Hände“ vor Fast-food-Läden Spendenbüchsen auf. Was als Gaza-Hilfe deklariert war, floss direkt an die Hamas. Seit 2023 ermittelte die Justiz, Anfang 2024 setzte sie dem Treiben ein Ende.

Schon lange sind fragwürdige humanitäre Organisationen mit Hamas-Bezug in Deutschland aktiv. Verboten wurde bereits 2002 der Al-Aqsa-Verein, 2005 die YATIM-Kinderhilfe und 2010 die „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation“. In den USA gingen die Behörden 2009 gegen die „Holy Land Foundation for Relief and Development“ vor, denn auch hinter diesem schön klingenden Namen versteckte sich die Hamas.

Es soll mindestens 30 Organisationen geben, die weltweit hinter ziviler Fassade als gemeinnützig agieren, tatsächlich aber Spenden für andere Hamas-Aktivitäten einwerben. Die „Legal Tribune Online“ befürchtet, dass die Hamas die „Hilfsbereitschaft gutgläubiger Spender“ missbraucht, die „unbewusst eine terroristische Organisation finanzierten“. Auch Kryptowährungs-Transaktionen spielen im Spendengeschäft von Hamas eine schnell wachsende Rolle.

Ein internationaler Wirtschaftsakteur

Überdies ist die Hamas in vielen Ländern unternehmerisch und als Investor aktiv. Dabei konzentriert sie sich auf Staaten, die der

Bewegung wohlwollend gegenüberstehen. Bezeichnend ist in diesem Kontext, dass sich der Schwerpunkt von Saudi-Arabien in die Türkei verlagert hat, die sich zunehmend antiisraelisch positioniert.

Aktiv ist die Hamas vor allem im Immobilien- und Baugeschäft, aber auch in den Bereichen Infrastruktur, Hühnerzucht, Bergbau und Straßenbau. Wichtigste Firma ist die türkische „Trend GYO“, an der der Hamas nahestehende Elemente nach Angaben des US-Finanzministeriums 75 Prozent des Gesamtkapitals halten. Gegen sie hat das US-Finanzministerium 2022 Sanktionen verhängt.

Weitere Unternehmen mit Hamas-Bezug sind die Baufirma „Anda“ in Saudi-Arabien, die in Algerien aktive „Sidar“ und die „Itqan Real Estate JSC“ in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Von dort flossen Gelder zu den berühmten Kassam-Brigaden. Und im Sudan haben die „Agrogate Holding“ und die „Zawaya-Gruppe“ Bezüge zur Hamas. Die Hamas beschränkt sich aber nicht nur auf islamische Länder. 2022 gründete die al-Zawaya-Gruppe eine Zweigfirma im spanischen Valencia.

Diese ausgedehnten Wirtschaftsaktivitäten erfordern auch einen effizienten Finanzsektor. Zahlreiche türkische Banken führen Hamas-Konten, zum Beispiel auch die staatliche „Ziraat-Katılım“, welche gute Geschäftsbeziehungen mit deutschen Banken unterhält, die auf diese Weise daran beteiligt sind, Gelder – auch solche der Hamas – zwischen Deutschland und der Türkei zu transferieren.

Verantwortliche Personen im Hamas-Wirtschaftsimperium sind namentlich bekannt. Hisham Yunis Yahya Qafisheh aus Hebron beispielsweise spielt in vielen der genannten Firmen eine Führungsrolle. Er steht auf der Sanktionsliste der US-Regierung. Ebenso Zahir Ali Musa Jabarin aus der Gegend von Nablus, der als Finanzchef der Hamas gilt, aber auch Erfahrung in der Durchführung von Anschlägen mit Sprengstoffgürteln hat. Musa Dudin ist bekannt für besonders delicate Finanztransaktionen, zum Beispiel bei Waffengeschäften und beim Transfer von Geldern an Verwandte gefallener Märtyrer. Viele der in der Türkei tätigen Hamas-Akteure haben inzwischen türkische Namen angenommen und sogar die türkische Staatsbürgerschaft erhalten.

Geeignete Gegenmaßnahmen

Obwohl die Hamas seit 2001 durch die EU als Terror-Organisation eingestuft ist, wurde wenig gegen sie unternommen. Ein regelrechtes Hamas-Verbot gibt es in Deutschland erst seit November 2023. In den letzten Jahren haben sich Maßnahmen gegen die Hamas konkretisiert. Das US-Finanzministerium hat zahlreiche Hamas-Firmen und –Geschäftsleute mit Sanktionen belegt, die EU folgte nach. Die Zweigfirma der al-Zawaya-Gruppe in Spanien ist seit 2024 davon betroffen. Das „Rewards for Justice“-Programm der US-Regierung hat einen zweistelligen Millionenbetrag ausgesetzt für Informationen, „die zur Unterbrechung der Finanzmechanismen der terroristischen Organisation Hamas ... führen“.

Interessant ist die Frage, ob nach der sich abzeichnenden militärischen Ausschaltung der Hamas diese nicht als internationaler Wirtschaftskonzern weiterbestehen wird.

● **Dr. Alfred Schlicht** ist Islamwissenschaftler und Diplomat. Nach akademischer Tätigkeit u.a. an der Universität Bamberg, am Orient-Institut Beirut und als Orient-Referent der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik war er im Auswärtigen Dienst tätig. So lebte und arbeitete er acht Jahre im Nahen Osten, u.a. als stellvertretender Botschafter in Jordanien. Zu seinen Büchern gehört „Die Araber und Europa. 2000 Jahre gemeinsamer Geschichte“ (Kohlhammer 2008).

Jede auch noch so kleine geschäftliche Transaktion innerhalb des Gazastreifens, jede Überweisung, an allem partizipiert die Hamas. Wechselbüros, Hamas-Monopol-Betriebe, Schmuggel, aber auch Erpressungen und Überfälle sind Wirtschaftsfaktoren und generieren der Terrororganisation Einkünfte

● MELDUNGEN

Führerschein immer teurer

Berlin – Seit Jahren steigen die Kosten für Führerscheine. Laut Bundesregierung kostete der Erwerb einer Pkw-Fahrerlaubnis 2024 im Durchschnitt 3424 Euro, wobei Hamburger Fahrschüler mit gut 4000 Euro und Sachsen mit 3700 Euro am tiefsten in die Tasche greifen mussten. Am wenigsten zahlten Berliner mit 2400 Euro, und in Nordrhein-Westfalen kostete die Fahrerlaubnis im Schnitt gut 3000 Euro. Obwohl Arbeitgeber den Besitz eines Führerscheins Klasse B (Pkw) bei Stellenausschreibungen meist voraussetzen, rechnet die Regierung den Erwerb des Führerscheins „grundsätzlich dem Bereich der privaten Daseinsfürsorge“ zu. Daher könnten Führerscheine nur in Ausnahmefällen von den Jobcentern gefördert werden. Ein Lkw-Führerschein dagegen könne im Rahmen einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme bezuschusst werden. **MRK**

Berlin streitet über Gaza-Kids

Berlin – Innerhalb der Berliner SPD ist ein Streit um ein Aufnahmeprogramm für kranke und verletzte Kinder aus Gaza ausgebrochen. Martin Matz, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, wies gegenüber dem Sender „Euronews“ darauf hin, dass bei einem Aufnahmeprogramm mit Blick auf etwaige Begleitpersonen der Kinder aus Gaza „auch Sicherheitsüberlegungen eine Rolle“ spielen würden. Orkan Özdemir, Sprecher für Antidiskriminierung der SPD-Fraktion, reagierte darauf mit der Aussage, die Position des Innenexperten sei nicht die Position der SPD-Berlin oder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus: „Die allermeisten Genoss:innen, wie auch ich, distanzieren sich von den Aussagen dieser Person.“ Die Städte Hannover, Düsseldorf und Bonn haben bereits angekündigt, hilfsbedürftige Kinder aus Gaza und Israel aufnehmen zu wollen. Das Auswärtige Amt setzt stattdessen darauf, in der Region Hilfe zu leisten. **H.M.**

Essstörungen steigen stark an

Köln – Die Zahl der Krankenhauseinweisungen von Mädchen im Alter zwischen zehn und 17 Jahren hat sich aufgrund von Essstörungen in den letzten 20 Jahren verdoppelt: Die Zahl der Fälle stieg von rund 3000 auf etwa 6000 pro Jahr. Zu drei Viertel ging es dabei um die potentiell tödliche Magersucht. Mittlerweile leiden nun bereits 460.000 Menschen in Deutschland an einer diagnostizierten Essstörung, weswegen es zu extremen Wartezeiten bei stationären Therapien kommt. Die wiederum führen zur Verschlechterung der Symptomatik der Betroffenen, aus der dann deutlich längere Krankenhausaufenthalte resultieren. Nach Einschätzung von Experten wie Stephan Bender, dem Direktor der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters an der Uniklinik Köln, sind die Fallzahlen vor allem wegen der Kontaktbeschränkungen und exzessiven Nutzung sozialer Medien – auch während der Coronapandemie – gestiegen. **W.K.**



BILD: PICTURE ALLIANCE/DPA | KAY NIETFIELD

Friedrich Merz wird sich vielleicht noch wundern, wie geschickt Markus Söder das Regierungssteuer übernehmen könnte

TAKTISCHES STILLHALTEN

Die Ruhe vor dem Sturm

Noch ist CSU-Chef Markus Söder ruhig, spielt den lieben Freund – noch ...

VON JENS EICHLER

Bei immer mehr politischen Beobachtern in Deutschland keimt eine brisante Vermutung auf: Die noch friedliche politische Wetterlage in der Union könnte sich bald ändern. Denn es brodelt unter der Oberfläche der Unionsfamilie.

Infolge der Bundestagswahl am 23. Februar regiert Friedrich Merz als CDU-Kanzler in einer schwarz-roten Koalition mit der SPD. Doch die aktuellen Umfragen sind alarmierend: Die Union liegt bei 24 Prozent, während die AfD auf 26 Prozent geklettert ist und die Union überholt hat. Die SPD, als kleiner, aber allein bestimmender Koalitionspartner, dümpelt nur noch bei dünnen 13 Prozent.

Dabei wird die Performance von Merz als Kanzler zunehmend kritisiert. Die Reform der Schuldenbremse, die astronomische Kreditaufnahmen ermöglicht, widerspricht dem Wahlversprechen fiskalischer Strenge. Hinzu kommt die Entscheidung gegen eine Senkung der Stromsteuer, die als Wortbruch wahrgenommen wird. Das

Bürgergeld wurde gegen alle Ankündigungen aufgestockt statt reduziert, und jetzt sorgt das Embargo gegen Rüstungsexporte nach Israel für den nächsten Unmut in der CDU. Ein Geschenk als Beruhigungspille (wofür eigentlich?) nach dem nächsten wird an die SPD gemacht.

Doch die kleine bayerische Schwester CSU bleibt ruhig, sogar auffallend ruhig. Der CSU-Chef, Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, sonst ein Garant für internen Streit und verbale Provokationen, schweigt und lächelt. Aber warum?

Warten auf die Koalitionskrise

Söder verzichtete im September 2024 auf die Kanzlerkandidatur, um einen Machtkampf wie 2021 zu vermeiden, und versprach Einheit. In Bayern profitiert die CSU derzeit kräftig von der Stabilität: Mit 42 Prozent in lokalen Umfragen steuert sie allein ein Fünftel der bundesweiten Unionsanhängerschaft bei. Söder positioniert sich als loyaler Partner, der aber geschickt Merz' Schwächen zur Kenntnis nimmt – ohne offenen Konflikt. Seine Medienpräsenz und ebenso strikte Anti-Grü-

nen-Haltung stärken ihn intern, ohne die Koalition zu gefährden. Parteienforscher Johannes Steup sieht hierin eine Strategie: „Wenig Streit in und aus Bayern wirkt positiv auf Bundesebene.“ Söder wartet ab – auf Merz' weitere Fehlschläge.

Denn der Sturm naht. Nach den ersten 100 Tagen könnte demnächst die Kritik explodieren. Merz' Alleingänge, wie das Israel-Embargo ohne Fraktionsabstimmung, haben Risse in CDU und CSU vertieft. In Posts auf der Onlineplattform X und in Kommentaren wächst die Unzufriedenheit: Unionsanhänger fühlen sich verraten, insbesondere durch die Anbiederung von Merz an die SPD. Spekulationen über einen „Riss in der Union“ mehren sich. Genau das aber könnte Söder, der ein brillanter Taktiker und Strategie ist, ermutigen, sich als Kronprinz zu positionieren. Eine echte Koalitionskrise mit der SPD – und die dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen – etwa bei Steuererhöhungen oder Energiepreisen –, könnte den Bruch auslösen, der für Söder zum Anlass des Handelns werden könnte. Eine weitere „Vermerkung“ der Union wird

er nicht zulassen, denn das will auch die Parteibasis von CDU und CSU nicht.

Was also könnte der starke Mann aus Bayern tun? Erst einmal abwarten, denn Söder will nicht wieder als der illoyale Intrigant dastehen wie 2021 bei Armin Laschet. Doch dann, im richtigen Moment, würde er die Rolle als der wohl einzig mögliche Retter übernehmen – der strahlende CSU-Ritter in der glänzend polierten Rüstung.

Denn während sich Merz selbst ins Aus taktiert, der SPD hoffnungslos ausgeliefert ist und damit selbst an seiner von ihm weiter zementierten Brandmauer zerquetscht wird, hätte Söder Handlungsspielraum. Wahlversprechen brechen und der SPD zur Wahrung des Koalitionsfriedens und damit zum Erhalt seiner Kanzlerschaft Geschenke zu machen, ist eine Sache. Aber Merz würde niemals den rettenden Schritt tun, die Koalition mit der SPD zu beenden. Lieber ginge er mit ihr und samt der Union weiter unter. Er würde daher auch nicht auf die Idee einer Minderheitsregierung kommen, die bei Abstimmungen im Bundestag mit den Stimmen der AfD eine konservative Politik betreiben könnte – eine Politik, die jetzt nötig wäre und die zudem vom Volk gewollt ist und gewählt wurde.

Aufräumen mit dem linken Mob

Ganz anders CSU-Chef Söder. Er war schon immer ein glänzender Opportunist, wenn es ihm, der Partei oder der Sache nutzte. Er umarmte gestern Bäume, um morgen die Grünen zum Teufel zu schicken. Nein, damit hat er keine Probleme. Daher würde er auch als Retter in der Not dienen, sogar als ein glorreicher, der die Union wie Phoenix aus der Asche erstarren lassen könnte. Berührungängste mit der AfD? Nicht Söder! Der schimpft zwar bis heute auf die „bösen Rechten“, würde aber mit einem Lächeln über den weiß-blauen Schatten springen und den Schritt charmant als „notwendig für das Land, Erfüllung des Wählerwillens und unentbehrlich für die Wirtschaft und die Demokratie obendrein“ verkaufen.

Der dann sicher von links initiierte Aufstand, der Shitstorm und die Mobilisierung des linken Mobs auf der Straße wären Söder wahrscheinlich sogar willkommen, um endlich mit selbigen aufräumen zu können. Söder müsste sich nicht mehr verbiegen, wie es Merz permanent tut, sondern könnte seine erfolgreiche Politik aus Bayern auf die Bundesrepublik transponieren. Insofern: Die Zeit ist reifer als reif. Das Szenario: Söder kommt, übernimmt das Ruder des sinkenden Schiffs, bringt es wieder auf Kurs – mit ein bisschen hilfreichen blauen Wellengang der AfD. Wen stört's? Söder sicher nicht – und Deutschland erst recht nicht.

KATASTROPHE MIT ANSAGE

Der deutsche Bau-Turbo zündet nicht

Viel Gerede, keine Taten – die Ursachen sind bekannt, geändert wird aber trotzdem nichts

Mit großem Tamtam kündigte die Bundesregierung bei ihrem Amtsantritt im Frühjahr den sogenannten Bau-Turbo an. Schneller, günstiger und flexibler sollte gebaut werden, um der angespanntesten Wohnungslage seit Jahrzehnten zu begegnen. Das Ziel: jährlich 400.000 neue Wohnungen. Aber die Realität sieht ernüchternd aus. Der Turbo stottert, die versprochene Beschleunigung bleibt aus. Die Ursachen liegen tief und können wohl auch nicht einfach beseitigt werden.

Schon seit Jahren verhindern hohe Baukosten und aufwendige Genehmigungsverfahren, dass der Wohnungsbau mit der Nachfrage Schritt hält. Hinzu kommt, dass es an Arbeitern fehlt. Die Bürokratie tut ihr Übriges. Die Preise für Grundstücke und Baumaterialien sind weiter gestiegen. Strenge energetische

und angeblich umweltfreundliche Vorschriften sowie weitere Regeln, die in besseren Zeiten als vielleicht sogar sinnvolle Investitionen in Nachhaltigkeit galten, wirken nun wie zusätzliche Bremsklötze.

Die Zahl der Baugenehmigungen ist im Vergleich zum Vorjahr drastisch gesunken, in manchen Regionen um mehr als ein Viertel. Selbst die Aussicht auf sinkende Zinsen kann diese Entwicklung bislang nicht umkehren. Während in Ballungsräumen die Mieten und Kaufpreise steigen, droht in strukturschwachen Regionen Leerstand. „Es wird zu viel angekündigt und zu wenig geliefert“, sagt Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB).

Aus der Wirtschaft kommen Forderungen nach einer radikalen Entbürokratisierung, zeitweise Ausnahmen von zu

teuren Baustandards und einer stärkeren Einbindung privater Investoren. Die Regierung verweist auf Förderprogramme und versucht, einzelne Verfahren zu beschleunigen. Doch der Flickenteppich an Maßnahmen überzeugt weder Bauwirtschaft noch Kommunen. Der Bau-Turbo wirkt eher wie ein Symbolprojekt, das in der Realität zu wenig Wirkung entfaltet. Selbst dort, wo Bauprojekte beginnen, ziehen sich die Verfahren in die Länge. Kommunen klagen über Personalmangel in den Bauämtern, Projektentwickler über unsichere Förderbedingungen.

Gleichzeitig wächst die soziale Schieflage: Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt, Neubauten richten sich zu oft an eine zahlungskräftige Klientel. Wer in Großstädten eine bezahlbare Wohnung sucht, hat kaum Chancen. Besonders dramatisch ist

die Lage für Familien mit mittlerem Einkommen, die weder in den Genuss von Sozialwohnungen kommen noch die steigenden Mieten oder Kaufpreise tragen können. In Städten wie München oder Hamburg steigen die Quadratmeterpreise weiter, in manchen Landkreisen sogar um zweistellige Prozentwerte pro Jahr. „Die Wohnungsnot ist die neue soziale Frage“, heißt es in der Broschüre „Sozialer Wohnungsbau in Deutschland“. Der Bau-Turbo sollte eigentlich genau das verhindern.

„Der Wohnungsmangel wird somit zumindest noch mehrere Jahre weiter bestehen bleiben und die Wohnimmobilienpreise und Mieten tendenziell eher weiter steigen lassen“, glaubt Jens Tolckmitt, Hauptgeschäftsführer vom Verband Deutscher Pfandbriefbanken (VDP). Er könnte Recht behalten. **Peter Entinger**

ALLTAGSKULTUR

Das alte West-Berlin schwindet dahin

Kranzler, Möhring, Rogacki: Zahlreiche Traditionsadressen streichen für immer die Segel

VON HERMANN MÜLLER

Ab Anfang kommenden Jahres will die Bundesregierung die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie dauerhaft auf sieben Prozent senken. Für einige renommierte Gastronomiebetriebe in der Hauptstadt kommt der zur Entlastung der Branche gedachte Schritt zu spät. In Berlin ist derzeit viel von einem „Gastro-Sterben“ die Rede. Betreiber nennen regelmäßig die gleichen Gründe, warum sie das Handtuch schmeißen: zu wenig Personal, zu wenig Kunden, zu hohe Kosten.

Durch die Medien gehen derzeit vor allem die gut bekannten Namen, die aufgeben: Nach knapp zwanzig Jahren schließt in Berlin-Mitte die Brasserie Gendarmenmarkt, und in Wilmsdorf hat nach 26 Jahren das Restaurant New Tian Fu dichtgemacht. Auch der Betreiber des Sternerestaurants Prism in Charlottenburg kündigt für Ende August die Schließung an. Schon vor Jahren verschwunden sind traditionsreiche gastronomische Adressen wie das alte Café Kranzler und das Café Möhring am Kurfürstendamm. Auch das Café Einstein-Stammhaus in der Kurfürstenstraße, eine Berliner Institution mit Wiener Kaffeehaus-Atmosphäre, ist nur noch Geschichte.

Für alteingesessene Berliner ärgerlich ist, dass nun eine weitere Adresse verschwunden ist, die über Jahrzehnte für das Lebensgefühl im Westen Berlins gestanden hatte. Bereits im Juli hat der traditionsreiche Berliner Feinkostladen Rogacki in der Wilmsdorfer Straße Insolvenz angemeldet. Der Familienbetrieb mit Wurzeln in Ostpreußen hatte 1928 zunächst im Arbeiterbezirk Wedding als Fischräucherei angefangen.

Kunden fehlt zunehmend das Geld

Nach der Eröffnung eines Ladens im bürgerlichen Charlottenburg etablierte sich Rogacki über Jahrzehnte als Institution für Feinschmecker – egal ob es um Fisch, Wild, Geflügel oder Fleisch ging. Viel stärker als in der elitär angehauchten Feinkostetage des Kaufhauses KaDeWe war bei Rogacki die für das alte West-Berlin typische Mischung anzutreffen: von der betuchten Wilmsdorfer Wit-



Generationenlang Ikone von West-Berlin: Das Café Kranzler Mitte der 1990er Jahre

Bild: IMAGO/Herb Hardt

we, die Austern und Champagner orderte, bis hin zum Handwerker, der Bulette mit Kartoffelsalat auf seinem Teller wünschte. Noch Jahrzehnte nach dem Mauerfall schätzte Nicolai Rogacki, Urnenkel des Firmengründers, ein: „Wir sind schon ein Teil von West-Berlin.“ Der Deutschlandfunk sprach in einem Bericht sogar anerkennend von der „Kantine des Westens“.

In die Insolvenz gerutscht ist das legendäre Feinkostgeschäft, nachdem Inhaber Dietmar Rogacki beim Brand seines Spandauer Hauses ums Leben gekommen war. Die nachfolgende Familiengeneration hat offenbar keine Chance gesehen, das Unternehmen erfolgreich weiterzuführen.

Bereits in den vergangenen Jahren hatte der Chef des Traditionsgeschäfts immer wieder über Probleme berichtet: Etwa von den Schwierigkeiten, Lehrlinge zu finden, oder der Sorge, wie lange die Behörden noch eine Genehmigung für die alten Buchenholz-Räucheröfen aus dem

Jahr 1932 erteilen würden. Dazu bekam das Geschäft zu spüren, dass die Gäste stärker auf ihre Ausgaben achten mussten: „Die Kunden bleiben nicht aus, aber sie kaufen statt früher fünf Scheiben jetzt nur noch drei Scheiben Lachs“, so Dietmar Rogacki bereits im Jahr 2018.

Übernimmt das Clannilieu die Läden?

Alte Einwohner des Berliner Westens haben mit dem Aus von Rogacki nicht nur ein hochwertiges Lebensmittelgeschäft, sondern auch einen sozialen Treffpunkt verloren – ob sie gleichwertigen Ersatz finden, ist fraglich. Das Nobelkaufhaus KaDeWe mit Europas größter Lebensmittelabteilung orientiert sich seit dem Erwerb durch einen thailändischen Eigentümer mittlerweile stark an zahlungskräftigen asiatischen Touristen.

Auch in den Kiezen von Charlottenburg und Wilmsdorf erleben die Bewohner schon seit Jahren, wie altbekannte Restaurants und Lokale, aber auch viele

alteingesessene Läden verschwinden – dafür aber die Zahl der Asia-Ibisse, Dönerläden, Barbershops und Shisha-Lokale immer größer wird.

Jürgen P., ein Berliner, der schon seit den 1970ern in einer Seitenstraße des Kurfürstendamms lebt, hat das langsame Verschwinden traditionsreicher Lokale und Geschäfte in seiner Wohnumgebung im Laufe der Jahre aus der Nähe beobachten können. Innerhalb weniger Jahre seien aus ganzen Straßenzügen lang ansässige Läden und Lokale verschwunden, so der 66-jährige Charlottenburger, der jahrelang in der Kommunalpolitik aktiv war.

Nach seinen Kenntnissen sind neue Mietverträge oftmals an Angehörige des Berliner Clannilieus gegangen, die Vermietern mehrere Jahresmieten im Voraus angeboten haben. Mit dem weitgehenden Verschwinden deutscher Gastronomiebetriebe in Berlin sieht der pensionierte Beamte auch ein Stück kulturelles Erbe verschwinden. H.M.

MOBILITÄT

Grüne, SPD und NGOs gegen Tempo 50

CDU-Verkehrssenatorin setzt Geschwindigkeitsbegrenzung auf Hauptstraßen von bisher 30 wieder herauf

Noch im Laufe dieses Jahres soll auf 23 Berliner Hauptstraßen wieder mit Tempo 50 statt 30 gefahren werden können. Bisher ist an 41 Hauptverkehrsstraßen Tempo 30 vorgeschrieben. Diese Geschwindigkeitsbegrenzungen waren mit angeblicher Luftreinhaltung begründet worden, Kritiker sahen in den Maßnahmen der grünen Verkehrssenatorinnen Regine Günther und Bettina Jarasch eher eine ideologisch geleitete Behinderung des Autoverkehrs. Der derzeitige Berliner Senat, dem die Grünen seit 2023 nicht mehr angehören, will die Tempo-30-Regelung nun korrigieren. So steht es auf der Tagesordnung der Senatssitzung.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) droht: „Wir werden rechtliche Schritte prüfen, um die Tempo-30-Strecken und damit potentiell Menschenleben zu retten. Verkehrssenatorin Bonde will Berlin

in die Vergangenheit zurückkatapultieren und die autogerechte Stadt zementieren.“ Die Kritik richtet sich die derzeitige Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU). Bei weiteren 25 Straßen soll zunächst geprüft werden, ob für die Schulwegsicherheit für bestimmte Abschnitte Tempo 30 geboten ist. Das ist nach einer Novellierung der Straßenverkehrsordnung für „hochfrequentierte Schulwege“ inzwischen vorgeschrieben, wie Bonde betont.

Zahl der Autos ist gestiegen

Neben dem Koalitionspartner SPD kritisieren die Grünen und ihnen nahestehende NGOs die Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Hauptverkehrsstraßen. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD, Tino Schopf, warnt, es dürfe nicht aus einer Laune heraus der Rotstift an der Verkehrssicherheit angesetzt wer-

den. Das ist eine erstaunliche Illoyalität gegenüber dem Koalitionspartner CDU. Oda Hassepaß und Antje Kapek von den Grünen wollen Eltern zum Protest mobilisieren: „Denn klar ist: Verkehrsberuhigung rettet Leben, besonders das unserer Kinder“, so die beiden Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Nur in Berlin blockierte die CDU jeden Fortschritt und halte stur an ihrer Auspuffpolitik von gestern fest. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) führt Verkehrssicherheit für seine Forderung nach Tempo 30 ins Feld, und der Verein Fuss e.V. will sogar mehr statt weniger 30er Zonen. Auch der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e. V. (ADFC) reiht sich ein in die Tempo-30-Front.

In Wohngebieten führt der Senat indes auf 230 Kilometern eine nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzung zwischen

22 Uhr abends und 6 Uhr morgens ein. Verkehrssenatorin Bonde sieht sich dennoch Attacken von Aktivisten ausgesetzt: „Oh Mann, Frau Bonde, was stimmt denn mit Ihnen scheinbar nicht?“

Unterdessen wächst die Zahl der Autos in Berlin kontinuierlich und liegt bei rund 1,2 Millionen. In den von grüner Bezirkspolitik besonders intensiv betroffenen Bezirken wie Friedrichshain-Kreuzberg, Wilmsdorf-Charlottenburg, Pankow und Lichtenberg ist der Zuwachs überdurchschnittlich gering. In Lichtenberg ist der Fahrzeugbestand sogar zurückgegangen. In Neukölln und Spandau hat die Zahl der Kfz dagegen besonders stark zugenommen. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) verspricht, an seiner liberalen Verkehrspolitik festzuhalten: „Wir wollen die Mobilität in dieser Stadt beschleunigen.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Flucht ins Exil

VON THEO MAASS

Zugegeben, es ist schon zwei Jahre her, aber einen solch bedrohlichen Vorfall vergisst man nicht. Jahrelang war ich Stammgast im Lochowbad in Berlin-Wilmersdorf. In Berlin werden vom Senat Parkplätze künstlich reduziert, und man ist gut beraten, frühzeitig das Bad anzufahren. Bei meinem letzten Besuch traf ich auf eine bekopftuchte Fahrerin eines SUV, die von mir unmissverständlich verlangte, meinen Parkplatz zu räumen, weil sie ein Kind dabei habe und ein längerer Fußweg ihr nicht zuzumuten sei.

Ich sah keinen Anlass, dem nachzukommen, aber dann erschienen in Minutenschnelle drei weitere SUV mit mehreren arabisch aussehenden Insassen. Wer die Netflix-Serie „4 Blocks“ über die libanesischen Clans in Neukölln gesehen hat, wird mich verstehen. Ich fühlte mich bedroht, rief die Polizei herbei, und sperrte mich im eigenen Auto ein. Nach einer halben Stunde erschien die Ordnungsmacht. Aber dann erklärte man mir, nicht für meine Sicherheit garantieren zu können. Es wäre doch eine Alternative, meinen Parkplatz zu räumen und einen längeren Fußweg in Kauf zu nehmen, um in das Schwimmbad zu gelangen.

Ich beschloss daraufhin, in Berlin kein Schwimmbad mehr aufzusuchen. Das Lochowbad war bisher, anders als der Insulaner oder das Prinzenbad, nicht wegen Ausländergewalt auffällig geworden. Asyl fand ich hinter der Berliner Stadtgrenze in Kleinmachnow. Ich bin da nicht allein. Auf dem Parkplatz dort stehen etwa zur Hälfte Autos mit Berliner Kennzeichen. Kommt man mit den „Exilanten“ ins Gespräch, erfährt man rasch die Gründe. Jeder hat ähnliche Erlebnisse wie ich gemacht. In der Schweiz gab es ähnlichen Ärger, woraufhin Schwimmbadbetreiber kurzerhand das Bad für die Ausländer generell gesperrt haben. Die Berliner Schwimmbäder entwickeln sich derweil zu No-go-Gegenenden. Asyl gibt es nur noch im „Osten“. Ist dies das Ergebnis von 35 Jahren „Deutsche Einheit“?

MELDUNG

150 Wölfe zum Abschuss frei

Potsdam – Brandenburgs Landesregierung will eine neue Strategie im Umgang mit Problemwölfen einführen und bereits ab diesem Herbst die Wolfsjagd erlauben. Nach Angaben des Agrarministeriums soll zunächst eine Abschussquote für Wölfe von 15 Prozent eingeführt werden. Laut Umweltschaftssekretär Gregor Beyer wird dies in den ersten zwei bis drei Jahren etwa 150 Wölfe jährlich betreffen. Laut dem Ministerium soll eine genaue Entnahmekquote noch auf einem „Wolfsplenum“ diskutiert werden. Geplant ist das Expertentreffen für den 11. September unter Beteiligung aller relevanten Verbände. Der Brandenburger Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) lehnt eine pauschale Quote, „die auf einen relevanten Anteil der Population zielt“, als wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen ab. Eine Entnahme über Quoten könne das Wieder-Aussterben der Art in Deutschland begünstigen, so der BUND. H.M.

● MELDUNGEN

Skandinavien
gegen Schulden

Brüssel – Der Vorstoß von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Rahmen des langfristigen Haushaltsentwurfs für 2028 bis 2034, Hunderte Milliarden Euro von internationalen Investoren zu leihen, stößt bei Dänemark und Finnland auf Kritik. Von der Leyen hatte im Juli den Plan vorgestellt, neben dem regulären EU-Haushalt von zwei Billionen auch über 500 Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen. Über gemeinsame EU-Anleihen will Brüssel einen Investitionsfonds „CatalystEU“ schaffen, die Ukraine mit 100 Milliarden Euro unterstützen und 395 Milliarden Euro für einen „Krisenmechanismus“ bereitstellen. Wie die „Financial Times“ berichtet, lehnen Dänemark und Finnland eine gemeinsame Schuldenaufnahme ab, die über verteidigungspolitische Zwecke hinausgeht. Skepsis zeigen auch die Niederlande, Schwedens sowie die Bundesregierung. *H.M.*

Drogen-Import
in Frankreich

Paris – Frankreich werde derzeit von einem „Weißen Tsunami“ heimgesucht. So kommentierte der französische Innenminister Bruno Retailleau den Aufschwung des Handels mit Drogen wie Kokain sowie der damit verbundenen Gewaltkriminalität. Parallel dazu warnte das staatliche Amt für Drogenbekämpfung vor noch schlimmeren Zuständen, wie man sie bislang nur aus Ländern wie Mexiko oder Kolumbien kenne. 2024 kam es im Zusammenhang mit dem Drogenhandel zu 367 Morden und Mordversuchen in 173 Städten Frankreichs. Dabei greifen die Drogenbanden immer öfter auch Polizisten an, weswegen Experten wie der ehemalige Polizeichef von Marseille, Jean-Pierre Colombes, zu einem deutlich robusteren Vorgehen der Sicherheitskräfte raten. Allerdings bestechen die Drogen-Netzwerke mit Verbindungen nach Lateinamerika und Nordafrika jetzt offenbar auch Beamte, um ihre Geschäfte möglichst ungestört betreiben zu können. *W.K.*

Drohnen gegen
Grenzschützer

Washington – Mexikanische Drogenkartelle setzen gegen die Sicherheitskräfte an der Grenze zu den Vereinigten Staaten in zunehmendem Maße unbemannte Kamikaze-Angriffsdrohnen ein und kopieren damit Taktiken zur Ausschaltung des Gegners, wie man sie aus dem Ukrainekrieg kennt. Dies bestätigten die hochrangigen Pentagon-Vertreter Mark Ditlevson und Rear Admiral Paul Spedero während einer Anhörung vor dem US-Kongress. Um dem Treiben der kriminellen Organisationen Einhalt zu gebieten, hat US-Präsident Donald Trump das Verteidigungsministerium in Washington angewiesen, alle notwendigen Maßnahmen zur Erlangung der „vollständigen operativen Kontrolle“ über die Südgrenze der Vereinigten Staaten zu ergreifen. Ob dies Erfolg bringt, wird sich zeigen, denn mittlerweile verwenden die äußerst einflussreichen Drogenkartelle auch Drohnen, deren Steuerung über Glasfaserkabel verläuft, was sie immun gegen Störsignale macht. *W.K.*

RUSSLAND

Stalin-Renaissance unter Putin

Erneute Heldenverehrung an der Wolga – Der Flughafen von Wolgograd heißt nun Stalingrad Airport

VON BODO BOST

Immer mehr Orte und Denkmäler in Russland tragen wieder den Namen des einstigen Sowjet-Diktators Josef Stalin. Den Anfang machte im April der Wolgograd International Airport, der jetzt wieder den Stadtnamen der Entscheidungsschlacht des Zweiten Weltkriegs trägt: Stalingrad Airport.

Vor genau 100 Jahren, ein Jahr nach dem Tod Lenins, hat man die Metropole Zarizyn an der Wolga nach dem Namen des mörderischen Diktators der Sowjetunion in Stalingrad umbenannt. Seit 1991 sind in Russland wieder 120 Stalin-Denkmäler gesetzt worden, 95 davon allein unter Wladimir Putin. Im Mai dieses Jahres kamen fünf hinzu, ein Rekord. Jetzt kommen auch die einst vielen nach dem aus Georgien stammenden Diktator benannten Straßen-, Plätze- und Städtenamen in Russland wieder zurück.

Bereits im April hatte der russische Staatspräsident auf angebliche Bitten von Ukrainekriegsveteranen dem Flughafen

von Wolgograd als Zusatzbezeichnung wieder den früheren Namen der Stadt verliehen. „Deren Wort ist für mich Gesetz. So machen wir das“, sagte Putin der staatlichen russischen Nachrichtenagentur Tass zufolge. Damit solle an den Sieg des sowjetischen Volkes im Zweiten Weltkrieg erinnert werden, hieß es in dem Erlass, den Putin nach einem Besuch in Wolgograd unterzeichnete. Die Kommunistische Partei Russlands (KPR) hat zudem bereits einen Antrag auf Rückbenennung der Stadt Wolgograd gestellt.

Pariser Metrostation Stalingrad

Die Großstadt an der Wolga hieß zwischen 1925 und 1961 Stalingrad. Danach wurde sie infolge der Entstalinisierung in Wolgograd umbenannt, um den Namen des nach seinem Tod im Jahr 1953 verurteilten Sowjetdiktators zu tilgen. Zarizyn klang zu monarchistisch. Unter der autoritären Herrschaft Putins ist Stalin aber zunehmend rehabilitiert worden. Ironischerweise hängt in einer berühmten orthodoxen russischen Militärrkirche seit

2019 ein Ikonenbildnis des einstigen radikalen Kirchenverfolgers.

Bei der Umbenennung des Wolgograder Flughafens konnte Putin auf westliche Straßen und Plätzenamen verweisen, die Stalingrad heißen. In Paris trägt zum Beispiel eine der zentralen Metrostationen im Zentrum der Stadt seit Juni 1945 den Namen Stalingrad. Die daneben liegende Straße hieß zunächst „Avenue de Stalingrad“, 1961 wurde der Ort umbenannt in „Place de la bataille de Stalingrad“, also erinnerte man nur noch an die Schlacht von Stalingrad von 1942/43, welche die entscheidende Wende im Zweiten Weltkrieg brachte.

In Dutzenden französischen Städten gibt es heute Boulevards, Avenues und Plätze mit dem Namen Stalingrad, darunter auch im elsässischen Mülhausen. Häufig sind es zentrale Straßen in den Zentren, die den Namen des „Stählernen“ tragen.

Nach 1945 gab es einen regelrechten Boom, Städte nach Stalin zu benennen. In der DDR hieß Eisenhüttenstadt zunächst

Stalinstadt, und Kattowitz im polnischen Oberschlesien trug zwischen 1953 und 1956 den Namen Stalino. Es war allerdings auch die kürzeste Umbenennung einer europäischen Stadt in der Geschichte des Kontinents.

Seit Chruschtschows Rede auf dem KPDSU-Parteitag 1956 begann in der Sowjetunion eine Serie von Umbenennungen und Denkmalstürzen. Dabei wurde auch der Leichnam Stalins aus dem Moskauer Mausoleum geholt und in einem Reihengrab in der Kremllmauer beerdigt. Doch Chruschtschows Rede findet man heute in keinem offiziellen Dokument Russlands mehr. Unter Putin bezeichnen russische Historiker diese Rede als „Fake“, so als ob sie nie gehalten worden wäre.

„Schwächlinge“ werden aussortiert

Chruschtschow, in dessen Amtszeit auch die Krim der damaligen Sowjetrepublik Ukraine zugeschlagen worden war, wird in den vergangenen Jahren in der russischen Geschichtsschreibung – ähnlich wie Gorbatschow – immer wieder als „Schwächling“ dargestellt, der die Interessen Russlands verraten habe. Putin habe nun die historische Aufgabe übernommen, das Werk der „Schwächlinge“ vergessen zu machen.

Ein umgekehrter Prozess hat dagegen in den ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR in Osteuropa und im Baltikum begonnen. Dort verschwinden seit 2014 viele Straßen- und Ortsbezeichnungen, die an Stalin erinnern. Die Ukraine weigerte sich, solange sie bis 2014 die Verfügungsgewalt über die Krim hatte, ein Denkmal an die Konferenz von Jalta aufzustellen, das Stalin in der Mitte zeigt. Erst Russland hat das Denkmal des sowjetischen Bildhauers Tsereteli 2015 nach der Annexion auf der Halbinsel aufgestellt.

Derselbe Bildhauer hatte 2012 am Sterbeort des französischen Politikers und EU-Mitbegründers Robert Schuman in Scy-Chazelles sein berühmtes kolossales Denkmal der „Väter Europas“, mit Schuman, Adenauer, de Gasperi und Monnet aufgestellt. Europa scheint dem sowjetischen Massenmörder viel zu schulden. In der Europahauptstadt Brüssel trägt sogar ein ganzes Stadtviertel im Zentrum den Namen Stalingrad.



Abflug von Stalingrad: Die Fassade des Internationalen Flughafens von Wolgograd trägt künftig eine altbekannte Bezeichnung

KRIEGSFLÜCHTLINGE

Fröhlich Bürgergeld abgreifen

Warum die deutsche Politik lieber Almosen an Ukrainer verteilt, anstatt sie in Arbeit zu bringen

Als vor einigen Wochen im Bundestag nach einer AfD-Anfrage die 14 häufigsten Vornamen von Bürgergeldempfängern bekannt gegeben wurden, waren allein vier ukrainische Vornamen unter den Top 14: Olena, Oleksandr, Tetiana und Iryna. Dieses waren wegen ihrer Schreibweise sicher ukrainische Vornamen. Allein dies zeigte, wie hoch die Quote der Bürgergeldbezieher unter den Kriegsflüchtlings aus der Ukraine ist.

Deutschland ist seit zwei Jahren das einzige EU-Land, in dem die Zahl der Kriegsflüchtlings aus der Ukraine immer noch zunimmt. Viele von ihnen kommen nicht direkt aus dem Kriegsgebiet, sondern aus anderen EU-Staaten. Diese sind jedoch dann keine Kriegsflüchtlings mehr, sondern Sekundär- oder Tertiärmigranten. Sie kommen nach Deutschland aber nicht um zu arbeiten, denn die Anzahl der Ukrainer, die hier einer Beschäftigung nachgehen, ist seit Jahren konstant.

Als der bayerische Ministerpräsident Markus Söder vor einigen Wochen die Einstellung des Bürgergeldes für die ukrainischen Kriegsflüchtlings forderte, hatte er wahrscheinlich sein Nachbarland Tschechien im Blick, wo ungefähr 70 Prozent der Ukrainer im arbeitsfähigen Alter einer Beschäftigung nachgehen. Viele von ihnen arbeiten im Niedriglohnbereich.

Trotzdem ruhen sich die Ukrainer in Tschechien ähnlich wie übrigens in Polen nicht in der sozialen Hängematte aus, wie so viele ihrer Landsleute in Deutschland. Vielleicht haben diese beiden östlichen Nachbarländer deshalb auch ein höheres Wirtschaftswachstum als Deutschland, wo die Wirtschaft schon im dritten Jahr stagniert und die Arbeitslosigkeit gerade wieder stark ansteigt. Gerade im Niedriglohnbereich ist es in Deutschland wegen des hohen Bürgergeldes überhaupt nicht mehr lukrativ, einer Arbeit nachzugehen. Während es beim Bürgergeld pro Jahr

Steigerungsraten um bis zu zehn Prozent gibt, steigen die Löhne der Steuerzahler nur um drei Prozent.

Flüchtlinge als Wählerpotential

In Deutschland erhalten etwas über eine Millionen Ukrainer Sozialleistungen, zumeist Bürgergeld. Lediglich 25 bis 30 Prozent der erwerbsfähigen Ukrainer sind tatsächlich erwerbstätig, deutlich weniger als in Dänemark (81 Prozent). In Litauen sind es sogar 98 Prozent. In all diesen Staaten sind die Kriegsflüchtlings also ein Gewinngeschäft für die aufnehmenden Ländern.

Deutschland hat ihnen mit dem hohen Ampel-Bürgergeld alle Anreize zur Arbeitsaufnahme genommen. De facto zahlt man hier mehr für Bürgergeld an die Ukrainer als man für Waffen für deren bedrängtes Land ausgibt. Zu befürchten ist, dass es uns noch teurer kommen könnte. Wenn dort die Russen nach dem Trump-

Putin-Deal die besetzten Gebiete übernehmen, werden bald richtig viele Ukrainer hierher strömen.

Deutschland hatte einmal einen Sozialdemokraten an der Regierung, Gerhard Schröder. Dieser hatte für die Hartz-4-Reform die Losung ausgegeben: Fordern und Fördern. Damit brachte er viele Langzeitarbeitslose in Arbeit, damals noch zumeist einheimische „Biodeutsche“.

Um sich von diesem Kanzler abzugrenzen, unter dem die SPD noch 34 bis 40 Prozent der Stimmen erzielt, hatte die Ampel unter Olaf Scholz, der nur noch zwischen 16 bis 20 Prozent erreichte, das Bürgergeld eingeführt. Die Zahl der Wähler war dazwischen derart stark zurückgegangen, dass die SPD nicht mehr in den hart arbeitenden Arbeitnehmern ihr Hauptwählerpotential sah, sondern in der wachsenden Arbeitslosen- und Migrantenzahl, die es mit sozialen Wohltaten zu ködern galt. *bob*

VON ROBERT MÜHLBAUER

Als Javier Milei zum Präsidenten von Argentinien gewählt wurde, gab es geradezu hysterische Warnungen vor dem selbst ernannten „Anarcho-Kapitalisten“, den viele als Rechtspopulisten bezeichnen. Milei werde Argentinien in den Abgrund stürzen, klagten viele Linke. Seine Gegner nannten ihn „el loco“ – der Verrückte. In einem offenen Brief im November 2023 warnten mehr als hundert internationale Ökonomen, darunter der prominente französische Sozialist Thomas Piketty, vor einer wirtschaftlichen und sozialen „Verheerung“. Noch Ende 2024 zeigte sich Friedrich Merz als CDU-Kanzlerkandidat „völlig entsetzt“ über die Idee, auch in Deutschland „ein bisschen mehr Milei zu wagen“. Denn: „Was dieser Präsident dort macht, ruiniert das Land, tritt die Menschen mit Füßen“, tonte er.

Inzwischen sind die Kritiker leise geworden. Denn der libertäre Präsident, der im Wahlkampf die Kettensäge schwang, hat in Argentinien eine bemerkenswerte Roskur durchgeführt, die zwar schmerzhaft war, deren Erfolge nun aber immer klarer zutage treten. Milei übernahm ein Land von der linken Vorgängerregierung mit extrem hoher Inflation und steigenden Schulden. „Argentinien stand im Jahr 2023 kurz vor einer Hyperinflation und es drohte der nächste Staatsbankrott“, sagt Stefan Kooths, Forschungsdirektor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft.

In anderthalb Jahren ist Milei eine harte Bremsung der Inflation gelungen. Im Dezember 2023 war diese auf über 250 Prozent im Jahr geklettert. Zuletzt ist die monatliche Teuerungsrate unter zwei Prozent gefallen. Argentinien's Geldentwertung, lange ein chronisches Übel, wurde nahezu gestoppt. Wie im Wahlkampf angekündigt, hat er den Staatsapparat verkleinert und Ministerien aufgelöst, zusammengelegt oder radikal verkleinert. Er hat etwa 50.000 Staatsbedienstete entlassen – das ist etwa ein Siebtel des gesamten öffentlichen Dienstes. „Afuera – Weg damit!“, lautete sein Kampfruf.

„Sein größter Erfolg ist das Vermeiden einer Hyperinflation“, sagt Philipp Bagus, ein deutscher Volkswirtschaftsprofessor, der in Madrid lehrt und Milei gut kennt, gegenüber der PAZ. Die Situation bei Amtsantritt Mileis sei eigentlich aussichtslos gewesen, doch der politische Außenseiter wagte eine Radikalkur: „Milei hat die Staatsausgaben um 30 Prozent gekürzt, einen Haushaltsüberschuss erarbeitet, die Druckerpresse lahmgelegt, und so ist die monatliche Inflation stetig bis auf 1,6 Prozent im Juni 2025 gefallen“, erklärt Bagus, der einen Bestseller über „Die Ära Milei“ geschrieben hat. Zudem hat



Hat gut lachen: Allen linken Unkenrufen zum Trotz bringt Argentinien's Präsident Javier Milei sein Land wieder in Schwung

ARGENTINIEN

Präsident Milei mit starkem Wachstum auf Erfolgskurs

Die Roskur gegen die Inflation wirkt – Sogar die Armut sinkt bereits deutlich

Milei die Wirtschaft dereguliert, viele Verbote und Vorschriften abgeschafft, die Bürokratie abgebaut und zuletzt den Wechselkurs des Peso freigegeben. Das hat die erstarrte Wirtschaft befreit.

Die Kritiker indes sagen, dass die Erfolge auf dem Rücken der Armen erzielt worden seien. Tatsächlich hat der harte Sparkurs das Land am Rio de la Plata im Jahr 2024 zunächst in eine Rezession gedrückt. Doch der Konjunktüreinbruch war überraschend kurz. Schon in der zweiten Jahreshälfte 2024 begann die Wirtschaft wieder zu wachsen, weil die Unternehmen und Bürger angesichts der gesunkenen Inflation wieder Mut fassten.

In diesem Jahr glänzt Argentinien mit Wachstumsraten, von denen andere Länder nur träumen können. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert ein Wirtschaftswachstum von 5,5 Prozent. Das liegt sogar vor China und

ist nach Indien das zweithöchste Wachstum in der Welt. Auch 2026 soll es in Argentinien mit 4,5 Prozent Plus in hohem Tempo weitergehen. Umgekehrt sinkt die Staatsschuldenquote nun deutlich.

Einseitig falsche Berichterstattung

Und die Armut? Als die Armutsquote im ersten Halbjahr von Mileis Amtszeit auf 53 Prozent stieg, machte das international Schlagzeilen. Doch seitdem sinkt sie. Jetzt liegt die Armutsquote mit 31 Prozent sogar deutlich unter dem Wert, als Milei die Präsidentschaft in der Casa Rosada übernahm. Weil er die Geldentwertung bremste, steigen die Reallöhne. Milei hat damit mehrere Millionen Argentinier sogar aus der Armut geholt und die Mittelschicht gestärkt.

In Umfragen sagt eine Mehrheit der Argentinier, dass das Land wirtschaftlich auf dem richtigen Wege sei. Es gibt zwar

wöchentlich kleine Demonstrationen von Rentnern, Gewerkschaftern und linken Aktivisten in Buenos Aires, über die auch deutsche Medien wie die ARD im „Weltspiegel“ gerne berichten. Aber die teils gewalttätigen Proteste werden nur von einer Minderheit der Bürger getragen.

In knapp zehn Wochen stehen Parlamentswahlen an, ein extrem wichtiger Test für den Präsidenten, dessen Partei „La Libertad Avanza“ (Die Freiheit schreitet voran, LLA) bislang nur wenige Sitze im Abgeordnetenhaus (ein Fünftel) und im Senat (weniger als ein Zehntel) hält. „Er muss die Wahlen Ende Oktober gewinnen, um eine Mehrheit im Parlament zu bekommen. Dafür sieht es gut aus“, sagte VWL-Professor Bagus der PAZ. Laut Umfragen liegt Mileis Partei vorne. In der Hauptstadt Buenos Aires hat die LLA ein Bündnis mit der PRO von Ex-Präsident Mauricio Macri geschlossen.

ARBEITSMARKT

Wochenarbeitszeit aktuell auf Rekordhoch

Vor allem der Arbeitsanteil bei Frauen steigt markant – Er nähert sich den Werten der Männer an

In der politischen Debatte wird seit einiger Zeit wiederholt gefordert, die Deutschen müssten mehr arbeiten, um Wirtschaft und Sozialsysteme zu stabilisieren. Vor kurzem hatte auch Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) mit dem Vorschlag verlängerter Wochenarbeitszeiten für Aufsehen gesorgt. Sie stieß bei Arbeitgebern auf Wohlwollen, aber bei Gewerkschaften auf scharfe Kritik. Aktuelle Zahlen zeigen jetzt: Die Menschen in Deutschland leisten bereits jetzt so viel Erwerbsarbeit wie seit der Vereinigung nicht mehr.

Laut einer Auswertung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) liegt die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit pro Kopf der 20- bis 64-Jährigen bei annähernd 29 Stunden – ein Rekordwert seit 1990. Hauptgrund ist die

Entwicklung bei den Frauen. Ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit kletterte von rund 19 Stunden im Jahr 1991 auf über 24 Stunden im Jahr 2022. Der Anteil erwerbstätiger Frauen wuchs in diesem Zeitraum um fast ein Drittel. Dennoch arbeiten Frauen pro Woche weiterhin im Schnitt neun Stunden weniger als Männer – 1991 betrug die Differenz noch rund 14 Stunden. Die Verringerung dieser Lücke spiegelt einen gesellschaftlichen Wandel wider: Immer mehr Frauen sind erwerbstätig und nähern sich im Arbeitszeitvolumen den Männern an. BiB-Direktorin Katharina Spieß sieht allerdings noch weiteres Potential. Ihrer Einschätzung nach liegt die von Frauen, insbesondere Müttern, als ideal empfundene Wochenarbeitszeit im Schnitt noch über der tatsächlich geleisteten. Nötig seien fami-

lienpolitische Verbesserungen wie ein bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.

Bei männlichen Beschäftigten blieb das Arbeitszeitvolumen pro Kopf über die Jahrzehnte nahezu konstant. Nach einem Rückgang in den 1990er und frühen 2000er Jahren – unter anderem bedingt durch wirtschaftliche Krisen und Betriebsschließungen, vor allem in Mitteldeutschland – nahm ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit seit Mitte der 2000er wieder zu. Zwar sind Männer heute häufiger erwerbstätig als damals, auch im höheren Alter, doch arbeiten sie im Schnitt etwas weniger pro Woche. Unter dem Strich liegen die wöchentlichen Pro-Kopf-Arbeitsstunden der Männer damit etwa auf dem Niveau von vor 30 Jahren.

Angeht diese Fakten warnen Beobachter davor, die Debatte über längere Arbeitszeiten losgelöst von der Realität zu führen. Gewerkschafter betonen, dass bereits jetzt so viel gearbeitet werde wie noch nie seit der Wende und viele Beschäftigte zudem zahlreiche Überstunden – oft unbezahlt – leisten. Pauschale Forderungen nach Mehrarbeit könnten zu Überlastung und höheren Krankenständen führen, warnen sie. Stattdessen plädieren Experten wie Mattis Beckmannshagen, Studienautor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dafür, das Arbeitsvolumen lieber durch eine höhere Erwerbsbeteiligung zu steigern – etwa durch noch mehr berufstätige Frauen, Ältere und Migranten – anstatt die individuelle Arbeitszeit pro Kopf immer weiter zu erhöhen. Peter Entinger

MELDUNGEN

Urlaubsboom in Deutschland

Berlin – Deutschland verzeichnete im ersten Halbjahr 2025 laut Statistischem Bundesamt einen neuen Bestwert bei den Gästeübernachtungen. Hotels, Pensionen, Ferienunterkünfte und Campingplätze registrierten im ersten Halbjahr rund 223,3 Millionen Übernachtungen. Dies waren 0,1 Prozent mehr als im bisherigen Rekordzeitraum Januar bis Juni 2024. Die Statistiker führen den Rekord auf verstärkten Urlaub im eigenen Land zurück. Während die Inlandsübernachtungen um 0,8 Prozent auf 187 Millionen stiegen, gingen die Übernachtungen aus dem Ausland um 3,2 Prozent auf 36,4 Millionen zurück. Dabei spielt allerdings die Fußball-Europameisterschaft 2024 eine große Rolle, die viele Besucher nach Deutschland gelockt hat. Aus Sicht des Deutschen Tourismusverbands (DTV) bringt der Rekord aber auch Herausforderungen mit sich, da touristische Betriebe unter Arbeitskräftemangel leiden. H.M.

KI erschwert Einsteiger-Jobs

Berlin – Berufseinsteiger haben es auf dem Jobmarkt derzeit immer schwerer. Routinearbeiten, die bislang vor allem von Berufseinsteigern erledigt wurden, werden zunehmend von Künstlicher Intelligenz (KI) übernommen. Laut einer Analyse des US-Stellenmarktes in der Technologiebranche zwischen Januar 2020 und Februar 2025 ist die Zahl der Stellenangebote für Berufseinsteiger im Technologiesektor um mehr als ein Drittel zurückgegangen. In Deutschland brach die Nachfrage nach Softwareentwicklern in Junior-Positionen seit 2020 sogar um mehr als die Hälfte ein. Arbeitsmarktexperten warnen inzwischen, dass Unternehmen durch den zunehmenden Verzicht auf Berufseinsteiger zwar Kosten sparen können, langfristig aber erfahrene Fachkräfte fehlen. Georg Zöllner, Leiter des Centre for AI Leadership in Singapur, wies darauf hin, dass Berufseinsteiger bislang bei Aufgaben Erfahrungen sammeln konnten, die nun verstärkt von KI übernommen werden. H.M.

Mehr EU-Wein für Russland

Brüssel/Moskau – Im Mai wurde laut Eurostat-Daten erstmals wieder mehr Wein aus EU-Mitgliedsstaaten in die Russische Föderation geliefert. Nach Russland wurden 9900 Tonnen Wein exportiert. Mehr waren es zuletzt im November vergangenen Jahres, als die EU 12.700 Tonnen Wein an Moskau verkaufte. Für den Anstieg sind hauptsächlich Italien und Polen verantwortlich. Italien lieferte sieben Prozent mehr und Polen mit 2000 Tonnen 18 Prozent mehr. Der hohe Anteil der polnischen Weine überrascht, zumal die traditionellen Weinexporteure aus Spanien und Österreich im gleichen Zeitraum nur 653 Tonnen und 154 Tonnen nach Russland lieferten. War die rund 1000-jährige Weinbau-Tradition der heutigen Republik Polen lange in Vergessenheit geraten, erlebt sie seit einigen Jahren vor allem im Süden und Westen des Landes eine Renaissance, wobei die Winzer mit angeblich hoher Qualität punkten. MRK

KOMMENTARE

Polizeikarriere entfällt

HERMANN MÜLLER

Polizisten, vor denen die Bürger lieber einen großen Bogen machen, weil sie Angst und Schrecken verbreiten, werden üblicherweise mit gescheiterten Dritte-Welt-Staaten, Diktaturen und Terrorregimen assoziiert. In einem Rechtsstaat, der funktioniert, ist die Polizei hingegen zum Schutz der Bevölkerung da. In Berlin geraten nun allerdings viel zu oft Polizisten selbst in den Verdacht, sich wie Kriminelle aufzuführen. Die PAZ berichtete in Ausgabe 33 über mehrere Ermittlungsverfahren gegen Beamte.

Inzwischen gibt es einen weiteren Fall: Am Abend des 8. August ist ein Nigerianer, der mit seinem elfjährigen Sohn in Berlin Mitte unterwegs war, zunächst beleidigt, dann krankenhausrif geprügelt worden. Tatort war der Berliner Alexanderplatz, die dortige Polizeiwache in Sichtweite. Auch in diesem Fall mussten die angerückten Polizisten eine böse Überraschung verkraften: Beim Schläger handelte es sich um einen Berliner Polizeischüler. Festgestellt wurde

bei dem 20-Jährigen mit türkischen Wurzeln ein Alkoholwert von 1,9 Promille. Auch seine beiden Begleiter, ebenfalls Polizeischüler, waren alkoholisiert. Allen drei jungen Männern drohen nun dienstrechtliche und strafrechtliche Konsequenzen wegen Körperverletzung beziehungsweise unterlassener Hilfeleistung. Bestätigen sich die Vorwürfe gegen die Polizeischüler, sollte sich der Dienstherr nicht wie ein verständnisvoller Sozialarbeiter aufführen: Die angestrebten Karrieren im Polizeidienst müssen ohne Wenn und Aber ausfallen. Polizisten, die selbst Straftaten begehen, untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat. In einer Stadt, in der auf den Straßen ohnehin immer rauere Zustände Einzug halten, sind kriminelle Sicherheitskräfte ein fatales Signal.

Berlins Innensenatorin ist gut beraten, noch einmal genau zu schauen, ob die Zugangsbedingungen zum Polizeidienst angesichts des Mangels an geeigneten Bewerbern und lautstark vorgebrachter Forderungen nach mehr Diversität bei der Berliner Polizei nicht doch viel zu stark abgesenkt worden sind.

Wer im Glashaus sitzt ...

FREDERICK BÖRG

Ein Sprichwort sagt: „Wenn du mit dem Finger auf jemand zeigt, zeigen immer drei auf dich zurück.“ Ob US-Außenminister Marco Rubio und US-Vize-Präsident J.D. Vance dieses Sprichwort kennen? Wohl eher nicht. Wie sonst kann es sein, dass ausgerechnet die beiden der Bundesrepublik vorwerfen, hier würde die Meinungsfreiheit zunehmend eingeschränkt und der Antisemitismus immer drastischer sichtbar werden?

Das Verrückte ist, sie haben mit jeder Silbe recht. Absolut! Es ist sogar zwingend erforderlich auf die zunehmenden Missstände in Deutschland aufmerksam zu machen und endlich auch etwas dagegen zu tun. Gegen die einseitige Meinungsmache von links, gegen die Denunzianten, Gesinnungsschnüffler und zunehmenden Anschwartz-Plattformen, die dafür sorgen, dass Menschen Angst haben, ihre Meinung frei zu äußern. Und es muss endlich etwas ge-

gen den beschämenden Hass gegen jüdische Mitbürger und gegen jüdische Einrichtungen unternommen werden. Allen voran initiiert durch linke Gruppen, links-grün-woke Hasser und Hetzer, aber primär durch moslemische Asylsucher, die mit ihrem traditionellen und anerzogenen, fast schon pathologischen Judenhass alles Jüdische und insbesondere den Staat Israel auslöschen wollen. Diesen Antisemiten muss endlich das Handwerk gelegt und die Stimme genommen werden – denn sie haben kein Recht in Deutschland sich so zu artikulieren und zu benehmen. Doch das bemängeln ausgerechnet Vance und Rubio? Die beiden, deren Regierung ungeliebte Journalisten aussperrt, die Andersdenkende lieber beleidigen als mit Argumenten zu überzeugen, die zugeben zu lügen, wenn es nutzt, und an deren Edel-Unis der Palästinenser-Mob tobt? Da fällt einem doch glatt ein anderes Sprichwort ein: „Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!“

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de



Seit 2023 Geisel der Hamas: Die Terroristen lassen den abgemagerten Evjatar David sein eigenes Grab schaufeln

LEITARTIKEL

Wahrheit ohne zwei Seiten

JENS EICHLER

Das Leid der Menschen in Gaza ist seit Wochen ein die deutschen Medien beherrschendes Thema. Und ja, die Bilder von hungernden Kindern, trauernden Eltern, weinenden Müttern und abgemagerten Greisen sind kaum anzusehen. Das Leid, das die Menschen dort ertragen, schnürt dem Betrachter die Kehle zu. Mitgefühl keimt auf. Kein Wunder, dass aufgrund der Situation die Solidarität mit den Palästinensern wächst. Ebenso ist es nicht verwunderlich, dass die Anzahl der Appelle nach Hilfe für die Bevölkerung in Gaza und ein Ende der militärischen Aktionen seitens Israels immer lauter und eindringlicher werden.

Und dennoch muss ein „Aber“ erlaubt sein. Werden hier nicht gerade Menschen, wenn auch aufgrund menschlicher Empathie verständlich, bemitleidet, die noch am 7. Oktober 2023 das blutige Massaker der Hamas johlend, tanzend auf den Straßen Gazas gefeiert und bejubelt haben? Damals, als bei dem schlimmsten Pogrom seit dem Holocaust über 1200 Frauen, Männer, Kinder und Babys von den Hamas-Terroristen geschlachtet, vergewaltigt und erniedrigt wurden. Sind es nicht

die gleichen Menschen, die freiwillig die Hamas als ihre Führung gewählt haben? Wohlwissend, dass es Terroristen sind, die nur ein Ziel haben – das Töten aller Juden und das Auslöschen des jüdischen Staates, nämlich Israel. Haben sie mit ihrer Wahl diesem abscheulichen Ziel nicht zugestimmt und müssen nun dafür, so perfide es sich auch anhören mag, einen grausamen Preis zahlen?

Die einen wollen den Tod, die anderen nur in Frieden leben

Die Frage muss erlaubt sein: Warum wird stets Israel einseitig in den Fokus der Kritik genommen, und die andere Wahrheit fällt unter den Tisch? Nein, niemand muss mit der Politik von Israels Präsidenten Netanjahu übereinstimmen. Aber man sollte zumindest seine Beweggründe erkennen und begreifen. Als Israel sich 2005 komplett bis auf den letzten Mann aus Gaza zurückzog, da hatten die Palästinenser de facto ihren separaten Staat und waren am Ziel ihrer Träume angelangt. Doch es genügte nicht. Statt aus dem Gazastreifen eine blühende Landschaft zu kreieren, statt den dort lebenden Menschen endlich wieder eine gute Zukunft mit Perspektive zu gestalten, ließ man den Hass regieren und jubelte ihm zu. Allein 2005

wurden geschätzte 1,5 Milliarden Euro für Palästina von der Weltgemeinschaft zur Verfügung gestellt. Von 2014 bis 2020 überwies die UNO allein 4,5 Milliarden US-Dollar an Gaza. Nein, es ist kein Märchen, die blühenden Landschaften hätten längst real werden können. Stattdessen wurden die Gelder mit blutiger Absicht zweckentfremdet und die Bevölkerung sah zu, schwieg zustimmend oder unterstützte sogar.

Wer nun einwirft, dass der Krieg in Gaza bisher mehr Opfer gefordert habe als das Massaker der Palästinenser, begibt sich auf sehr dünnes Eis und macht sich gemein mit den Terroristen, die mit Opferzahlen Politik betreiben. Sie wollen immer noch Israel für ewig von der Landkarte wischen – „From the River (Jordan) to the Sea (Mittelmeer)“. Israel will hingegen endlich nur in Frieden leben, ohne die permanente sie umringende Bedrohung von Hamas, Hisbollah oder Huthi.

Der Weg könnte so einfach sein: Die Hamas müsste nur die Geiseln freilassen, die seit 2023 von ihr gefoltert oder bereits getötet und verhöhnt wurden. Wer diese Wahrheit verschweigt, sollte sich ernsthaft überlegen, warum er mit den Menschen in Gaza Mitleid empfindet, mit den Opfern der Hamas aber nicht.

PORTRÄT

Eine Persona non grata?

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner schwebt im Siebten Himmel und steckt gleichzeitig im Sommerloch fest. Kaum frisch verknallt in TV-Quizmaster Jörg Pilawa füllt sie die Schlagzeilen der Boulevardmedien ebenso wie jene der grünbeschwipsten Empörungswirtschaft, weil sie als Gast beim Sommerempfang der CDU Koblenz auftrat. Daran ist natürlich nichts Anstößiges, dafür aber anscheinend die Tatsache, dass sie dem Gastgeber die Hand schüttelte: dem Koblenzer Unternehmer Frank Gotthardt, der für das Fest die Räumlichkeiten seines Unternehmens CompuGroup Medical (CGM) zur Verfügung stellte.

Gotthardt ist Ehrenvorsitzender des Wirtschaftsrats des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz. So weit so gut. Der 74-Jährige ist aber auch Financier des vom früheren „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt betriebenen Onlinemediums Nius.

So weit, so schlecht – jedenfalls aus der Sicht der selbsternannten Gesinnungspolizisten, die Nius als „rechtspopulistisch“ diffamieren.

Klöckner setzte mit ihrem Auftritt beim Sommerfest zumindest ein mutiges Zeichen für die Meinungsfreiheit. Und sie erwies einem Mann die Referenz, der ein

erfolgreicher Unternehmer und Sportfunktionär ist. Gotthardt steht dem Unternehmen CGM vor, das er in den späten 80er Jahren gegründet hat und das Marktführer ist für die Gesundheitssoftware in deutschen Arztpraxen. Inzwischen beschäftigt das Unternehmen knapp 9000 Mitarbeiter und ist einer der Hauptarbeitgeber im Raum Koblenz.

Darüber hinaus ist Gotthardt Hauptinvestor des Eishockeyclubs Kölner Haie, die in diesem Jahr deutscher Vizemeister wurden. Bei den Heimspielen der Haie ist die Kölner Lanxess Arena fast immer ausverkauft. Noch hat hier wegen Nius-Verleger Gotthardt niemand zum Zuschauerboykott aufgerufen. Den Spaß und das Geschäft will sich keiner verderben lassen. Das gespielte Entsetzen um Klöckners Händedruck beim Sommerfest kostet nichts, macht aber Gotthardt unverdientermaßen zur Persona non grata. H. Tews



Hält das Grußwort beim CDU-Sommerfest: Frank Gotthardt

Nicht vergessen, sondern präsent

Vor 75 Jahren starb der ostpreußische Autor Ernst Wiechert – Seine Aktualität ist ungebrochen

VON KLAUS WEIGELT

In Deutschland ist der Dichter Ernst Wiechert (1887–1950) heute weitgehend unbekannt. Gelesen haben von seinen Werken allenfalls noch ältere Menschen. Wer sich in der ostdeutschen Literatur etwas auskennt, hat vielleicht auch Bücher von Ernst Wiechert (1831–1902) in seinem Bücherschrank stehen und verwechselt die beiden Schriftsteller, zumal beide den gleichen Vornamen haben.

Ernst Wiechert (ohne „ie“) kam aus Insterburg. Er war Jurist und schrieb voluminöse und patriotische historische Romane wie „Heinrich von Plauen“, „Der Bürgermeister von Thorn“ oder „Der Große Kurfürst in Preußen“. Auch er ist heute weitgehend unbekannt und wird nur noch wenig gelesen.

Ernst Wiechert (mit „ie“) wiederum, der um ein halbes Jahrhundert Jüngere, kam aus der Johannisburger Heide, aus Kleinort. Sein Vater war dort Förster, und seine Kindheit verbrachte Wiechert im Walde. Er hat ihn in einem seiner schönsten Romane „Wälder und Menschen“ (1936) beschrieben. Nach Schulzeit und Studium wurde der Ostpreuße Lehrer am Königsberger Hufengymnasium, überlebte die vier Jahre des Ersten Weltkriegs mit Verwundungen an der Ostfront in Galizien und an der Westfront in Frankreich. Er kehrte anschließend wieder in seinen Lehrerberuf zurück, der ihn aber nicht mehr befriedigte.

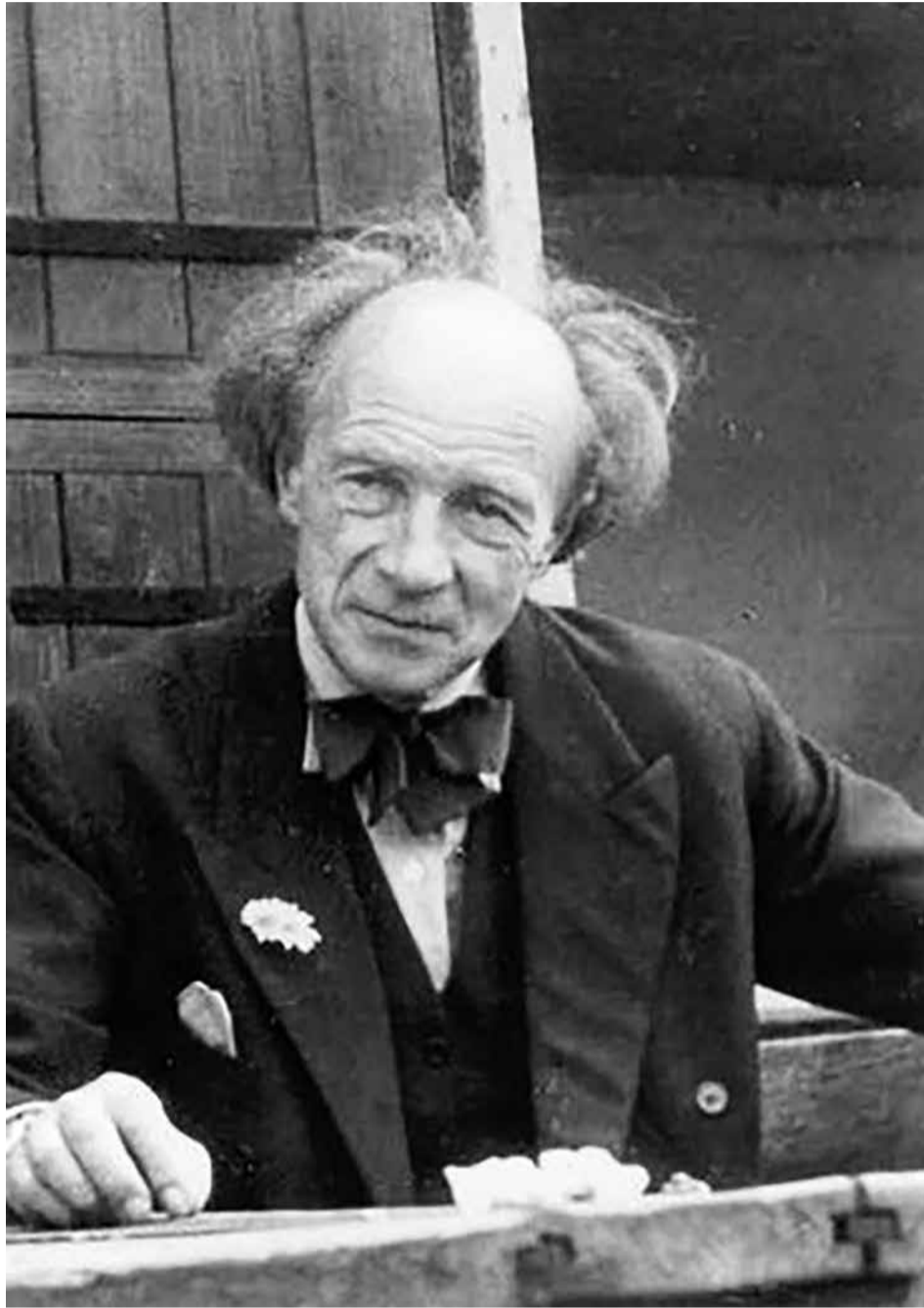
Anfang der 1920er Jahre schrieb Wiechert seine ersten Romane, von denen er sich später distanzierte. Ihm gelangen Ende der 1920er Jahre aber auch erste Meisterwerke wie „Die blauen Schwingen“, „Der silberne Wagen“ und „Die kleine Passion“. 1929 wählte seine erste Ehefrau Meta den Freitod, und 1930 wechselte er mit seiner zweiten Frau Lilje nach Berlin, wo er noch drei Jahre im Schuldienst tätig war, ehe er sich ab 1933 endgültig in Ambach am Starnberger See dem dichterischen Schriftstellerdasein widmete, ab 1936 auf dem Hof Gagert in Wolfratshausen in Oberbayern.

Kein einfaches Leben nach 1945

In den 1930er Jahren entstand die erste Gruppe seiner Werke, mit denen Wiechert ein bekannter Autor wurde. Romane und Novellen wie „Jedermann“, „Die Flöte des Pan“, „Die Magd des Jürgen Doskocil“, „Die Majorin“, „Der Todeskandidat“, die „Hirtennovelle“ und schließlich „Das einfache Leben“ fanden eine breite Öffentlichkeit, während der Dichter zunehmend mit dem NS-Regime in Konflikt geriet, das er in seinen berühmten Reden an die deutsche Jugend 1933 und 1935 in der Münchner Universität kritisierte. Auch seine Novelle „Der weiße Büffel“, die er in öffentlichen Lesungen vortrug, enthielt eine versteckte, aber gut hörbare Kritik an den Nationalsozialisten.

Die Geduld der Nationalsozialisten fand ein Ende, als sich Wiechert für den seit 1937 im KZ einsitzenden Martin Niemöller einsetzte. Wiechert wurde Anfang Mai 1938 von der Gestapo verhaftet, zwei Monate in München inhaftiert und anschließend in das KZ Buchenwald gebracht, wo er zwei Monate im berühmtesten Steinbruch Zwangsarbeit leisten musste, was ihn an den Rand seiner physischen Existenz brachte.

Nach seiner Entlassung wurde er dem Reichspropagandaminister Goebbels vorgeführt, der ihm „physische Vernichtung“ androhte, wenn er sich nicht in Zukunft



Ein Autor, an dem sich die Geister schieden, der heute aber als ostpreußischer Klassiker gilt: Ernst Wiechert

ruhig verhielte. Trotz dieser Drohung erschien Wiecherts Bestseller „Das einfache Leben“ 1939 und erreichte eine Auflage von über 250.000.

Ansonsten aber lebte Ernst Wiechert auf seinem Hof Gagert und schrieb im Verborgenen an der zweiten Gruppe seiner Hauptwerke. Für den ersten Band der „Jerominkinder“ erhielt er keine Druckerelaubnis mehr. Also vergrub er ihn in seinem Garten, ebenso wie den zweiten Band seines Hauptwerkes und die 40 „Märchen“, die er im Winter 1944/45 schrieb. Diese Werke wurden, ebenso wie der Bericht über seine Zeit in Buchenwald „Der Totenwald“, erst nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht.

Im November 1945 machte Wiechert mit seiner dritten Münchner Rede noch einmal auf sich aufmerksam. Diese Rede hat Persönlichkeiten wie Ralph Giordano und Roman Herzog lebenslang beeindruckt. Giordano behandelt sie in seinem Buch „Ostpreußen ade“ ausführlich, und Herzog zitierte die Wiechert-Rede in seiner Rede als damaliger Bundespräsident zum 50. Jahrestag des Kriegsendes im Berliner Schauspielhaus vor den vier Repräsentanten der alliierten Siegermächte.

Als Vertreter der „Inneren Emigration“ kam Wiechert jedoch mit den Verhältnissen in Nachkriegsdeutschland nicht mehr zurecht. Zu laut übertönte die Selbstgefälligkeit der aus dem Exil zurückgekehrten Schriftsteller, allen voran die selbstgerechte Erika Mann, die öffentliche Meinung. Wiecherts Stimme wurde nicht nur nicht mehr gehört, sondern teilweise wurde er verhöhnt. Er verlor den Glauben an die Jugend, der lebenslang seine Hoffnung gegolten hatte.

Also wandte er sich in die Schweiz, wo er Freunde hatte und gern gehört wurde.

1948 zog er auf den Rütihof, den ihm Freunde zur Verfügung gestellt hatten, bei Uerikon am Zürichsee. Dort vollendete er 1950 sein Letztwerk „Missa sine nomine“, schon von den Schmerzen seiner Krankheit gepeinigt, die am 24. August 1950 zum Tode führte. Im nahegelegenen Stäfa hat Ernst Wiechert ein Ehrengrab.

Nach seinem Tode wurde es um Ernst Wiechert still. Im Jahr 1972 starb Lilje Wiechert. Von dem langjährigen Wiechertfreund Gerhard Kamin wurde das Erbe an das Museum Stadt Königsberg in Duisburg gegeben, von wo es 2016 nach Lüneburg gelangte und dort im Archiv des Ostpreußischen Landesmuseums lagert.

Übersetzung ins Japanische

Erst in den 1980er Jahren begann die Renaissance Ernst Wiecherts. Die Stadtgemeinschaft Königsberg entdeckte, dass der französisch-deutsche Jesuitenpater Guido Reiner in den 1970er Jahren in Paris eine vierbändige „Ernst-Wiechert-Bibliographie“ publiziert und auch über den Dichter an der Sorbonne promoviert hatte. Mit Guido Reiner wurde 1989 die „Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft“ IEWG gegründet, die im Laufe der Jahre ein reges Leben entfaltete, zunächst unter der Leitung von Guido Reiner, von 1997 bis 2001 unter dem Vorsitz von Hans-Martin Pleßke, danach mit Bärbel Beutner und seit Kurzem unter der Leitung von Michael Friese.

Die IEWG schloss sich 1998 der ALG (Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten) an und entfaltete in den letzten 35 Jahren ein reiches literarisches Leben in zahlreichen Tagungen, von denen zwei in Polen durchgeführt wurden. Die schriftlichen Dokumente umfassen inzwischen sieben Bän-

de der Schriftenreihe, 20 Mitteilungen und über 45 Wiechertbriefe. Die IEWG ist eine mittlere literarische Gesellschaft mit derzeit 138 Mitgliedern, davon 48 in 13 Ländern, darunter Polen, der Schweiz, Russland, Italien und Frankreich.

Man kann sagen, dass ohne die Gründung der IEWG Wiechert dem Vergessen anheimgefallen wäre. Seitdem aber gibt es bis heute ständig neue Überraschungen und aktuelle Entwicklungen. So besuchte den PAZ-Autor im Herbst 2024 aus Japan der Forstwirt und Germanist Dr. Mitsuaki Yamanaka in Lüneburg und sprach mit ihm fünf Stunden über die „Missa sine Nomine“. Eine letzte Mail von Mitte Juli 2025 offenbarte, dass Yamanaka seine Übersetzung der „Missa“ ins Japanische fast abgeschlossen hat. Was für ein Schritt Ernst Wiecherts in den Fernen Osten!

Eine letzte Überraschung

Im Mai 2025 machte der Autor einen längeren Urlaub in Masuren und hatte ein erfreuliches Abendgespräch mit dem Deutschlehrer Czesław Ilwicky aus Lötzen, der gerade dabei ist, den Roman „Die Magd des Jürgen Doskocil“ ins Polnische zu übersetzen. Es gab eine sehr kurzweilige Unterhaltung über die Probleme, die sich bei der Übersetzung von Wiechert-Texten in andere Sprachen, vor allem andere kulturelle Umfelder ergeben.

Die vorerst letzte Überraschung war die Einladung der Schweizer Lesegesellschaft in Stäfa an die IEWG, sich an der Gedenkfeier zum 75. Todestag von Ernst Wiechert zu beteiligen. Die Gedenkfeier wird am 30. August 2025 in Stäfa am Zürichsee stattfinden. Im Mittelpunkt steht die Rede, die Wiechert 1947 an seine Schweizer Freunde gerichtet hat. Sie steht unter dem Titel „Das zerstörte Menschengesicht“ und ist ein sehr beeindruckender Text, der im zehnbändigen Gesamtwerk des Dichters nicht enthalten ist.

Diese Rede wird während der Gedenkfeier in der Kirche von Stäfa, in der Wiechert sie auch gehalten hat, von einem Vorstandsmitglied der IEWG vorgetragen werden. Anschließend wird es ein Podiumsgespräch geben, an dem Mitglieder der Lesegesellschaft und der IEWG teilnehmen. Zu der Veranstaltung werden mehrere hundert Teilnehmer erwartet. Das wird ein würdiges Gedenken für den ostpreußischen Dichter sein.

Natürlich ist die IEWG auch nicht untätig. Zum 75. Todestag erscheint Band 8 der Schriftenreihe. Das Buch „Lasse in der Truhe, was du Gutes hier getan“ enthält erstmalig grundlegende Bearbeitungen der „Märchen“ und der „Jerominkinder“, sowie weitere aktuelle Arbeiten über einzelne Werke des Dichters. Der Band soll zeigen, dass Wiecherts schriftstellerisches Vermächtnis nach wie vor zum Kanon deutschsprachiger Literatur gehört.

75 Jahre nach dem Tod Ernst Wiecherts ist der Dichter also keineswegs vergessen, sondern präsent!

● Klaus Weigelt ist Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V. und stellvertretender Vorsitzender der Internationalen Ernst-Wiechert-Gesellschaft.



Michael Friese, Joachim Hensel, Klaus Weigelt: „Lasse in der Truhe, was du Gutes hier getan“. Ernst Wiecherts literarisches Vermächtnis, Quintus Verlag, Berlin 2025, 280 Seiten, 25 Euro

LOVIS CORINTH

18 Graphiken für Weimar

Im 100. Todesjahr von Lovis Corinth ziehen 18 seiner Druckgraphiken nach Weimar um. Die Graphischen Sammlungen der Klassik Stiftung Weimar erhalten aus der Sammlung HHW eine Schenkung mit Werken des ostpreußischen Malers, der am 17. Juli 1925 im niederländischen Zandvoort gestorben ist (siehe PAZ vom 11. Juli). Es handelt sich um die zweite Schenkung innerhalb der letzten beiden Jahre von dem Stifter-Ehepaar Hildegard und Dr. Herbert (+) Wippel. Bereits 2023 hat es den Weimarem eine Kollektion an Holzschnitten des Bauhausmeisters Gerhard Marcks beschert.

Corinth gilt neben Max Liebermann und Max Slevogt als bedeutendster Vertreter des Impressionismus in Deutschland. Während seines Studiums an der Königsberger Kunstakademie besuchte er mit seinem Lehrer Otto Günther wiederholt die Protagonisten der Weimarer Malerschule im Umfeld der Großherzoglich-Sächsischen Kunstschule. Zudem gehörte er zu den Initiatoren des 1903 in Weimar gegründeten Deutschen Künstlerbundes. 1911 übernahm er von Max Liebermann das wichtige Amt des Präsidenten der Berliner Secession und bekleidete es viele Jahre bis zu seinem Tod 1925. Schon 1919 zog er sich allerdings aus dem Berliner Großstadtle-



Lovis Corinth: „Der Ziegenbock“, 1920

ben ins oberbayerische Urfeld am Walchensee zurück, wo große Teile seines schließlich expressiven Spätwerks entstanden.

Die Mehrzahl der vorzüglichen Druckgraphiken der Schenkung Wippel stammen aus Corinths letzten Jahren und zeigen die unmittelbare landschaftliche Umgebung des Walchensees, darunter Lithographien aus dem Zyklus „Vorfürhling im Gebirge“ (1922) sowie Radierungen aus den beiden wichtigen Mappenwerken „Am Walchensee“ (1920) und „Der Walchensee, klein“ (1923). Abgerundet wird das Konvolut durch den lithographischen Zyklus „Schweizer Landschaften“ (1923) sowie die noch in Berlin entstandenen Einzeldrucke „Skizzen zu einem orientalischen Märchen“ (1913) und „Tiger“ (1917/18), die auch exemplarisch für Corinths Wirken als Illustrator stehen.

Noch steht nicht fest, wann die Graphiken besichtigt werden können. Dafür zeigt die Alte Nationalgalerie auf der Berliner Museumsinsel noch bis zum 2. November die Jubiläumsausstellung „Im Visier! Lovis Corinth, die Nationalgalerie und die Aktion ‚Entartete Kunst‘“. Harald Tews

FERDINAND PORSCHE

Nicht nur der Vater des VW „Käfer“

Der vor 150 Jahren geborene sudetendeutsche Autopionier ging den grünen Weg vom Verbrenner zum E-Auto – nur umgekehrt

VON MANUEL RUOFF

Den scheinbar fortschrittlichen Weg vom Verbrenner zum Elektroauto, den die Grünen und die „Klimaschützer“ der deutschen und europäischen Automobilindustrie zu oktroyieren versuchen, ist Ferdinand Porsche in umgekehrter Richtung gegangen. Er fing bei der Elektrizität an. Schon als Kind installierte das am 3. September 1875 im sudetendeutschen Maffersdorf bei Reichenberg geborene dritte Kind eines Spenglers im väterlichen Betrieb eine elektrische Beleuchtungsanlage. Dort machte er nach dem Besuch der Volksschule auch seine Lehre. Abends besuchte er einen Elektrotechnikurs an der Staatsgewerbeschule in Reichenberg.

1893 wechselte Porsche als Mechaniker zu der Elektrotechnikfirma Béla Egger & Co. in Wien, wo er schnell Karriere machte. Ein Auftrag der Wiener Hofwagenfabrik Jacob Lohner & Comp. brachte ihn in Kontakt mit dem Automobilbau. Er entwickelte für den Auftraggeber einen elektrischen Radnabenmotor und wechselte dann Ende des Jahrhunderts mit dem Patent für diesen Motor zu den Lohner-Werken. Dort baute er innerhalb weniger Jahre 1899 sein erstes Elektroauto sowie 1900 beziehungsweise 1902 die weltweit ersten Fahrzeuge mit Allrad- und mit Hybridantrieb.

Porsches Forschungen und Entwicklungen waren ungemein innovativ, aber sie wurden seinem Arbeitgeber zu kostspielig. So wechselte er 1906 als Technischer Direktor zur Österreichischen Daimler-Motoren-Gesellschaft (Austro-Daimler) in Wiener Neustadt. Als dessen Technischer Direktor bildeten die Entwicklung von Verbrennungsmotoren und Fahrzeugen sowie die Leitung von deren Produktion sein Arbeitsfeld. 1907 entstand Porsches erstes Auto mit Benzinmotor.

Bereits wenige Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs begann Porsche, sein Engagement auf den militä-



Autos waren seine Welt: Ferdinand Porsche hinter einem Lenkrad Bild: akg-images

rischen Bereich auszuweiten. Unter seiner Leitung wurden bei Austro-Daimler schwere Zugmaschinen für Geschütze oder gleich mehrere Anhänger beziehungsweise Waggonen entwickelt und gebaut. Hierbei handelte es sich teilweise um Zweivegefahrzeuge, die sowohl auf Straßen als auch auf Schienen fahren konnten. Der Antrieb erfolgte diesel-elektrisch. Ähnlich wie bei heutigen Diesellokomotiven und auch Schiffen wurde mit dieselbetriebenen Stromerzeugungsgregaten Strom erzeugt, der dann zum

Antrieb von E-Motoren diente. Im Zweiten Weltkrieg griff Porsche diese Technik zum Antrieb von Panzern wieder auf.

Selbständig ab 1930

Auch mit der Militarisierung der Produktpalette war Ferdinand Porsche zukunftsweisend. Dieser Tage erst gab der Vorstandsvorsitzender der Porsche Automobil Holding, Hans Dieter Pötsch, bekannt, sich „verstärkt im Verteidigungs- beziehungsweise verteidigungsnahen Bereich engagieren“ zu wollen.

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Zerschlagung der Donaumonarchie nahm der Sudetendeutsche die Staatsangehörigkeit der neu gegründeten Tschechoslowakei an. Als Staatsangehöriger eines Verbündeten der Siegermächte des Krieges konnte er leichter zu Automessen und Rennen ins Ausland reisen. 1923 wechselte Porsche von Austro-Daimler zum vormaligen reichsdeutschen Mutterunternehmen Daimler-Motoren-Gesellschaft (DMG). Dort konzentrierte Porsche seine Genialität auf den Renn- und Sportwagenbau mit entsprechenden Erfolgen und Innovationen. Den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern war jedoch mehrheitlich nach „einem weniger genialen, aber sparsameren, zuverlässigeren und der Einwirkung seiner Kollegen zugänglicheren Konstrukteur“. So trennten sich 1928 die Wege.

Nach einem kurzen Zwischenspiel bei der österreichischen Steyr-Werke AG kehrte Porsche 1930 nach Stuttgart zurück, wo er aus seiner Zeit bei Daimler eine Villa besaß. Dort machte er sich mit der „Dr. Ing. h. c. F. Porsche GmbH, Konstruktionen und Beratung für Motoren und Fahrzeuge“ selbstständig. Namhafte Unternehmen wie Zündapp, NSU oder Wanderer beziehungsweise Auto Union gehörten zu den Auftraggebern.

Den Auftrag seines Lebens erhielten Porsche und sein Unternehmen nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten vom Reichsverband der Automobilindustrie mit der Entwicklung eines preisgünstigen Volkswagens. 1934 tauschte Porsche auf Drängen Adolf Hitlers die tschechoslowakische gegen die deutsche Staatsangehörigkeit. 1938 wurde Porsche Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Aufsichtsrats der Volkswagenwerk G.m.b.H., die das von ihm entwickelte Auto in großen Stückzahlen bauen sollte.

Autobauer ab 1948

Im Zweiten Weltkrieg versuchte Porsche, das Automobilunternehmen mit Rüstungsaufträgen am Laufen zu halten. Ge-

baut wurden neben Zulieferteilen für andere Unternehmen militärische Varianten des Volkswagens wie der Kübel- und der Schwimmwagen. Außerdem beteiligte Porsche sich an der Entwicklung von Panzertypen wie „Tiger“, „Ferdinand“ oder „Maus“.

1944 verlegte Porsche sein Konstruktionsbüro aus der württembergischen Hauptstadt in das weniger bombengefährdete Gmünd in Kärnten. Vor dem Kriegsende zog er sich auch dorthin zurück. Sein Versuch, nun die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen, misslang. Erst internierten ihn die US-Amerikaner für einige Wochen, um ihn dann freizusprechen. Dann inhaftierten ihn die Franzosen, als er im Dezember 1945 einer Einladung des französischen Industrieministers nach Baden-Baden gefolgt war. Erst nach 22 Monaten wurde er auf Kautions entlassen. 1948 folgte der Freispruch durch ein ordentliches französisches Gericht.

Um sein Konstruktionsbüro, das 1950 nach Stuttgart zurückkehrte, brauchte sich Porsche keine Sorgen zu machen. Es war bei seinem Sohn Ferry in guten Händen. 1947 übernahm dieser die Leitung des Familienunternehmens. Seit 1948 konstruierte und beriet das Familienunternehmen nicht mehr nur, sondern produzierte auch Sportwagen. Hinzu kamen lukrative Lizenz- und Beraterverträge Porsches mit dem Volkswagenwerk.

Allerdings hatte die Haftzeit Porsches Gesundheit zugesetzt. Wenige Monate nach Vollendung seines 75. Lebensjahres, am 30. Januar 1951, starb der sudetendeutsche Autopionier in Stuttgart.

● Das Sudetendeutsche Museum, Hochstraße 10, 81669 München, Telefon (089) 480003-37, E-Mail: info@sudetendeutsches-museum.de, zeigt noch bis zum 11. Januar die Sonderausstellung „Ferdinand Porsche und andere Pioniere. Wegbereiter der Mobilität aus Böhmen und Mähren“.

KARL HEINRICH ULRICHS

Urgestalt des homosexuellen Emanzipationskampfes

Der Pionier der Sexualwissenschaft kam vor 200 Jahren im damals hannoverschen, aber ab 1866 preußischen Westerfeld zur Welt

„Es war ein Tumult, wie man ihn selten erlebt.“ So beschrieb ein Zeitzeuge das im Münchener Konzerthaus Odeon am 29. August 1867 Erlebte, als Karl Heinrich Ulrichs in München das Wort ergriff. Es war der Deutsche Juristentag – eine Bühne für Gesetzesreformer, Professoren, Richter. Männer in dunklen Anzügen, gewöhnt an die nüchterne Sprache des Rechts. Im Kern ging es auf der Tagung darüber, ob Preußen sein Strafrecht – und damit auch die Homosexuellen-Strafnorm Paragraf 143 – vollständig auf die im Jahr zuvor annektierten Länder ausdehnen solle. Ulrichs trug vor, und im Saal brach Geschrei und Chaos aus. Er sprach offen von der Diskriminierung homosexueller Männer, forderte die Abschaffung der Strafgesetze gegen gleichgeschlechtliche Liebe – und outete sich damit selbst in aller Öffentlichkeit. Die Tagungsleitung entriss ihm das Wort. Doch was gesagt war, blieb gesagt: ein Fanal für die Emanzipation.

Karl Heinrich Ulrichs, geboren am 28. August 1825 in Aurich, war ein nationalliberaler Jurist und Historiker und hatte im Revolutionsjahr 1848 seine Studien mit einer Dissertation zum Westfälischen

Frieden abgeschlossen. Bereits 1854 wurde gegen den Hildesheimer Gerichtsassessor wegen „widernatürlicher Wollust mit Männern“ ermittelt. Das war im Königreich Hannover zwar nicht verboten, aber der vage Straftatbestand zur Erregung öffentlicher Ärgernisse griff. Ulrichs verließ erst den Staatsdienst, dann verbot ihm ein Gericht auch den Anwaltsberuf, sodass er sich als Journalist durchschlug.

Was den einen widernatürlich erschien, war für Ulrichs die Normalität. Und weil er mit der auf Gegenseitigkeit beruhenden gleichgeschlechtlichen Liebe nicht haderte und ohne seelische Verwerfungen war, kämpfte er offen für das für ihn Natürliche. In einer Zeit, in der Homosexualität als „widernatürliches Verbrechen“ galt, benutzte Ulrichs weder Decknamen noch sprachliche Verschleierung. Stattdessen sprach er von Urnings – ein Begriff, den er selbst prägte, um Männer zu beschreiben, die Männer lieben. Nicht als Krankheitsbild, nicht als moralisches Versagen, sondern als angeborene Veranlagung. Es war ein Bruch mit der medizinisch-moralischen Denkweise seiner Zeit.

Zwischen 1864 und 1879 veröffentlichte Ulrichs eine Reihe von Schriften, die er

als „Forschungen über das Räthsel der mann männlichen Liebe“ zusammenfasste – ein opus magnum der frühen Sexualwissenschaft, das Jahrzehnte vor Sigmund Freud oder Magnus Hirschfeld entstand. In diesen Texten entwickelte er eine erste Theorie sexueller Orientierung, sprach von Gleichwertigkeit, von Naturrecht und von der Unmenschlichkeit der Kriminalisierung. Seine Argumentation



Karl Heinrich Ulrichs

war juristisch und humanistisch. Die Strafverfolgung Homosexueller verstoße gegen das Prinzip gleicher Freiheit und verletze die Würde des Individuums. Strafbar solle nur sein, was auch unter Heterosexuellen strafbar sei – eine Argumentation, die man heute leidenschaftslos bejahen kann.

Ulrichs war kein trockener Theoretiker. Sein Werk ist durchzogen von literarischem Furor, klassischer Bildung und poetischem Pathos. In seinen Texten klingen antike Mythologie und moderne Aufklärung zugleich. 1870 verfasste er etwa die Novelle „Gladus Furens“, in der ein junger Urning unter der Last gesellschaftlicher Ächtung zusammenbricht – eine frühe literarische Anklage gegen Homophobie.

Doch Ulrichs blieb isoliert. In Deutschland fand er keine institutionelle Unterstützung, wurde verlacht und ignoriert, seine Schriften wurden verboten. Das preußische Strafrecht wurde ausgeweitet, das Homosexuellen-Strafrecht mit dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in den Paragrafen 175 StGB übernommen – im Übrigen blieb die homosexuelle Liebe zwischen Frauen straffrei.

1879 verließ Ulrichs enttäuscht das Kaiserreich und lebte bis zu seinem Tod 1895 in Italien, zuletzt in L'Aquila. Dort wurde er respektiert, sogar geehrt – doch die deutsche Gesellschaft war noch nicht bereit für seinen Mut.

Erst 1994, fast 130 Jahre nach dem Münchener Tumult, wurde das Strafrecht gegen männliche Homosexualität vollständig aufgehoben. Und obwohl andere Namen – wie Magnus Hirschfeld oder später Rosa von Praunheim – stärker im kollektiven Gedächtnis verankert sind, bleibt Ulrichs die Urgestalt des homosexuellen Emanzipationskampfes. Sein Denken war seiner Zeit weit voraus. Er kämpfte nicht für Toleranz als Gnade, sondern für Gleichbehandlung als Recht.

Heute gilt Karl Heinrich Ulrichs als einer der ersten, die nicht nur ihre Stimme, sondern ihre Existenz gegen das Schweigen setzten. Ob der vor 200 Jahren geborene Jurist allerdings das schrill-öffentliche Auftreten und sogar öffentliche Kopulieren der rechtlich Gleichgestellten auf den heute exzessiv zelebrierten „Christopher Street Day“-Tagen unterstützt hätte, darf bezweifelt werden.

Bernhard Knapstein

VON MALTE HERWIG

Das 20. Jahrhundert war eine Geisterbahn der Extreme und Horst Mahler eines seiner letzten Gespenster. Der Gedanke hätte seiner Eitelkeit gewiss geschmeichelt: Horst Mahler der politische Spukgeist, der unberechenbare Bürgerschreck und lachende Dritte am Abgrund der Weltgeschichte, die alle anderen verschlungen hat.

Mahlers Biographie ist die Biographie des deutschen 20. Jahrhunderts und einer Zeit, die ihre Kinder mit Träumen von Größe vergiftete, nur um sie dann mit dem Bewusstsein ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit zu bestrafen. Er war ein Produkt der deutschen Katastrophe, ein Mann, der in den Trümmern des „Dritten Reichs“ aufwuchs und zeitlebens nach einem neuen Reich suchte.

Produkt der deutschen Katastrophe

Horst Mahlers Biographie ist ohne seine deutsche Herkunft nicht zu verstehen. Er wurde 1936 im niederschlesischen Haynau geboren. Als Kind im „Dritten Reich“ imitierte er Hitlerreden vor dem Spiegel. Sein Vater war ein überzeugter Nationalsozialist, der sich 1949 das Leben nahm, „als für ihn die Sache nicht mehr zu ertragen war“. Mahler und seine beiden Brüder sollten ihm nach dem Willen des Vaters in den Tod folgen. Doch der älteste Bruder verhinderte, dass die Kinder das Gift des Vaters schluckten. Er warf die Tabletten fort.

Später dann die Flucht vor diesem Erbe, der radikale Bruch, der Wunsch, „einer von den anderen Deutschen“ zu werden, mit dem er seinen Antrieb für die RAF-Gründung erklärte. Und dann, wieder Jahrzehnte später, die ebenso radikale Rückkehr, die geistige Versöhnung mit der Tätergeneration, die Entschuldigung des Unentschuldbaren. Der Weg vom Vatermord zum Vaterstolz – eine Volte, die in ihrer Schonungslosigkeit etwas Selbsterstörerisches hatte und zugleich die ultimative Selbstdarstellung war.

Seine ideologischen Wendungen waren keine Überzeugungstaten, sondern Fluchtversuche – vor der eigenen Geschichte, vor der Verantwortung, vor der Normalität. Mahler konnte nicht einfach Rechtsanwalt sein, Ehemann, Vater. Er musste immer der Auserwählte sein, der Kämpfer, der Erlöser – oder wenigstens der Verfluchte.

Ich erinnere mich an unsere Begegnung vor vielen Jahren. Der Ort hätte symbolträchtiger nicht sein können: Die JVA Brandenburg an der Havel, eine Hochsicherheitsfestung, hinter deren Mauern erst die Feinde der Nationalsozialisten und später die Gegner der SED gegessen hatten.

Dort empfing mich damals Häftling Nummer 746/09, verurteilt wegen Volksverhetzung. Er, der einstige Mitbegründer der Roten Armee Fraktion, saß nun als Rechtsradikaler ein. Ein bulliger Mann mit randloser Brille und Dreitagebart, der mit einer Mischung aus Stolz und Belustigung erzählte, dass ein Gerichtsgutachten ihm bescheinige, keinen „Dachschaden“ zu haben.

Schlingerkurs durch die Ideologien

In diesem Moment, in diesem tristen Raum, wurde der Kern seines Lebens greifbar. Auf die Frage nach seinem ideologischen Schlingerkurs zwischen den Extremen des 20. Jahrhunderts wischte Mahler Begriffe wie „links“ und „rechts“ beiseite. Nichts als Schubladen, in die man ihn stecken wolle. Dann räusperte er sich bedrohlich laut und sprach den Satz, der sein ganzes ungeheures Ego umfasste: Er sei sich immer treu geblieben.

Und vielleicht, denke ich heute, hatte er darin sogar recht. Horst Mahler war das zerrüttete Abbild eines zerrütteten Jahrhunderts. Seine Biographie ein Schlingerkurs durch die Ideologien: FDJ, schlagende Verbindung, SPD, der radikale Studententbund SDS, die Gründung der Rote Ar-



Eines der letzten Gespenster eines extremen Zeitalters: Horst Mahler, hier 1979 im Zellentrakt der JVA Berlin-Tegel

ZEITGESCHICHTE

Das zerrüttete Abbild eines zerrütteten Jahrhunderts

Zum Tode Horst Mahlers, dessen Biographie die Biographie einer Zeit ist, die ihre Kinder mit Träumen von Größe vergiftete, nur um sie anschließend mit ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit zu bestrafen

mee Fraktion, Banküberfälle und eine mehr oder wenige solide Ausbildung im Guerillakampf in Jordanien.

Dann Mahlers angebliche Läuterung in der Haft, befeuert durch die Werke Hegels, die ihm sein Anwalt Otto Schily in den siebziger Jahren in die Zelle brachte. Marx sei „Murxi“, verkündete Mahler auf einmal. Alles ein großes Missverständnis. Doch was folgte, war keine Rückkehr in die bürgerliche Ordnung, sondern der Sprung ins nächste Extrem: Im Jahr 2000 Eintritt in die NPD, deren Verbot er als Anwalt vor dem Bundesverfassungsgericht vereitelte, nur um kurz darauf wieder aus der NPD auszutreten. Mahlers Begründung: Die rechtsextreme Partei sei trotz allem dem Parlamentarismus verpflichtet, sprich: zu lasch und damit dem Untergang geweiht. Mahler leugnete den Holocaust und forderte die Wiederherstellung des Deutschen Reiches.

Als ich ihn in der Justizvollzugsanstalt besuchte, schien er mit sich und mit der Tätergeneration seiner Eltern im Reinen. Er verglich Dutschke mit Jesus und Hegel mit Hitler. Hegel habe erkannt, doziert Mahler im Besucherraum, dass nur im Widerspruch die Wahrheit liege. Hegel als intellektuelle Generalabsolution für Radikalismus. Dialektik als Lizenz zum ideologischen Amoklauf. Es war das letzte Kokeln jenes geistigen Brandsatzes, mit dem die 68er einst ihre Revolution entfachten.

Ein lebenslanges Toben gegen die Wirklichkeit

Die hellsichtige Philosophin Hannah Arendt beschrieb die gefährliche Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen. Für Horst Mahler wurde diese Haltung zur Lebensmaxime. Sein ganzes Leben war ein Toben gegen die Wirklichkeit, getrie-

ben von einem Narzissmus, der sich für unangreifbar hielt. Ein XXL-Ego, das jeden Widerspruch nicht als Scheitern, sondern als Beweis der eigenen hegelianischen Größe deutete. Horst Mahler, der „Großdurchblicker“, der die Welt mit links und rechts jongliert.

Das Tragische daran war nicht sein Extremismus – das Tragische war seine innere Leere. Unter der ganzen Selbstinszenierung war da nur ein begabter, aber zutiefst verlorener Mann, der nie gelernt hatte, mit sich selbst allein zu sein. Er brauchte Feinde, um sich zu spüren. Anhänger, um sich zu bestätigen. Gerichtsprozesse, um sich zu inszenieren. Mahlers Spezialität war der kalkulierte Fanatismus: „Ich sitze hier, weil ich hier sitzen will“, sagte er 2009 dem Richter, als saße mit ihm der Weltgeist auf der Anklagebank.

Resterampe des Revisionismus

In der JVA Brandenburg schwärmte Mahler von seinem Auftritt in der Passauer Nibelungenhalle, wo er vor 6000 NPD-Anhängern gesprochen hatte: „Da kommt was rüber. Da merken Sie was, das ist ein Geist, der sich da zeigt.“ Seine Augen leuchteten dabei wie die eines Kindes vor dem Weihnachtsbaum. Mahler war süchtig nach Aufmerksamkeit wie andere nach Heroin. Eine Sucht, die destruktiv nicht nur für seine Umwelt war, sondern auch für ihn selbst.

Darin glich er dem anderen Hauptdarsteller auf der Resterampe des Revisionismus, dem britischen Historiker und notorischen Holocaustleugner David Irving, den ich einige Jahre früher – ebenfalls in einer Haftanstalt – interviewt hatte. Beide waren mit mehr Intelligenz und Sendungsbewusstsein ausgestattet, als ihnen gut tat. Beide verheimlichten – vor

Sein ehemaliger Anwalt Otto Schily sagte einmal: „Nur Idioten ändern sich nicht.“ Der Satz war auf die lernfähigen Achtundsechziger gemünzt, die ihren Frieden mit der Demokratie gemacht hatten. Horst Mahler war in seiner Weigerung, sich der Realität, der Moral, der historischen Evidenz zu beugen, der konsequenteste aller ideologischen Idioten, welche die an Idioten und Ideologen nicht arme deutsche Nachkriegsgeschichte zu bieten hat

der Welt und vielleicht auch vor sich selbst – dass hinter ihrem vorgeblichen Kampf um Wahrheit das Bedürfnis nach Aufmerksamkeit und Akklamation stand. Es ging ihnen nie um die Wahrheit über Auschwitz, Gaskammern und den Holocaust, sondern um die größtmögliche Provokation.

War also alles nur ein einziges, gewaltiges Theaterstück, um im Zentrum der Aufmerksamkeit zu bleiben? Der ewige Provokateur, dem das Publikum weglief, als ehemalige Genossen wie Otto Schily, Joschka Fischer oder Gerhard Schröder erfolgreich den Marsch durch die Institutionen antraten und pragmatisch wurden? Rechtsaußen wurde für Mahler zum letzten Tabu, zur letzten Bühne für alternde Revolutionäre. Dort, bei den Applaus spendenden Glatzköpfen in der Passauer Nibelungenhalle, spürte er ihn wieder, diesen „Geist, der sich da zeigt“, wie er bei meinem Besuch im Gefängnis schwärmte.

Die letzten Jahre

2015 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand rapide und Mahler wurde zur ärztlichen Behandlung vorübergehend aus der Haft entlassen. Aufgrund einer schweren Infektion wurde ihm der linke Unterschenkel amputiert. Als die Staatsanwaltschaft ihn nach seiner Genesung 2017 zur Verbüßung der Reststrafe wieder hinter Gitter bringen wollte, flüchtete der 81-jährige Rollstuhlfahrer nach Ungarn und bat Regierungschef Viktor Orbán in einem persönlichen Brief um politisches Asyl.

Doch Orbán ließ Mahler nach Deutschland abschieben, wo er in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg seine Reststrafe von dreieinhalb Jahren absitzen sollte. Dort musste ihm bald auch der rechte Unterschenkel amputiert werden. Dennoch lehnte die Staatsanwaltschaft jedes Entlassungsgesuch ab.

Man darf wohl fragen, ob die unnachgiebige Härte gerechtfertigt war, mit welcher der deutsche Rechtsstaat einen alten, schwerkranken Spinner für noch so verquere Meinungsäußerungen verfolgte. Die Staatsanwaltschaft begründete dies mit dem „öffentlichen Sicherheitsinteresse“ und der Gefahr, dass Mahler weitere Straftaten begehen könne.

Antisemit bis zum Schluss

Natürlich konnte er nicht an sich halten. Noch 2024 hielt Mahler als „Stimme Amaleks“, des biblischen Erzfeindes der Juden, Online-Vorlesungen mit Titeln wie „Der deutsche Geist und die Überwindung des Judentums“ und „Die Herausforderung der Judenheit aus ihrer satanischen Bestimmung“. Der Zoom-Call als letzte Bühne, eingeleitet von kitschigen Jesus-Videos und der Russlandfeldzugsfanfare des Reichsrundfunks.

Sein ehemaliger Anwalt Otto Schily, der spätere Innenminister, sagte einmal: „Nur Idioten ändern sich nicht.“ Der Satz war auf die lernfähigen Achtundsechziger gemünzt, die ihren Frieden mit der Demokratie gemacht hatten. Horst Mahler war in seiner Weigerung, sich der Realität, der Moral, der historischen Evidenz zu beugen, der konsequenteste aller ideologischen Idioten, welche die an Idioten und Ideologen nicht arme deutsche Nachkriegsgeschichte zu bieten hat.

In einem hatte Horst Mahler vielleicht recht: Er war sich immer treu geblieben. Die Fragen, die seine Biographie aufwirft – nach den Verführungen des radikalen Denkens, nach den Brüchen in der deutschen Identität und der unheimlichen Kontinuität extremistischer Ideen – werden uns weiter verfolgen.

● **Dr. Malte Herwig** ist Schriftsteller und Journalist. Er ist Verfasser mehrerer Biographien, unter anderem über den Schriftsteller Peter Handke, die Künstlerin Françoise Gilot und den Zauberer Kalanag. Für ein Porträt Mahlers für das „Zeit-Magazin“ besuchte er den Inhaftierten vor Jahren in der JVA Brandenburg.
www.publicorum.com

VON WOLFGANG KAUFMANN

Soziologen erforschen das menschliche Zusammenleben. Daher fühlen sich viele von ihnen befugt und berufen, immer wieder neue Ideen zur „Verbesserung“ der Gesellschaft zu präsentieren. Diese entstehen jedoch oftmals im akademischen Elfenbeinturm und erlangen aufgrund ihrer offensichtlichen Absurdität keinerlei praktische Relevanz. Manchmal jedoch sind die Kopfgeburten der Soziologen sogar brandgefährlich. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Cloward-Piven-Strategie, welche 1966 von den beiden Professoren der Columbia School of Social Work und linken politischen Aktivisten Richard Cloward und Frances Piven erstmals der Allgemeinheit vorgestellt wurde. Und zwar durch ihren Artikel „Das Gewicht der Armen: Eine Strategie zur Beendigung der Armut“ im politisch-kulturellen Monatsmagazin „The Nation“.

In dem Text skizzierten Cloward und dessen Ehefrau Piven, wie man den Staat schnell und effektiv zu einer drastischen Einkommensumverteilung zugunsten der Armen beziehungsweise zur Einführung eines garantierten Mindesteinkommens für alle Bürger bewegen könne. Der Kern der später sogenannten Cloward-Piven-Strategie besteht darin, eine schwere innere Krise zu inszenieren, welche dem Staat gar keine andere Wahl lässt, als das „Ende der Armut“ auf dem Gesetzesweg herbeizuführen.

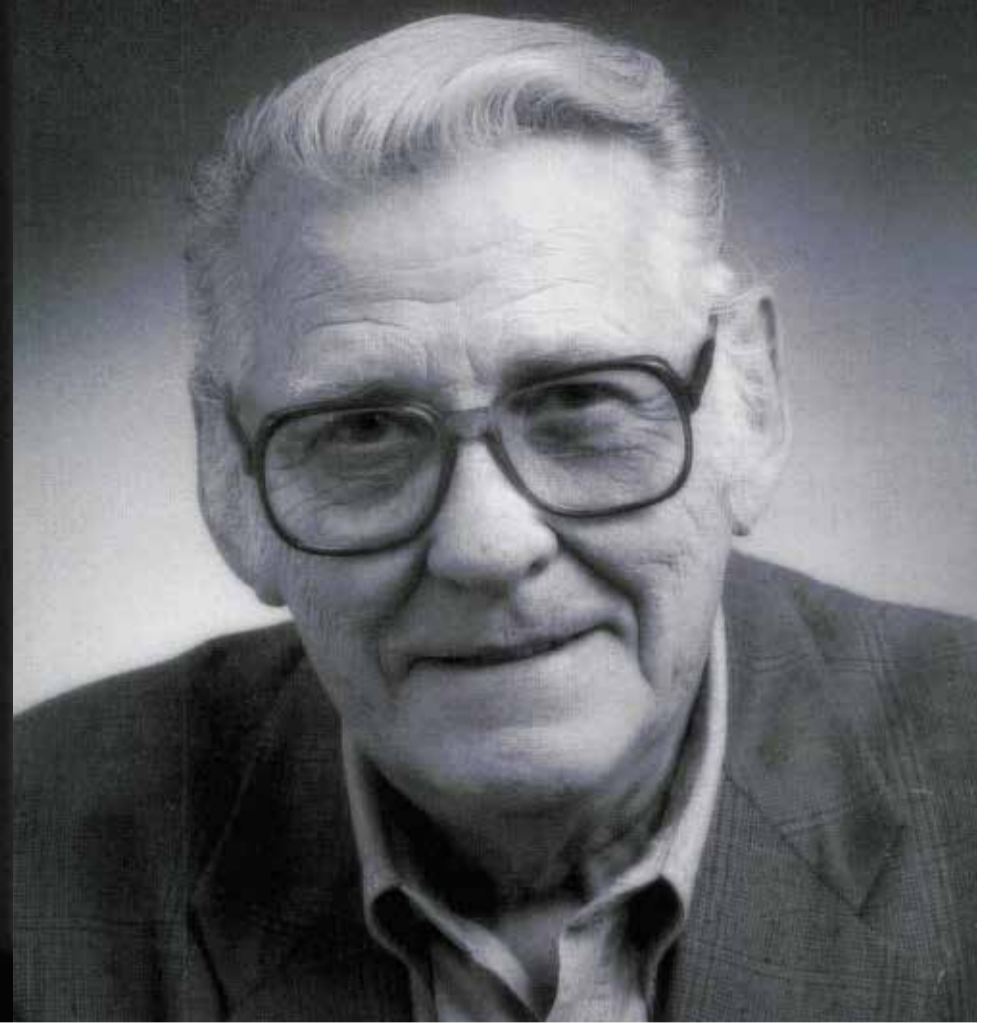
Das beste Mittel, um diese Krise auszulösen, besteht laut Cloward und Piven in der zielgerichtet verursachten Totalüberlastung des bestehenden Sozialsystems. Diese solle dadurch zustandekommen, dass deutlich mehr Menschen als bisher Ansprüche anmelden – animiert durch eine „massive Aufklärungskampagne ... in einfacher, klarer Sprache“. Darüber hinaus hielten es die beiden Professoren für ratsam, ein „Klima der Militanz“ zu schaffen, in dem die „widerwärtige Einstellung“ vieler potentieller Fürsorgeempfänger, aus Stolz auf staatliche Alimentierung zu verzichten, schnellstmöglich verschwindet. Ebenso plädierten sie dafür, „Kader aggressiver Organisationen aus der Bürgerrechtsbewegung“ zu mobilisieren, um eine neue politische Bewegung als „Koalition zwischen armen Weißen und armen Negern“ zu schaffen.

Ziel: Spaltung der Gesellschaft

Die Spaltung der Gesellschaft durch Interessenkonflikte zwischen den Profiteuren und Verlierern der Einkommensumverteilung kalkulierten die zwei linken Sozialingenieure dabei sehenden Auges ein: Ohne vorhergehende Reibungen werde es keine Veränderungen geben. Wenn dann aber „Millionen von Dollar an Geldleistungen an die Ghettomassen“ flössen, sei die Wende hin zu einer gerechteren Gesellschaft nur noch eine Frage der Zeit.



Linke Strategen: Frances Piven 2011 bei einem Kongress zur US-Demokratie, Richard Cloward kurz vor seinem Tod 2001



Bilder: Glenn Beck; Reflections issue 57

GESELLSCHAFT

Linksradikale zerstören den Sozialstaat nicht aus Versehen

Richard Cloward und Frances Piven: Der sechs Jahrzehnte alte Plan eines linken US-Soziologen-Ehepaars nahm erschreckend präzise vorweg, was in Deutschland gerade heraufzieht

Allerdings mussten Cloward und Piven in den 1970er Jahren erkennen, dass die tatsächlich zu beobachtende massive Zunahme der Sozialhilfeempfänger in den USA keine Implosion des Sozialsystems mit nachfolgender Einführung des garantierten Mindesteinkommens bewirkte. Später meldeten sich zudem Kritiker zu Wort. So meinte der Linguistikprofessor an der Columbia-Universität John McWhorter im Jahre 2006: Zwar habe die versuchte Umsetzung der Cloward-Piven-Strategie den weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates ermöglicht, jedoch gehe auch die Herausbildung einer ganzen Generation von Menschen, „für die Arbeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes etwas rein Abstraktes ist“, auf ihr Konto.

Angesichts dessen müsste die Idee der beiden Soziologen aus den Vereinigten Staaten nun eigentlich tot sein. Allerdings laufen etliche moderne und angeblich freie westliche Gesellschaften wie die in

der Bundesrepublik heute trotzdem mehr denn je Gefahr – ganz gleich ob unabsichtlich oder inszeniert – in eine Krise hineinzuschlittern, wie sie vor sechs Jahrzehnten von Cloward und Piven zur „Befreiung der Armen“ herbeigeseht wurde. Dafür gibt es einige Hinweiszeichen.

Längst auf der schiefen Bahn

So stehen die Sozialsysteme nun tatsächlich vor dem Kollaps. Die Ausgaben explodieren dabei vor allem wegen der extremen Zunahme der Leistungsempfänger. Deren Zahl zu reduzieren, beispielsweise durch stärkeren Druck, eine Arbeit anzunehmen, oder die Nichtgewährung von Sozialleistungen an illegale Immigranten, genießt aber keine besondere Priorität. Böse Zungen meinen, wenn mehr Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen seien, verschaffe dies dem Staat auch mehr Durchgriffs- und Kontrollrechte. Warum also solle er die Zahl seiner Kostgänger

reduzieren, wenn sich aus dem steuerpflichtigen Rest der Bevölkerung noch genügend herausquetschen lasse?

Zudem steigen die Lebenshaltungskosten unaufhörlich, was wiederum den Ruf nach „Vater Staat“ laut werden lässt, der hier irgendwie für Abhilfe sorgen soll – notfalls eben durch Umverteilung von den „Reichen“ zu den Armen. Dabei muss die Mittelschicht aber die meisten Federn lassen und um ihr materielles Überleben kämpfen.

Indes nehmen die Angriffe auf das Eigentum derer, die sich etwas aus eigener Kraft geschaffen haben und nicht am Tropf des Staates hängen, immer mehr zu. Die Steuern und Abgaben wachsen ins Uferlose, während die finanziell kaum noch zu erfüllenden „Klimaschutz“-Auflagen den Weg hin zu Enteignungen bahnen. Eine enorme Gefährdung des Privateigentums sehen Kritiker darüber hinaus in den Plänen für die Schaffung digitaler

Zentralbankwährungen, an deren Ende programmierbares Geld stehen könne, über dessen Verwendung der Besitzer nicht mehr frei entscheiden dürfe.

Währenddessen erodiert das Bildungssystem, was gleich zwei fatale Effekte hinterlässt. Einerseits entsteht eine indoktrinierte neue Generation, die „Gleichheit und Gerechtigkeit“ bei der Einkommens- und Besitzverteilung für unabdingbar hält, andererseits produzieren die Schulen immer öfter Bildungsversager, die nicht mehr selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Und schließlich mehren sich die Attacken gegen das traditionelle Familienbild, während der Staat die Rolle des Versorgers und Entscheiders für sich beansprucht.

Die Zeichen stehen also auf Sturm, wobei dieser aber wohl kein Ende der Armut bringen wird, wie Cloward und Piven es erträumten, sondern eher Armut für (fast) alle.

JUSTIZ

Der naive Glaube an die Objektivität von KI

Künstliche Intelligenz soll überarbeitete Gerichte entlasten, schlagen Experten vor. Doch es lauern Risiken, die sich bereits zeigen

Die Gerichte sind heutzutage chronisch überlastet. Das resultiert nicht zuletzt aus der stetig zunehmenden importierten Gewaltkriminalität sowie aus dem Drang, auch Nichtigkeiten juristisch zu verfolgen, wenn die weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften dies politisch für opportun halten, was immer öfter vorkommt.

Dabei werden im Falle der Anwendung der Strafgesetzbuch-Paragraphen 130 (Volksverhetzung) und 188 (Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung) mittlerweile auch krasse Fehlurteile produziert. Doch nach Meinung von

Matthias Guericke vom Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte könnte die Nutzung von Künstlicher Intelligenz die Justiz entscheidend entlasten: So würde die KI für eine Beschleunigung von Routinevorgängen sorgen und zudem wäre deren nüchterne Herangehensweise auch das beste Mittel gegen politisch motivierte Urteile, bei denen durch das willkürliche Vorgehen der Richter relevante Aspekte unter den Tisch fallen.

Allerdings besteht dabei die Gefahr, dass die KI bereits mit dem falschen Material trainiert und so von Anfang an auf Parteilichkeit getrimmt wird. Guericke hält es daher für geboten, die KI vor allem

anhand korrekter Urteile in echten Verfahren und neutral erstellter Fallgutachten zu „ertüchtigen“. Die Realität in anderen Ländern, wo der KI-Einsatz in der Justiz schon des Längeren üblich ist, zeigt jedoch, dass auch dies kein Allheilmittel ist, weil KI-Modelle zu Halluzinationen neigen, um ihre Nutzer zufriedenzustellen. Hierzu drei Beispiele.

Der kalifornische Richter Michael Wilner wollte sich unlängst die Mühe machen, die in einer Klageschrift zitierten juristischen Aufsätze und Entscheidungen im Original nachzulesen. Wie er verwundert feststellen musste, existieren diese aber gar nicht. Daraufhin verpflichtete

Wilner die Anwälte der Elitekanzlei Ellis George, unter Eid auszusagen, woher ihre Falschinformationen stammen. Dabei kam heraus, dass die Advokaten auf den KI-Assistenten Google Gemini zurückgegriffen hatten. Der Richter verhängte daraufhin eine Geldstrafe von 31.000 Dollar gegen deren Kanzlei.

In einem weiteren Fall halluzinierte das KI-Modell Claude des US-Anbieters Anthropic, welches angeblich ethische Standards und Anwendungssicherheit kombiniert. Die Anwälte von Anthropic verwiesen im Rahmen eines Urheberrechtsstreites des Unternehmens mit Musikverlegern auf rechtswissenschaftliche

Beiträge, bei denen selbst die Autoren und Titel nur in der „Phantasie“ von Claude existierten.

Das dritte Beispiel wiederum stammt aus Israel. Nachdem die dortige Polizei eine Person unter Geldwäscheverdacht verhaftet hatte, beantragte die Staatsanwaltschaft die richterliche Erlaubnis zur Beschlagnahme des Telefons des Verdächtigen. Dabei stützte sie sich auf Paragraphen, welche eine Erfindung der verwendeten Sprach-KI darstellten. So kann also nicht ausgeschlossen werden, dass eine entsprechend programmierte KI auch Grundlagen für politisch gefärbte Urteile ersinnt. W.K.



KÖNIGSBERG

Einem architektonischen Juwel droht der Verfall

Seit 2007 ein Denkmal von regionaler Bedeutung – Das Gebäude der „Ostpreußischen Landschaft“ bietet einen traurigen Anblick

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Das einst so stolze Gebäude in der Landhofmeisterstraße [ul. Sergeja Tjulenina] im Herzen Königsbergs bietet derzeit einen traurigen Anblick. Zwar wurde das Haus schon vor einiger Zeit mit Bauzäunen abgetrennt zum Schutz von Fußgängern, doch dahinter tut sich bislang nichts. Dabei gilt das Objekt offiziell seit 2007 als Denkmal von regionaler Bedeutung, für dessen Erhalt wurde seitdem jedoch wenig getan.

Die Rede ist von dem Gebäude des ehemaligen landwirtschaftlichen Bankinstituts „Ostpreußische Landschaft“, einer preußischen Organisation, die Landwirten unkündbare Kredite zu ermäßigten Zinsen gewährte. Die „Ostpreußische Generallandwirtschaftsdirektion“, kurz „Ostpreußische Landschaft“, wurde im Jahr 1788 von König Friedrich Wilhelm II. gegründet. Sie hatte zum Ziel, die Landwirtschaft in Ostpreußen zu fördern. Im Jahr 1869 wurde die Bank der „Ostpreußischen Landschaft“ eine Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Hauptstelle in der Landhofmeisterstraße ansässig war. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es ein weit verzweigtes Filialnetz der „Ostpreußischen Landschaft“, deren Gebäude in Tilsit und Gerdauen heute noch erhalten sind.

Die ehemalige Bank in Königsberg gilt als seltenes Beispiel eines Verwaltungsgebäudes im Stil des Neobarocks vom Beginn des 20. Jahrhunderts. Der denkmalgeschützte Teil des Bauwerks entstand in den Jahren 1901 und 1903 nach Entwürfen des Baurats Leidich, die er mit viel Liebe



Form des Daches machten das Bauwerk zu einem architektonischen Juwel.

Mit viel Liebe zum Detail erbaut

Im Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude stark beschädigt, die Fassade ist jedoch weitgehend erhalten geblieben. Im Jahr 1951 wurde der Bau zwar wieder aufgebaut, verlor allerdings eine Reihe seiner Zierelemente. Das elegante Barockdach und die Stuckverzierungen verschwanden, die Fassade wurde verputzt und gestrichen. Anstelle einer Bank wurden hier das Archiv der Baltischen Flotte sowie das städtische Militärkommissariat untergebracht.

Obwohl als Denkmal von regionaler Bedeutung eingestuft, war das Gebäude lange Zeit dem Verfall preisgegeben. 2014 wurde der westliche Teil gar als baufällig eingestuft. Erst 2021 begannen die Arbeiten zu seinem Erhalt. Der Eigentümer, das russische Verteidigungsministerium, ließ Projektunterlagen erstellen und begutachten. Danach wurde das Dach saniert. Von der Fassade blättert seitdem aber weiterhin der Putz und das Haus befindet sich in einem schlechten Zustand. Im vergangenen Jahr überließ das Verteidigungsministerium es der Region.

Die regionalen Behörden kündigten 2024 an, die Restaurierung der Fassade fortzusetzen. Architekten und Historiker reagierten erfreut über die Nachricht, das Haus in der Landhofmeisterstraße eines der letzten authentischen Beispiele für den Neobarock in der Verwaltungsstruktur Ostpreußens ist. Ähnliche historische Zeugnisse von Königsbergs preußischer Vergangenheit wurden entweder zerstört oder in der Sowjetzeit stark verändert.



Königsberg – Landhofmeisterstrasse

Historisches Zeugnis eines preußischen Verwaltungsgebäudes in der Landhofmeisterstraße:

Das Haus der Ostpreußischen Landschaft mit bröckelnder Fassade heute (o.) und in seiner Glanzzeit auf einer Postkarte aus dem Jahr 1906 (u.)

zum Detail ersann. Die Barockfassade unterteilte er in einen Mittelrisalit und zwei Seitenrisalite (dekorative Elemente der Fassade), die an den von Joachim Ludwig Schultheiß von Unfriedt geschaffenen südöstlichen Eckbau des Königsberger Schlosses erinnern sollten. Die massive Eichentür wurde von Wandpfeilern im ionischen Stil eingerahmt. Auch die stuckverzierten Fenster sowie die komplexe

ALLENSTEIN

Sommer in der Stadt mit vielfältigem Unterhaltungsprogramm

Bunte Folkloretage und die diesjährigen Stadttage brachten Gemeinschaft, Kreativität und Weltoffenheit zum Ausdruck

Der Juli stand in Allenstein ganz im Zeichen von Musik, Tanz und kultureller Vielfalt. Gleich zwei große Veranstaltungen lockten Einheimische und Gäste in die Altstadt und das Amphitheater: die 26. Internationalen Folkloretage sowie die stimmungsvollen Stadttage. Beide Feste verwandelten Allenstein für eine Zeit lang in einen farbenfrohen Ort der Begegnung.

Die bereits zur Tradition gewordenen Internationalen Folkloretage begannen am 15. Juli mit einem festlichen Umzug in Begleitung des Stadtpräsidenten, der vom Hohen Tor durch die Altstadt bis zum Amphitheater führte. Tanzende Menschen in traditionellen Trachten, rhythmische Musik aus aller Welt und eine fröhliche Atmosphäre prägten das Stadtbild.

Am Abend wurde das Festival mit einem großen Eröffnungskonzert eröffnet, bei dem Gruppen aus neun Ländern die Bühne betraten und mit ihren Choreografien begeisterten. Es traten Ensembles aus Guinea, Indonesien, Kolumbien, Serbien, der Türkei, den USA, Ungarn und Polen auf – jede Gruppe brachte ein Stück ihrer Heimat mit, sei es in Form von Tanz, Gesang oder kostümierter Erzählkunst. Jede Aufführung war nicht nur ein künstlerischer Auftritt, sondern auch eine Be-

gegnung mit einer anderen, weniger bekannten Kultur.

In den folgenden Tagen wurde das Amphitheater zur Hauptbühne dieses internationalen Austauschs. Besonders be-

eindruckend waren die abendlichen Auftritte, bei denen sich trotz nicht immer heiteren Wetters Tanzgruppen aus verschiedenen Kontinenten abwechselten und dem Publikum ein wahres Spektakel

boten. Neben den internationalen Gästen präsentierten auch polnische Gruppen wie das Tanzensemble „Wronki“ oder der Gesangs- und Tanzverein „Warmia“ aus Allenstein ihr Können.

Abseits der Bühne besuchten einige Gruppen soziale Einrichtungen wie das Kinderkrankenhaus. Das Festival endete am 19. Juli mit einem stimmungsvollen Abschlusskonzert, bei dem noch einmal alle Gruppen auftraten und die Stadt mit einem letzten Feuerwerk aus Musik und Farben verabschiedeten.

Gegen Ende des Monats lud Allenstein erneut zum Feiern ein – diesmal anlässlich der offiziellen Stadttage. Die Altstadt erblühte erneut im Festgewand, diesmal mit dem Jakobsmarkt, auf dem Kunsthandwerk, regionale Spezialitäten und kreative Mitmachaktionen die Besucher erfreuten. Die Stadt organisierte Konzerte, Autorentreffen, Werkstätten sowie Spiele für ganze Familien, Theateraufführungen und Stadtführungen, welche die Geschichte Allensteins lebendig werden ließen.

Besonders beliebt war die erstmals durchgeführte Silent Disco im Sitzungssaal des Rathauses, das sich als ein ungewöhnlicher, aber sehr gut angenommener Ort zeigte, an dem die Teilnehmer per

Kopfhörer in drei verschiedene Musikrichtungen eintauchen konnten. Das Konzept stieß auf so positive Resonanz, dass eine Wiederholung im kommenden Jahr bereits im Gespräch ist.

Musikalisch boten die Stadttage ein vielfältiges Programm. Große Stars wie Agnieszka Chylińska sorgten mit energiegeladenen Konzerten für ausgelassene Stimmung, während lokale Gruppen wie How We Met oder Ranko Ukulele das Publikum mit ihren kreativen Tönen überzeugten. Der bekannte Künstler Stanislaw Soyka begeisterte am Abschlusstag mit einer gefühlvollen Performance, die das Publikum zum Mitsingen brachte und den Juli auf emotional bewegende Weise ausklingen ließ.

Die Altstadt war in diesen Tagen nicht nur Kulisse, sondern lebendiger Mittelpunkt des kulturellen Miteinanders. Die Mischung aus traditionellen Elementen, internationalen Gästen und modernen Veranstaltungsformaten wie der Silent Disco bewies, wie vielfältig und offen die Stadt ist. Allenstein zeigte wiederum, dass kulturelle Feste weit mehr als pure Unterhaltung sind, denn solche Veranstaltungen bringen Gemeinschaft, Kreativität und Weltoffenheit zum Ausdruck.

David Kazański



Im Amphitheater: Spaß beim abendlichen Auftritt einer Folkloretage

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 96. GEBURTSTAG

Bünger, Renate, geb. **Boguschewski**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 23. August
Krajewski, Benno, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 27. August
Langer, Irmgard, geb. **Bilda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 25. August
Neumann, Gerhard, aus Ebenrode, am 28. August
Podbielski, Erich, aus Waldwender, Kreis Lyck, am 25. August
Szech, Horst, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 27. August
Thomaschky, Harro, aus Tilsit, Jägerstraße 22, am 22. August

ZUM 103. GEBURTSTAG

Baldzun, Ella, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 101. GEBURTSTAG

Baumgardt, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Libuda, Christel, geb. **Steinert**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 26. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Denda, Willi, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Köper, Elise, geb. **Albers**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 27. August
Mertens, Ursel, geb. **Sarzio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August
Thies, Wilfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August
Wischniewski, Walter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kalisch, Oskar, aus Jürren, Kreis Treuburg, am 26. August
Litzbarski, Elly, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Schützhold, Herta, geb. **Stomber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August
Tacke, Gertraud, geb. **Rogalski**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Werner, Irmgard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 27. August

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 36/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 36/2025 (Erstverkaufstag 5. September) bis spätestens **Dienstag, den 26. August**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreu-

ßische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Petition zum Erhalt des Oberschlesischen Landesmuseums

Oberschlesisches Landesmuseum muss bleiben!

In Sorge um die mögliche Schließung des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen-Hösel (Nordrhein-Westfalen) – der einzigen musealen Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland, die seit über 40 Jahren Objekte und Dokumente im Zusammenhang mit Oberschlesien sammelt, bewahrt und ausstellt – wenden wir uns an Sie mit der Bitte, unseren Protest durch Ihre Unterschrift unter diese Petition zu unterstützen.

In seinem heutigen, eigens für das Museum errichteten Gebäude zeigt die Einrichtung auf drei Ausstellungsebenen die reiche Geschichte und das kulturelle Erbe Oberschlesiens im Kontext der deutsch-polnisch-tschechischen und europäischen Geschichte. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich das Museum zu einem wichtigen kulturellen Zentrum für die Oberschlesier in diesem Teil Deutschlands entwickelt – es ist gar zu einem Erinnerungsort für die Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler geworden. Das Museum ist aber auch ein Anziehungspunkt für die geschichts- und kulturinteressierte bundesdeutsche Bevölkerung und für eine neue Generation der polnischen Diaspora in Deutschland. Es steht somit als lebendiges kul-

turelles Zentrum für den Gedanken der Völkerverständigung ein.

Dank des Engagements der aufeinanderfolgenden Museumsleitungen hat sich eine fruchtbare Zusammenarbeit mit verwandten Einrichtungen in Polen und auch in Tschechien, insbesondere in ganz Schlesien, entwickelt. In den Ausstellungen des Museums werden Präsentationen gezeigt, die in Zusammenarbeit mit Historikern, Museumsfachleuten und engagierten Personen aus Polen und Tschechien entstehen und sich auf Sammlungen aus allen drei Ländern – Polen, Tschechien und Deutschland – stützen. Die Sammlungen des Oberschlesischen Landesmuseums stehen polnischen Forschungs-, Wissenschafts- und Museumseinrichtungen sowie den Institutionen der deutschen Minderheit in Polen kontinuierlich zur Verfügung. Das Museum in Ratingen ist zu einer echten Brücke der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Bereich des Schutzes des ober-schlesischen Kulturerbes geworden und leistet überdies einen großen Beitrag für die außerschulische geschichtspolitische Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, auch und gerade unter Einsatz moderner Medien.

Umso ungläubiger und mit großem Bedauern haben wir die



Das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen

Nachricht aufgenommen, dass der Vorstand der Stiftung Haus Oberschlesien, die das Oberschlesische Landesmuseum betreibt, bereits Entwürfe von Vereinbarungen über die Verlagerung der Einrichtung nach Essen beschlossen hat – was in der Praxis einer Schließung gleichkommt. Es ist schwer, diese fatale Entscheidung nachzuvollziehen, zumal sie in einer Phase der dynamischen Entwicklung des Museums getroffen wurde. Neben dem unwiederbringlichen Verlust, den die Schließung einer lebendigen und aktiven Institution darstellen würde, besteht die reale Gefahr der Zerstreuung der Sammlungen – darunter Tausende von einzigartigen Objekten, Artefakten, Dokumenten und Bildmaterialien, die für das Kulturerbe Oberschlesiens und die

europäische kulturelle Vielfalt von unschätzbarem Wert sind, und die Zerstörung einer lebendigen internationalen Zusammenarbeit über alle Grenzen hinweg.

Wir appellieren an die Verantwortlichen, diese unverständliche und schädliche Entscheidung rückgängig zu machen und das Oberschlesische Landesmuseum an seinem bisherigen Standort zu erhalten. Bitte unterstützen Sie unseren Aufruf mit Ihrer Unterschrift.

Petition von Carsten Becher, Historiker aus Düsseldorf

Die Petition kann unterschrieben werden unter:

<https://innn.it/oslm-erhalten>

ZUM 93. GEBURTSTAG

Barth, Edith, geb. **Statz**, aus Lyck, Sentker Straße, am 22. August
Forbrig, Dr. Irmgard, geb. **Sdunkowski**, aus Klausen, Kreis Lyck, am 25. August
Groll, Gerhard, aus Spallwitten, Kreis Fischhausen, am 24. August
Kägebein, Christel, geb. **Scheufele**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 27. August
Kowalzik, Brunhilde, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 26. August
Krieg, Veronika, geb. **Böhm**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 24. August
Materna, Gisela, geb. **Jorkowski**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 25. August
Petrick, Lothar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. August
Ramm, Ursula, geb. **Kraft**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 24. August
Stettin, Edith, geb. **Lasarzik**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 27. August
Warnke, Erika, geb. **Pusch**, aus Monken, Kreis Lyck, am 22. August
Weiss, Margarete, geb. **Oberüber**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. August
Zinnall, Werner, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. August

Plath, Brigitte, geb. **Ziesmann**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. August
Schaak, Karl-Heinz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 28. August
Schwarz, Marlene, geb. **Dingenthal**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 27. August
Steinert, Brunhilde, geb. **Conrades**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. August
Ulze, Elly, geb. **Sebrowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. August
Weber, Irmgard, geb. **Sebrowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. August

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: groddeck@paz.de

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dangeleit, Heinz, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 24. August
Drewinski, Gerhard, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 26. August
Hölter-Genée, Ruth, geb. **Genée**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. August
Michalzik, Günther, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 25. August
Nowotzin, Horst, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. August
Sadowski, Willi, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Schimmelpfennig, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. August
Seibert, Irmtraud, geb. **Patschewitz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Denda, Ronald, Vorfahren aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 27. August
Dudda, Annalene, geb. **Mohr**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. August
Grimm, Erika, geb. **Grusdat**, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 27. August
Kieselbach, Ruth, geb. **Sokoließ**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Knips, Irmgard, geb. **Komossa**, aus Lyck, am 28. August
Koloska, Meinhard, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 24. August
Lojewski, Jürgen, aus Soffen, Kreis Lyck, am 24. August
Mrowka, Siegfried, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 26. August
Rast, Dr. med. Ulrich, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Rieß, Horst, aus Warnicken, Kreis Fischhausen, am 28. August
Schewe, Brigitte, geb. **Berger**, aus Fischhausen, am 27. August
Schmidtke, Hans-Georg, aus Radnicken, Kreis Fischhausen, am 27. August
Vonhof, Inge, geb. **Kayka**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 24. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Erzberger, Peter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 23. August
Kamp, Anna, aus Guttshallen, Kreis Wehlau, am 27. August
Kramer, Hannelore, geb. **Lipka**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Krioll, Erwin, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 25. August
Labusch, Emil, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 28. August

Lenz, Heidi, geb. **Schorlepp**, aus Wehlau, am 23. August
Lindemann, Helmut, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 27. August
Littfinski, Karl-Heinz, aus Neidenburg, am 28. August
Offel, Dietmar, aus Ortelsburg, am 24. August
Posingies, Sabine, geb. **Erzberger**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 23. August
Warnat, Ingrid, geb. **Laaser**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 27. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Rottzahl, Sabine, geb. **Schmidtke**, aus Treuburg, am 27. August
Tertel, Jürgen, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 26. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Augustin, Manfred, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, am 27. August
Kowalewicz, Sabine, geb. **Kuhn**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrun-gen, am 28. August



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Treffen

Kassel - Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, Treffpunkt Landhaus Meister, Fuldatastraße 140, Kassel-Wolfsanger. 15.00 Uhr Donnerstag, 4. September: „Daschmuntzelt die Gemeinde. Humor in der Kirche.“ Vortrag von Dorothea Deyss

Veranstaltungsankündigung Wetzlar - 16. September „Marion Gräfin Dönhoff – ihre Liebe zu Ostpreußen“ - Vortrag von Herrn

Gerd-Helmut Schäfer, Friedrichsdorf 21. Oktober „Bericht über eine Bürgerfahrt nach Deutsch Eylau / Ila-wa in Ostpreußen“ - Vortrag von Herrn Wolfgang Post, Herborn - Erntedankfeier



BdV-Landesvorsitzender: Siegbert Ortman, Goethestraße 27, 36341 Lauterbach, Tel. 06641 - 97 84 89 7, Fax: 06641 - 97 83 13 3 Mail: s.ortmann(at)bdv-hessen.de

Tag der Heimat in der Stadthalle Wetzlar

Wetzlar - „80 Jahre: Erinnern - Bewahren - Gestalten“. Unter diesem Thema lädt der Bund der Vertriebenen (BdV), Orts- und Kreis-

verband Wetzlar, zum jährlichen „Tag der Heimat“ am Sonntag, 28. September, ab 14 Uhr in die Wetzlarer Stadthalle (Brühlsbachstraße 2b) ein. Mit diesem Motto wird an das Kriegsende 1945 gedacht, das für Millionen Menschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten den Verlust der Heimat bedeutete.

Festredner ist der 84-jährige Vorsitzende des BdV-Landesverbandes Siegbert Ortman (Lauterbach). Er wurde 1940 in Wiesengrund im Sudetenland geboren und engagiert sich seit Jahrzehnten für die von Flucht und Vertreibung Betroffenen in Hessen.

Weitere Mitwirkende sind die „Egerländer Maderln und Freunde“, der Gesangverein „Harmonie“ Dutenhofen, die Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“ und der Egerländer Volkstanzkreis Mittelhessen. Der Eintritt ist frei.

Herzliche Einladung an alle Pommern & Neumärker Ostpreußen & Westpreußen Schlesier & Sudetendeutschen zum landesweiten Tag der Heimat 2025. Sonnabend 30. August 2025 10 - 17 Uhr Volkshaus Anklam. Baustraße 48-49 (Stadtzentrum)

Liebe Landsleute und Freunde der Heimat von nah und fern! Vor 80 Jahren endete der II. Weltkrieg. Doch damit war die Gewaltherrschaft nicht zu Ende - 12 Millionen mussten noch ihre Heimat in Ost- und Westpreußen, Pommern, der Neumark, im Sudetenland und anderswo verlassen. 1995 - vor 30 Jahren haben wir hier bei uns in Anklam das erste Denkmal in MV für die Opfer von Flucht und Vertreibung errichtet. Den Tag der Heimat 2025 wollen wir deshalb ganz besonders begehen.

Beilagen der PAZ zum Nachbestellen

Zu einigen besonderen Anlässen hat die Preußische Allgemeine Zeitung Sonderbeilagen zu wichtigen Themen der preußischen und ostpreußischen Geschichte sowie zur Geschichte der Zeitung herausgegeben.

Diese Beilagen stießen unter den Lesern auf großen Zuspruch und können nun auch einzeln in der Geschäftsstelle der PAZ bestellt werden.

Der Preis per Stück beträgt 1,- Euro, zzgl. Versandkosten.

Wir freuen uns über Ihre Bestellung unter der E-Mail-Adresse: groddeck@paz.de oder telefonisch unter der Nummer (040)414008-0



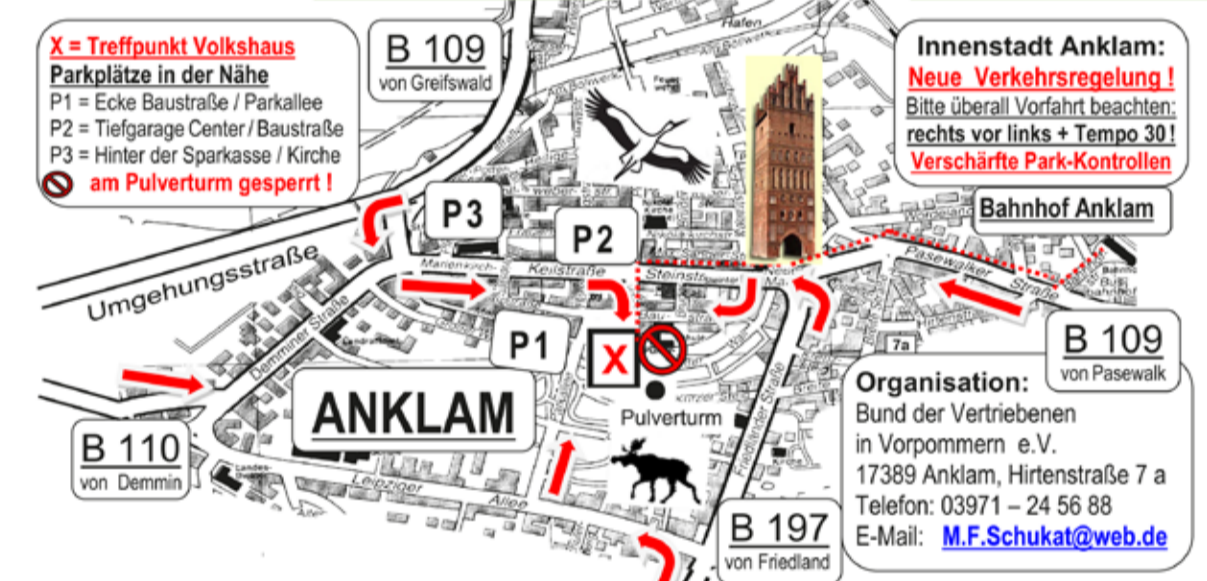
300 Jahre Kant - Weltbürger aus Königsberg

Vor 300 Jahren wurde Immanuel Kant geboren. Beiträge zu Leben, Werk und Wirkung des wichtigsten Denkers der Moderne - und des wohl bedeutendsten Ostpreußen.



Jubiläumsausgabe - 75 Jahre Zeitung für Deutschland

Im April 1950 erschien die erste Ausgabe des „Ostpreußenblatts“. Es war der Auftakt zu einem besonderen Kapitel deutscher Presse- und Mediengeschichte.



Programm Tag der Heimat 2025: 80 Jahre Kriegsende - Flucht, Vertreibung und der Verlust der Heimat, 30 Jahre Denkmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Anklam, Erntedank 2025 mit den Kirmesmusikanten Ribnitz-Damgarten, Mecklenburg-Pommeraner - Folklore Ensemble Ribnitz-Damgarten, Chor aus Schlesien „Echo von Kupp/Oppeln“

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C

Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen



Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Sommer in Ostpreußen Genießen den Sonnenschein: Eine Gänseschar an einem Sommertag 1994 auf einem Hof in Karkeln (Kreis Elchniederung)
Bild: Ostpreußisches Landesmuseum



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg.

Patenschaftsbüro: Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Tel.: (0203) 2832151 (Mittwoch 9 -12 Uhr-) und (0155) 63663960 (mit Anrufbeantworter), E-Mail: patenschaftsbuero@stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

Mitgliederversammlung

Duisburg -Sonnabend, 6. September, 11 Uhr, Ort: Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Vortragsraum des Stadtarchivs (beim Patenschaftsbüro).

Die Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V. lädt zur diesjährigen Mitgliederversammlung ein. Folgendes Programm ist vorgesehen:

11 Uhr: Eröffnung und Begrüßung der Mitglieder und der Vertreter der Patenstadt Duisburg durch den Stadtvorsitzenden Klaus Weigelt, Feststellung und Besprechung der Tagesordnung gemäß Königsberger Bürgerbrief Nr. 105 (Sommer 2025), 13 Uhr: Mittagspause mit Imbiss, danach Fortsetzung der Mitgliederversammlung gemäß Tagesordnung, Wahl des neuen Vorstands.

Bitte melden Sie Ihre Teilnahme im Patenschaftsbüro bei Frau Valentina Fischer an - auch, ob Sie

am Abend des 5. September ab 19 Uhr am Abendessen im Restaurant Museum am Kant-Park teilnehmen möchten.



Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, www.labiau.de

Liebe Labiauer aus Stadt und Kreis, liebe Freunde unserer Kreisgemeinschaft, es ist wieder soweit, am Wochenende 5. bis 7. September findet unser diesjähriges Kreistreffen in 21762 Otterndorf im Landkreis Cuxhaven, in der Stadtscheune, Sackstraße, statt. Am 5. September treffen wir uns ab 19 Uhr in der Stadtscheune zu einem gemütlichen Beisammensein. Am 6. September ist die Stadtscheune ab 9 Uhr geöffnet, um 9.30 Uhr ist die offizielle Eröffnung des Kreistreffens. Um 10.30 Uhr begeben wir uns zu unserem Gedenkstein nahe des Torhauses, Am Großen Specken.

Dort wollen wir gemeinsam ab 11 Uhr mit Gästen aus dem Patenkreis das 50-jährige Jubiläum unseres Labiau-Gedenksteins begehen. Anschließend findet ein Besuch mit unseren Gästen im Torhaus statt. Anschließend Rück-

kehr in die Stadtscheune zur Fortsetzung des Treffens. Am 7. September beginnt die Mitgliederversammlung des Vereins Kreisgemeinschaft Labiau/Ostpreußen e.V. um 10 Uhr in der Stadtscheune. Anschließend Ausklang des Kreistreffens bei gemütlichem Beisammensein am Torhaus. Während der Tage in Otterndorf sind wir Selbstversorger. Um besser planen zu können, bitten wir freundlich um Anmeldung, entweder per E-mail oder telefonisch.

Bitte kommen Sie zahlreich – herzlich Willkommen in Otterndorf.



Wehlau

Kreisvertreterin: Margot Löwe, Weitzelstraße 9, 09648 Mittweida, Telefon (03727) 5165, E-Mail: margot.loewe@web.de

Stellvertreter: Dirk Reinsberg, Waldstraße 5, 25524 Itzehoe, Telefon (0157) 5206 8397, E-Mail: reinsbergd@web.de

Internet: www.kreis-wehlau.de

Einladung zur Mitgliederversammlung 2025

Liebe Mitgliederinnen und liebe Mitglieder der Kreisgemeinschaft Wehlau, hiermit laden wir herzlich zu unserer diesjährigen Mitgliederversammlung, im Rahmen der Feier zum 70-jährigen Bestehen der Kreispatenschaft, am Sonnabend, dem 4. Oktober um 10.30 Uhr, nach 27211 Bassum in die Freudenburg, Amtsfreiheit 1 (Vorwerk) ein.

Veranstaltungsprogramm:

Sonnabend, den 04. Oktober
10:30 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung
11:00 Uhr Feierstunde zu 10 Jahren Patenschaft des Landkreises Diepholz für den ostpreußischen Landkreis Wehlau
13:00 Uhr Lädt die Kreisgemeinschaft Wehlau zu Erbsensuppenessen ein
14:00 Uhr Fortsetzung der Mitgliederversammlung

17:00 Uhr Abendessen. Teilnahme nach vorheriger Anmeldung
19:00 Uhr Gemütliches Beisammensein mit Erzählungen Musik, Gesang und Zeit zur Unterhaltung
Sonntag, den 05. Oktober
10:00 Uhr Gedenken am Tapiauer Stein im Park der Freudenburg
11:00 Uhr Gedenken am Wehlauer Stein im Park des Kreishauses Syke
12:00 Uhr Führung im Wehlauer Heimatmuseum und unserer Sonderausstellung über Nachkriegsiedlungen „Raum ist in der kleinsten Hütte“. Zeit zur Unterhaltung
16:00 Uhr Schluss des Kreistreffens

Tagesordnung der Mitgliederversammlung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch die 1. Vorsitzende
2. Gedenken an Verstorbene

3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
4. Festrede 70 Jahre Kreispatenschaft
Grußworte (Landrat, Bürgermeister)
5. Feststellung der Beschlussfähigkeit (bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet)
6. Annahme der Tagesordnung, Wahl: Versammlungsleitung, Protokollführung
7. Jahresberichte des Vorstandes
 - a. 1. Vorsitzende,
 - b. 2. Vorsitzender – Familienforschung
 - c. Schatzmeister - Kassenbericht
 - d. Mitgliederbetreuung
 - e. Heimatkreisdatei
 - d. Internetauftritt, Bildarchiv
 - f. Heimatbrief, Archiv, Heimatmuseum

- g. Aktuelles aus der Heimat
 8. Bericht der Kassenprüfer über Haushalt 2024
 9. Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes
 10. Wahlen:
 - a. Wahl eines Beisitzers / Beisitzerin
 11. Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2026
 12. Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2026
 13. Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder
 14. Anfragen und Anregungen der Mitglieder
 15. Schlusswort der/des Vorsitzenden
 16. Ostpreußenlied
- Über eine zahlreiche Beteiligung würden wir uns, auch im Interesse unserer Gemeinschaft sehr freuen.

Der Vorstand
Margot Löwe, Dirk Reinsberg,
Rainer Sendacki



Ostpreußisches Landesmuseum

Schnitzeljagd durchs Museum - Kinderclub mit Monja Breyer

Donnerstag, 28. August 2025, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei!
Die Kinder suchen versteckte Schätze, lösen knifflige Rätsel und lernen spannende Geschichte-

ten über Ostpreußen, den Bernstein, die Natur und vieles mehr kennen. Mit Neugier und viel Spaß werden alle Bereiche des Museums erkundet. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kos-

tenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.



Ostpreußisches Landesmuseum

„Kunst und Freiheit. Künstler-Dozenten der Kunsthochschule Pallas im Wandel der Zeit“ Finissage der Sonderausstellung mit Präsentation der Pallas. University of Applied Sciences in Tartu durch die Künstler-Dozenten Heli Tuksam und Margus Meinart (in englischer Sprache) sowie Künstlergespräch über die Rolle der Kunst in der Zukunft mit Ursula Blancke-Dau und Ulrike Hennecke

Sonntag, 31. August 2025 um 18.00 Uhr, Eintritt frei! Die Kunsthochschule Pallas im estnischen Tartu ist eine der wichtigsten künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes und prägt seit Jahrzehnten die Entwicklung der estnischen Kunstszene. In ihrer Präsentation geben die Künstler-



Dozenten Heli Tuksam und Margus Meinart einen spannenden Einblick in Geschichte und Gegenwart der Hochschule – im Spannungsfeld von Tradition, Wandel und künstlerischer Freiheit. Im Anschluss wird gemeinsam mit den Lüneburger Künst-

lerinnen Ursula Blancke-Dau und Ulrike Hennecke über aktuelle Entwicklungen und Zukunftsperspektiven in der Kunst diskutiert. Welche Rolle kann und soll Kunst einnehmen? Anmeldung erforderlich unter Tel. 04131-759950 oder info@ol-ig.de



Der Jubiläums-Stein der Labiauer Eingeweiht wurde er am 8. Juni 1975 unter großer Beteiligung der Labiauer und vieler Gäste. Im Hintergrund ist das Torhaus zu sehen.
Foto: Kreisgemeinschaft Labiau

TRÜGERISCHE LANDSCHAFT

Die Masurische Seenplatte – so schön wie gefährlich

Sie präsentieren sich von einer malerisch-idyllischen Seite und sind dennoch mit allergrößter Vorsicht zu genießen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Masurische Seenplatte im südlichen Teil von Ostpreußen entstand zum Ende der letzten Eiszeit, als das Wasser der abschmelzenden Gletscher in den Senken am Fuße des Baltischen Landrückens zusammenfloss. Sie besteht aus sage und schreibe 2700 Seen von mindestens einem Hektar Größe und erstreckt sich über rund 1700 Quadratkilometer. Hier siedelten bis zum Jahr 1945 Deutsche und Polen – heute bilden die nicht vertriebenen 12.000 Deutschen eine kleine nationale Minderheit. Um die unberührte Natur der Masuren zu bewahren, wurden bislang 114 spezielle Reservate eingerichtet, die eine Fläche von 40.000 Hektar einnehmen und auch dem Schutz der vielfältigen Flora und artenreichen Fauna unter Wasser dienen.

Denn wer in die teilweise glasklaren Masurischen Seen abtaucht, kann dort etwa 60 verschiedene Arten Fische beobachten, darunter Hechte, Zander, Aale, Welse, Barsche, Karpfen, Plötze, Schleie, Rotaugen, Quappen, Karauschen, Rapfen, Brassen und Rotfedern. Dazu kommen allerlei Krebse und Muscheln. Geübte Taucher finden auf dem Grund allerdings noch viel mehr.

Im Kissainsee [Jeziro Kisajno] unweit von Lötzen [Giżycko] wartet beispielsweise eine interessante Unterwasserwasserlandschaft mit charakteristischen Felsformationen und versunkenen Bäumen. Sehenswert sind zudem auch die Ruinen einiger Siedlungen, die im 16. und 17. Jahrhundert im Mauersee [Jeziro Mamry] verschwanden, als dessen Pegel durch den Bau von Staudämmen im Zusammenhang mit der Errichtung von Wassermühlen in der Nähe bei Angerburg [Wegorzewo] anstieg. Ansonsten hat der Mauersee, mit 104 Quadratkilometern der zweitgrößte See der Masurischen Seenplatte, noch eine weitere spektakuläre At-



Fast schon makaber: Fröhlicher Wassersport auf dem Nikolaikensee in den Masuren, während in den Tiefen des Gewässers so manches nicht geborgenes Opfer von Katastrophen und Unglücken begraben liegt
Bild: mauritius images / Hanna Wagner

traktion für Sporttaucher zu bieten. Das ist das 15 Meter lange Wrack der „Arabella“, das in 33 Metern Tiefe aufrecht auf dem sandigen Seeboden sitzt. Der zu einem Segelschiff umgebaute frühere Schlepper wurde 1993 gezielt versenkt, um ein exklusives Tauchziel im Mauersee zu schaffen. Boote vom Mazurskie Centrum Nurkowe (MCN) in Thiergarten [Trygort] steuern im Sommer regelmäßig den letzten Standort der „Arabella“ an.

Andere, bewusst in der Tiefe platzierte und nur mit Tauchausrüstung zu besichtigende technische Objekte, wie Autos und kleinere Bootswracks, liegen auf dem Grund des Lehlesker Sees [Jeziro Leleskie] und des Okull-Sees [Jeziro

Ukiel] bei Allenstein [Olsztyn]. Ebenso wird vermutet, dass 1944 ein deutscher Junkers-Bomber in den Lycker See [Jeziro Elckie] stürzte. Dessen Pilot soll zuvor waghalsige Manöver ausgeführt haben, um seine Angebetete am Boden zu beeindrucken. Bis seine ehrgeizige Flugshow ein jähes Ende nahm und er zum schicksalhaften Bruchpiloten wurde. Polnische Taucher um Tomasz Szulc suchen seit Jahren nach der Maschine, wurden aber bislang immer noch nicht fündig.

Unheimliche Wetterphänomene

Ansonsten bergen auch der größte See der Masuren, nämlich der Spirdingsee [Jeziro Śniardwy] mit seinen 114 Quadratkilo-

metern, und der Nikolaiker See [Jeziro Mikolajskie] die Überreste mehrerer Katastrophen in jüngerer Zeit. Sie alle sind Gegenstand von Mythen, spannenden Erzählungen und Abenteurern.

Eine davon ereignete sich am 21. August 2007. Damals fegte ein Gewittersturm über die Masuren, der um 15 Uhr Ortszeit die beiden Gewässer erreichte. Die Temperatur fiel schlagartig von 28 auf 16 Grad, während der Wind auf Orkanstärke answoll: In der meteorologischen Station von Nikolaiken wurde schließlich ein Rekordwert von 126 Stundenkilometern Windgeschwindigkeit gemessen. Innerhalb von nur zehn Minuten sanken dadurch Dutzende von Segel- und

Paddelbooten, die nun auf dem Grund der zwei Seen ruhen. Den Rettungskräften gelang es zwar, 87 Menschen aus dem Wasser zu fischen, aber für zwölf weitere kam jede Hilfe zu spät. Das entfachte damals in Polen eine hitzige Diskussion über die Unzuverlässigkeit der Wettervorhersage und die mangelhafte Ausrüstung der Rettungsdienste.

Tod über dem See

Weitere schicksalhafte Vorkommnisse im Gebiet des Spirdingsees ereigneten sich in den Jahren 1997 und 2006. Im ersteren Fall stürzte ein Militärhubschrauber ins Wasser, wobei die beiden Piloten starben, und im letzteren Fall sank eine Segeljacht mitsamt ihrem Besitzer. Tragisch endete darüber hinaus ein Hubschrauber-Rundflug am 14. Februar 1998. Sieben russische Touristen aus Königsberg wollten den See aus der Luft erkunden und hatten dazu einen Hubschrauber vom Typ Mil Mi-2 samt Pilot gechartert. Allerdings war das Wetter für das Vorhaben absolut ungeeignet. Zum einen wehte ein starker Wind, zum anderen herrschte streckenweise sehr dichter Nebel.

Um seinen Passagieren dennoch etwas Sicht zu ermöglichen, flog der Pilot gegen alle Warnungen immer tiefer, bis sich die Maschine nur noch wenige Meter über der Wasseroberfläche befand. In dieser Situation sorgte wahrscheinlich eine plötzliche Windböe dafür, dass die Mi-2 in den See abstürzte. Eine Frau starb bei dem Unglück, während die anderen sieben Insassen des Hubschraubers den Aufprall wie durch ein Wunder überlebten. Dennoch ertranken fünf Touristen und der Pilot im eiskalten Wasser, weil die Rettungsdienste wegen des Nebels erst mit zu großer Verspätung am Unfallort eintrafen. Die Wracks der beiden verunglückten Hubschrauber konnten bis heute nicht geborgen werden, obwohl der Spirdingsee mit maximal 23,4 Metern an der tiefsten Stelle als eher relativ flach gilt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

In Liegnitz schlug eine historische Bombe ein

Eine Zeitkapsel brachte historische Schätze in bestem Zustande zutage

Bei Sanierungsarbeiten des nördlichen Turms der Kathedrale zu Liegnitz [Legnica] in Niederschlesien entdeckten Arbeiter letzte Woche eine historische Zeitkapsel. Der Fund befindet sich nun an einen „sicheren Ort“, über dessen Adresse sich die Liegnitzer Kurie noch ausschweigt. Der „Schatz“ wurde am 12. August Historikern und Vertretern der Kommunalverwaltung gezeigt, berichtete das öffentlich-rechtliche Radio Breslau am 14. August.

Laut Radio Breslau sollen sich in der Zeitkapsel mehr als 20 Gold- und Silbermünzen befinden sowie ein Dokument, das wahrscheinlich vom Fürsten Georg Rudolf von Liegnitz unterzeichnet wurde. „Die ältesten Goldmünzen wurden zu Zeiten Georg Rudolfs Fürst von Liegnitz geprägt, also im frühen 17. Jahrhundert“, konnte Radio-Breslau-Reporter, Andrzej Andrzejewski, herausfinden. In der Kapsel sollen sich auch Silbermünzen aus dem 20. Jahrhundert befinden. Alle Münzen seien „in einem ausgezeichneten, nahezu neuwertigen Zustand. Eine der Hypothesen geht davon aus, dass es sich bei dem Fund um eine Zeitkapsel handelt, in die alle paar Jahrzehnte weitere wertvolle Erinnerungsstücke hinzugelegt wurden“,

spekuliert jedenfalls der Sender Radio Breslau. Die Denkmalschutzbehörde bestätigte diese Vermutung.

Eine Holzkirche auf dem Ring

Domprobst Robert Kristman dementiert den Fund als solchen nicht, will Konkretes jedoch – noch – nicht preisgeben. Er müsse sich an die Prozeduren halten. Diese verlangen, dass „zuerst der Liegnitzer Oberbürgermeister über den Fund zu informieren ist. Dieser wiederum erstattet dem Denkmalschutzbeauftragten der Woiwodschaft Bericht. Dann führt dieser eine Besichtigung mit dem Eigentümer und Vertretern des örtlichen Museums oder des Staatsarchivs durch“, so Malgorzata Lisewska, Leiterin der Liegnitzer Außenstelle Denkmalschutz der Woiwodschaft Niederschlesien.

Die Liegnitzer St.-Peter-und-Paul-Apostel-Kirche, die Paulus erst 1342 als zweiten Namenspatronen hinzubekam, war die erste von drei Kirchen in Liegnitz. Ihre erste schriftliche Erwähnung stammt von 1192. Wahrscheinlich war es damals noch eine Holzkirche, die als „obere Kirche“ bezeichnet wurde. Sie stand am damals erst entstehenden Markt, der in Schlesien natürlich Ring genannt wird.



Im Nord-Kirchturm der Kathedrale wurde eine historische Zeitkapsel gefunden
Bild: Wagner

Um diesen neuen Ring konzentrierte sich das Leben der Liegnitzer und die ‚Petrus-Kirche‘ wurde so zum zentralen Gotteshaus der Stadt. Zwischen 1328 und 1378 wurde die Kirche unter Baumeister Wiland – dem Sohn des Hofbaumeisters vom Breslauer Herzog Heinrich IV. – nach dem

Vorbild der Breslauer Elisabethkirche neugestaltet.

Äußerst wertvoll bestückt

Diese Oberkirche besaß die bedeutendste „Kettenbibliothek“ Schlesiens. Im Mittelalter und der Frühen Neuzeit hatte man nämlich die wertvollen Bücher mit Ketten an Pulten oder Regalen befestigt, damit sie vor Ort gelesen und nicht gestohlen werden konnten. Der Kern dieser Kettenbibliothek geht auf die alte Kollegiatbibliothek zurück und wurde später durch Klosterbestände ergänzt. Allein der erhaltene Bestand umfasst rund 1600 Bände, darunter etwa 300 Frühdrucke, die nach 1945 in die Universitätsbibliothek Breslau gelangten. Und weil Herzog Georg Rudolf von Liegnitz lei-

denschaftlicher Förderer von Musik und Literatur war, legte man wohl in die Zeitkapsel der Oberen Kirche durch ihn geprägte Münzen und Dokumente. Er selbst gründete die nach ihm benannte „Bibliotheca Rudolfina“, die er mit theologischen, medizinischen und Musikbüchern

bestücken ließ. Georg Rudolfs „Rudolfina“ stiftete er der Schule an der St.-Johannes-Kirche, dem Gotteshaus, in dem er 1653 begraben wurde. Er holte auch den in Bunzlau geborenen Dichter Martin Opitz (1597–1639) an seinen Hof. 1622 wurde Georg Rudolf Mitglied der „Fruchtbringenden Gesellschaft“, der ersten und mit 890 Mitgliedern auch der größten deutschen Sprachakademie.

Großer Stifter und Mäzen

Georg Rudolf war von 1602 bis 1653 Herzog von Liegnitz und 1615 bis 1653 auch Herzog von Wohlau. Er bekleidete von 1621 acht Jahre lang das Amt des Oberlandeshauptmanns von Schlesien. 1646 stiftete er das Liegnitzer Johannesstift, aus dem später die Liegnitzer Ritterakademie hervorgegangen ist. Diese diente erst dem schlesischen Adel und später auch dem Bürgertum als Schule. Von 1901 bis 1945 diente das Gebäude der Ritterakademie als staatliches Gymnasium.

Was mit den Schätzen der Zeitkapsel passiert, steht zwar noch in den Sternen, Andrzejewski hofft allerdings als Liegnitzer, dass der Schatz der Stadt Liegnitz erhalten bleibt, etwa durch Ausstellung im Kupfermuseum.
Chris W. Wagner

HEIMAT

Relikt von 1923

Auf dem 71. Tag der Stettiner wurde die Schiffsglocke feierlich dem „Haus Stettin“ in Lübeck übergeben

VON BRIGITTE STRAMM

Traditionell findet Anfang August der „Tag der Stettiner“ statt. Ursula Zander, die Vorsitzende des „Heimatkreis Stettin“, hatte in diesem Jahr zum 2. August in das „Haus Stettin“ in Lübeck eingeladen. Ein Haus, das die unterschiedlichen Facetten Stettiner Lebens in Pommerns einstiger Hauptstadt anhand von Exponaten und Dokumentationen präsentiert.

Etwas zur Geschichte des Hauses: Als sich 40 Jahre nach Kriegsende in keiner Weise abzeichnete, dass eine Rückkehr der angestammten Bewohner nach Stettin möglich würde, erwarb nach Gründung des „Fördervereins Haus Stettin e.V.“ 1985 eine kleine Gruppe Stettiner Idealisten die in den 30er Jahren erbaute und unter Denkmalschutz stehende Backsteinvilla am Hüxterdamm 18a in Lübeck, unweit der Trave. Es wurde eine zentrale Stätte benötigt, in der gerettete Kulturgüter und weitere erreichbare Materialien über die Hauptstadt Pommerns eingebracht, historische und kulturelle Güter erfasst, ausgewertet und aufgearbeitet werden konnten und wo die geschichtliche Vergangenheit Stettins als ständige authentische Ausstellung gezeigt werden konnte.

Die Bibliothek ist das Reich von Ute Rhodgeß, sie bearbeitet hier auch die vielen Anfragen zur Historie der Stadt und zur Familienforschung. Ein Raum ist dem berühmten pommerschen Schauspieler Heinrich George gewidmet, interessante und imposante Modelle der Hakenterrasse und des Regierungsgebäudes werden dem Betrachter genauso gezeigt wie Originalschaustücke der Firma Stöwer, die keineswegs nur die bekannten Automobile produzierte.

Die Hafenstadt Stettin mit ihren Werften, in Stettin beheimateten Schiffen und allen Informationen drumherum sind ein wichtiger Teil der Ausstellung. Und nun sind wir schon beim Thema. Denn anlässlich des Treffens wurde die Schiffsglocke



Die Glocke „Stettin“: Sie bekommt einen würdigen Platz im „Haus Stettin“. Von rechts, Dirk Rhodgeß, Ursula Zander, Heinrich Lohmann, Brigitte Stramm



Im Gespräch: Detlef Lindemann von der Pommerschen Landsmannschaft



Begrüßung: Die Vorsitzende Ursula Zander und Prof. Dr. Kuhlmann

des Dampfschiffs „Stettin“ Dirk Rhodgeß vom „Haus Stettin“ überreicht. In der *Pommerschen Zeitung*, Ausgabe 13 vom 28. März 2025, wurde die Geschichte des Schiffes und somit auch seiner Glocke dokumentiert. Eine kleine Rückschau: Das Schiff wurde 1923 auf den Oderwerken Stettin gebaut und befuhr zunächst als Frachter die Ostseehäfen bis ins Baltikum. Russland, Schweden, aber auch London wurden angelaufen.

Bis 1930 blieb der Name des Heimathafens „Stettin“. Dann wechselten sowohl Reederei als auch der Name, der Heimathafen war jetzt Bremen, der neue Name „Akka“ – und somit wurde auch die Glocke des Schiffes entfernt. Denn bei der Umbenennung wird natürlich auch die Glocke ausgetauscht. Das Schiff wechsel-

te noch mehrmals den Namen und die Reederei und wurde nach 40 Jahren in Triest verschrottet. Wo sich die Glocke seit 1930 befunden hat, liegt im Dunkeln. Aufgetaucht ist sie jedenfalls im Januar 2025 in einem Paket vor der Geschäftsstelle der Ost- und Westpreußen in Bremen. Heinrich Lohmann, der Vorsitzende der Bremer Landesgruppe, war sehr überrascht, in dem anonym abgestellten Paket die Glocke „Stettin 1923“ vorzufinden.

Äußerst spannend für die Redakteurin der *Pommerschen Zeitung*, Brigitte Stramm, war nun die Geschichte des Schiffes zu erkunden und zu dokumentieren. Dabei kam auch sofort die Idee auf, der Glocke einen würdigen Platz im Haus Stettin zu verschaffen. Es folgte die Absprache mit Herrn Lohmann, Frau Zander und Herrn

Rhodgeß. Ja, natürlich war der beste Platz das Haus, welches das Andenken an die Stadt Stettin lebendig erhält.

Nun war es soweit, feierlich wurde die Glocke ihrem endgültigen Platz in Lübeck zugeführt – wobei man des Bewahrs dieses Originals, dessen Wunsch es sicher war, das gute Stück in guten Händen zu wissen, gedachte.

Der „71. Tag der Stettiner“ nahm programmgemäß seinen Verlauf, es war wie ein großes und harmonisches Familientreffen. Die Vorsitzende Ursula Zander konnte Detlef Lindemann, Vorstandsmitglied der Pommerschen Landsmannschaft, begrüßen. Er sprach ein Grußwort, das von der Bundesvorsitzenden Margrit Schlegel verlesen wurde. Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann hielt die Morgenandacht und hielt später als Zeitzeuge einen Vortrag über die Geschichte des Luftangriffs auf Stettin, wobei die Familie alles verlor, der kleine Karl-Heinz seine geliebte Zinnsoldaten-Sammlung.

Peter Nycz von der Deutschen Minderheit aus Stargard berichtete von seiner Gruppe und dass sich die Stettiner Minderheit aufgelöst hätte. Der Vorsitzende des Fördervereins „Haus Stettin“, Dirk Rhodgeß, stellte die Arbeit im Haus vor. Auch die Regularien des Heimatkreises Stettin wurden durchgeführt. In der anstehenden Wahl wurde erneut der Vorstand bestätigt. Die Wahl leitete der 95-jährige Karlheinz Engelmann, der seine Kindheit in Stettin-Kreckow verlebte. Der druckfrisch erschienene Stettiner Bürgerbrief wurde vorgestellt. Hans Krause, der langjährige Leiter des Redaktionsausschusses, konnte aus bahntechnischen Gründen leider nicht dabei sein.

Am Nachmittag gab es eine ausgezeichnete Filmvorführung über Johannes Quistorp, den Industriellen und Wohltäter der Stadt. Mit Worten des Gedenkens, er gedachte auch der Tiere in der Heimat, sowie einer Kranzniederlegung an der Glocke im Garten des Hauses beschloss Eberhard Gaese die gelungene Veranstaltung.

MELDUNGEN

Denkmal, Sail GP und Stettin Sail

Gingst/Rügen – Der Förderverein Kriegerdenkmal Gingst e.V. lädt zum 100. Jubiläum der Errichtung des Kriegerdenkmals am 30. August ein. Programm: 10 Uhr Festgottesdienst in der St.-Jacobi-Kirche mit Einweihung der Gedenktafel 1939–1945; 11 Uhr Kranzniederlegung am Mahnmahl auf dem Marktplatz. Für die musikalische Begleitung sorgen der Trompeter André Hardt und die Traditionsträger des 5. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42. Anschließend wird Erbsensuppe auf dem Kirchhof gereicht. Der Förderverein freut sich auf eine rege Teilnahme an diesem besonderen Gedenktag. **BS**

Stettin – Vom 15. bis 17. August fand die 4. Sail Stettin statt: Etwa 60 Traditionsegler machten am Oderufer fest, darunter der deutsche Dreimaster „Santa Barbara Anna“. Alle luden zu einem Besuch an Bord ein. Musikalisch wurde das Volksfest von vielen Künstlern begleitet. **TS**

Rügen – Erfolgreicher Start der Sail GP auf Rügen: Das Team Germany feierte vor ausverkauften Tribünen mit etwa 10.000 Zuschauern bei der Formel 1 des Segelsports einen Auftakt-Sieg vor Sassnitz. Die weltweite Rennserie wird vor Rügen auch in den Jahren 2026 und 2027 gastieren. **TS**

Stepenitz – Die pommersche Ostseeküste hat weiterhin mit Blaualgenteppichen und Bakterienansammlungen zu kämpfen. Neben den Boddengewässern vor Rügen ist auch das Stettiner Haff betroffen, wie Satellitenbildern zeigen. In Stepenitz am Haff wurde das Baden untersagt. **TS**

Greifswald – Am 7. September findet die letzte Klostergartenführung des Jahres im Pommerschen Landesmuseum Greifswald statt. Titel: „Der herbstliche Klostergarten“. **BS**

EISENBAHN

„Roland“ rast schon 100 Jahre

Die Rügenschke Bäderbahn war zum Jubiläum ganz historisch unterwegs

Pommern und die Eisenbahn – das ist zweifellos auch auf dieser Seite ein äußerst interessantes Kapitel für sich. Denn: Obgleich eine Bahnverbindung zwischen Berlin und Stettin bereits im Jahr 1843 zustande kam, so hat der Ausbau des pommerschen Eisenbahnnetzes – nach der gescheiterten Erschließung von Stralsund als Privatbahn und der Weiterführung der Bahnverbindung von Stettin nach Köslin (in Richtung Danzig) doch verhältnismäßig spät, dann allerdings recht umfangreich begonnen.

Dazu hatten sich in den 1890er Jahren zahlreiche Städte und Kreise zusammengeschlossen, um die Schmalspurbahnen mit einer Spurbreite von 750 Millimeter zu bauen. Sie dienten vor allem den Gütern bei der Anfahrt von Düngemitteln, Kraftfutter oder Maschinen sowie beim Transport ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Organisiert in Verbänden erschlossen die Kleinbahnen so Stück für Stück die pommersche Provinz und schufen das vielleicht dichteste deutsche Schmalspurbahnnetz ihrer Zeit.

Während die Schmalspurbahnen im pommerschen Hinterland jedoch im We-

sentlichen dem Gütertransport dienten, ermöglichten sie in Küstennähe pommerschen Seebädern erst eine nennenswerte landseitige verkehrstechnische Erschließung. So entstand auf der Insel Rügen beispielsweise zwischen 1895 und 1899 ein Schienennetz, welches 1918 mit etwa 100 Kilometern seine größte Streckenlänge erreichte. Zu den wirtschaftlich lukrativsten Strecken zählt dabei die noch heute existierende Kleinbahnverbindung Putbus-Göhren.

Aufgebaut durch die Stettiner Firma Lenz & Co, die das Kleinbahnnetz bis 1910 betrieb, wurde der erste Teilabschnitt zwischen den Seebädern Putbus und Binz bereits am 21. Juli 1895 eröffnet. Anlässlich dieses Ereignisses erfolgte genau 130 Jahre später, am 21. Juli 2025, der Einsatz von vier Traditionszügen auf dieser Strecke. Der erste Zug kam natürlich pünktlich um 11.39 Uhr in Binz an. Mit dabei waren Reisende in historischer Kleidung, darunter Soldaten des 5. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42.

Und noch ein Jubiläum gab es zu feiern. Im Einsatz befand sich beim Jubiläum als Zugmaschine der Traditionszüge

die Dampflokomotive „53 Mh“ (99 4633), die vor 100 Jahren von der Stettiner Vulcan AG gebaut wurde. Die im „grünen Gewand“

schnaufende Heißdampflokomotive war eine von drei Dampfzügen der Gattung „M“ und „Mh“, die nach dem Zweiten

Weltkrieg nicht als Reparationsleistung in die damalige Sowjetunion gingen. Weiterer Glücksfall: Die Kleinbahn blieb auch nach 1945 auf Rügen erhalten.

Obgleich das Rügenschke Netz der Schmalspurbahn sich massiv reduzierte – etappenweise wurden die Strecken Putbus-Altefähr (bis 1967) und Bergen-Altenkirchen (bis 1970) stillgelegt – konnte der Betrieb auch zur Zeit der DDR erhalten werden. Damals erhielt die Kleinbahn nicht nur den Beinamen „Rasender Roland“, sondern die Schmalspurbahn auch ihren Denkmalschutz (1976). Sie ist somit in Vorpommern die letzte verbliebene Kleinbahn – zur Freude der Pommern und ihrer Gäste.

Im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs fährt die Kleinbahn täglich mit 30 Kilometer Geschwindigkeit von Putbus über Binz, Sellin und Baabe nach Göhren. An rund 180 Tagen im Jahr zusätzlich auch von Lauterbach Mole. Eine Fahrt in diesem nostalgischen Zug ist stets ein Erlebnis und man lässt dabei ganz entspannt die wundervolle Landschaft Rügens an sich vorbeiziehen.



Gäste in historischem Gewand: Ankunft des ersten Traditionszuges am 21. Juli 2025 um 11.39 Uhr auf dem Bahnhof in Binz **Bild: Seeger**

Horsten Seeger

„Das große, faszinierende Erbe Ostdeutschlands“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Ihre Beiträge in der PAZ sind mir alle so wichtig, dass sie schon zuhauf auseinandergepflückt und in Büchern, Ordnern, Schubladen, sonstige Gefäße verstaut sind“

Gudrun Piel, Witten



Ausgabe Nr. 33

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

UM WELCHE SCHULD GEHT ES?
ZU: „EIN FUNDAMENT, DAS UNSER LAND BIS HEUTE TRÄGT“ (NR. 32)

Ohne Zweifel ist es ein positives Zeichen, dass der Bundeskanzler zum 75. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor dem Bund der Vertriebenen eine Rede hält und die Bedeutung der Charta für die Bundesrepublik Deutschland herausarbeitet. Er bezeichnet den „Aufruf zum Verzicht auf Rache und Gewalt“ und das „klare Bekenntnis zur Schaffung eines einigen Europas“ als eine Entscheidung der Vertriebenen, die „ihrer Zeit weit voraus war“. Er erwähnt auch „das Recht auf die Heimat als ein von Gott geschenktes Grundrecht der Menschheit“.

In seinen folgenden Ausführungen zu diesem „großen Jubiläum“ in der Geschichte der Bundesrepublik kommt er immer wieder auf die „Formel“: „Freiheit, Frieden und Versöhnung“ zurück und bezeichnet sie als „historische Entscheidungen und Weichenstellungen“, die „erfolgreich“ und „zum selbstverständlichen Alltag geworden sind“. Es fällt auf, dass die Realität der Ereignisse von 1945: die brutale Vertreibung mit Mord (Genozid), die Vergewaltigung der Mädchen und Frauen und die völkerrechtswidrige Annexion Ostdeutschlands, also die klare Bezeichnung der Ereignisse als das „zweite Menschheitsverbrechen“ des 20. Jahrhunderts unterbleibt. Warum?

Vor dem Hintergrund einer bewussten Geschichtsklitterung oder der offiziellen Geschichtserzählung für die historischen Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann Merz gar nicht anders formulieren. Auch seine Formulierung von der „furchtbaren Erfahrung, erst rechtlos und dann heimatlos zu werden“ bleibt „im Raum stehen“, weil der notwendige Bezug zum Völkerrecht und (allgemeinen) Recht fehlt, denn seit 1919 und auch seit 1941 (14. August: „Atlantik Charta“) sowie 1945 (26. Juni: „Charta der Vereinten Nationen“) wird dem deutschen Volk das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ verweigert.

Deshalb stellte der frühere polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski fest: Das deutsche Volk war 1945 „ohne alle Rechte, ohne alle Ansprüche, ohne völkerrechtliche Grundausstattung“. Und diese Deutung des Jahres 1945 ist bis heute nicht widerrufen worden. Neun polnische Vertreibungsgesetze beziehungsweise -dekrete von 1944 bis 1955 sowie die Beneš-Dekrete sind bis heute nicht widerrufen worden. Und haben die Ereignisse von 1989/90 eine Lösung dieser für die deutschen Vertriebenen und das deutsche Volk existentiellen Probleme und historischen Zusammenhänge gebracht? Der Bundeskanzler schweigt.

In seinen Ausführungen erwähnt Merz auch die Feindseligkeiten, die die Vertriebenen ertragen mussten. Und wie ist es heute? Es ist ein deutsch-polnisches Geschichtsbuch vor Kurzem veröffentlicht worden, in dem es keine Vertreibung und Vertriebene mehr gibt: Sie sind „Migranten“ geworden, sie werden „weggelogen“.

Und dann wird von „Schuld“ gesprochen: welche Schuld? Diese kann nur persönlich sein und sich nicht auf ein ganzes Volk oder eine Volksgruppe beziehen. Warum spricht Merz davon? Es geht wohl wieder um das offizielle historische Narrativ, um die eigentlichen Probleme zu vertuschen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wird immer wieder das „Recht auf Heimat“ und der historische Kontext der Erklärung der Charta der Vertriebenen angesprochen, ohne allerdings die existentielle Bedeutung des „Rechtes auf Heimat“ für die Zukunft des deutschen Volkes in Europa und in der Welt zu klären und festzuschreiben, denn das Recht auf Heimat und seine Durchsetzung und Verwirklichung gemäß dem Völkerrecht ist die Voraussetzung für die Heilung des zweiten Menschheitsverbrechens und eine von allen europäischen Völkern akzeptierte Friedensordnung.

Dass das Recht auf Heimat in der Vergangenheit immer wieder schamhaft in der Politik übergangen und verschwiegen worden ist, ist ein Zeichen der Politik für die nicht vorhandene Einsicht in die Ein-

maligkeit des zweiten Menschheitsverbrechens und in das Scheitern eines für alle Menschen gültigen allgemeinen Völkerrechts. Deshalb haben die Politiker auch 1945 und 1989/90 auf einen Friedensvertrag mit dem deutschen Volk verzichtet, um nicht wieder den Fehler von 1919 zu wiederholen. Die Politik war nicht in der Lage oder nicht bereit, einen ähnlichen Frieden wie den Westfälischen Frieden von 1648 zu schließen.

Damit wird auch verständlich, warum das historische Wissen über die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts beeinflusst und gesteuert werden muss, um zu verhindern, dass die Geschichte Deutschlands in der Mitte Europas vor allem seit dem 19. Jahrhundert kritisch hinterfragt wird, denn seit dem Jahr 1803/06 geht es um die historische Existenz des deutschen Volkes in der Mitte Europas.

Am Schluss seiner Ausführungen erwähnt Kanzler Merz den Philosophen Odo Marquard: „Zukunft braucht Herkunft“ oder anders ausgedrückt: Die europäische Zukunft braucht nicht nur das große, faszinierende Erbe Ostdeutschlands, das Recht der Ostdeutschen auf ihre Heimat und Geschichte, sondern auch endlich die Ankunft der Deutschen in der Gemeinschaft der freien Völker als gleichberechtigtes Mitglied.

Klaus Fleischmann, Kaarst

UNDIFFERENZIERTER BLICK
ZUM TITELTHEMA: FEINDBILD ISRAEL (NR. 32)

Das PAZ-Titelthema wirkt in seiner Darstellung eindeutig zu israelfreundlich. Es fehlt jeglicher erläuternde Hinweis auf die militärischen Aktionen Israels sowie auf Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, gegen den – wie auch gegen Wladimir Putin – ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliegt.

Im Beitrag „Auf den Feind kommt es an“ fällt besonders der letzte Absatz ins Auge, in dem es heißt: „Die Israelis lieben

ihr Vaterland dagegen ausgesprochen konkret“ – eine Formulierung, die ich als befremdlich und historisch problematisch empfinde. Wie kann von einem „Vaterland“ gesprochen werden, wenn es sich um ein Volk handelt, das über zwei Jahrtausende hinweg nicht auf diesem Gebiet gelebt hat und dessen Rückkehr mit der Vertreibung anderer Bevölkerungsgruppen verbunden war? Die Vorstellung eines historischen Anspruchs auf ein bestimmtes Territorium ist nicht nur umstritten, sondern widerspricht auch den historischen Erkenntnissen über die Wandelbarkeit und Konflikthaftigkeit nationaler Grenzen und Identitäten.

Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den komplexen historischen und politischen Hintergründen wäre dem Thema „Feindbild Israel“ deutlich angemessener gewesen und hätte auch zur journalistischen Ausgewogenheit beigetragen.

Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin

UNBEWOHNBARES MASUREN?
ZU: DUNKLE WOLKEN ÜBER OSTPREUSSEN (NR. 32)

Ich habe nie daran gezweifelt, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis ist und kein Atomkrieg-Auflöse-Bündnis. Sollte Letzteres geschehen, dann wären das schöne Masuren und das ganze Baltikum sowie große Teile Finnlands, Schwedens, Weißrusslands und Polens wohl nicht mehr bewohnbar.

Jürgen Meinel, Berlin

LÄSTIGES STAATSVOLK
ZU: TÖRICHT WEITER AUF DEM WEG NACH UNTEN (NR. 31)

Wer vier Meter tiefe Wassergräben um den Reichstag anlegt, wird niemals verstehen, was das Volk erwartet. Wollen die Leute der „woken“ Politkaste in Berlin und in den Landesparlamenten das aber überhaupt? Die meisten wollen das nicht, sie empfinden das Staatsvolk als lästig bei der Aufteilung des Volksvermögens zu ihren Gunsten.

Peter Wendt, Hamburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

APZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

JUBILÄUMSAUSSTELLUNG

Kunstguss mit Weltgeltung

Lauchhammer feiert 300 Jahre Industriekultur – Ihren Aufstieg hat die heutige Brandenburger Stadt einer Freifrau zu verdanken

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 25. August 1725 ließ Benedicta Margaretha Freifrau von Löwendal (1683–1776) im heutigen Lauchhammer den ersten Hochofen ihres Eisenhüttenwerks anblasen. Damit entfachte sie die Industrialisierung der Niederlausitz. Lauchhammer, das sich den Beinamen „Kunstguss-Stadt“ zugelegt hat, feiert „300 Jahre Industriekultur“ mit einer am 24. August im Kunstgussmuseum beginnenden Sonderausstellung und einem am 29. August startenden Festwochenende.

Lange gehörte Lauchhammer zu Sachsen, ging 1815 an Preußen und liegt heute im Bundesland Brandenburg. Noch immer gibt es in der Stadt zwei Unternehmen, die auf die Firmengründung der Freifrau zurückgehen. Das eine ist die TAKRAF GmbH, ein weltweit tätiges Unternehmen für Tagebaugeräte. Das andere ist die Kunstgießerei. Sie meldete Insolvenz an, doch der Betrieb läuft weiter.

Das in einem alten Schulhaus eingerichtete Kunstgussmuseum steht neben der Kunstgießerei, deren ältestes Gebäude 1884 aus rotem Klinker und den aus Hochofenschlacke hergestellten silbergrauen Formgusssteinen errichtet wurde. Die Sonderausstellung heißt „Glühendes Erbe. Von Eisen, Kunst und Menschlichkeit“. Im Mittelpunkt der Schau steht die Freifrau von Löwendal, deren Lebensstationen uns mit Texten, Bildern und Objekten vorgestellt werden. Ihr Gatte, der sächsische Oberhofmarschall Woldemar Freiherr von Löwendal, erwarb 1716 das Rittergut Mückenberg (heute Lauchhammer-West). Zwei Jahre später überschrieb er es Benedicta.

Die tatkräftige Frau erwies sich als äußerst geschäftstüchtig, nachdem man auf ihren Besitzungen Lagerstätten von Raseisenerz entdeckt hatte, die einen hohen Eisengehalt aufweisen. Die von der Freifrau bei August dem Starken 1725 erwirkte „Concession zur Anlage eines Hochofen- und Hüttensystems“ ist ausgestellt. Die fromme Unternehmerin be-



Aus einem Stück für den sächsischen Hof angefertigt: Blick in die Ausstellung in Lauchhammer

Bild: Kunstgussmuseum

handelte ihre Arbeiter fürsorglich. Daher der Ausstellungs-Untertitel „Menschlichkeit“. Sie produzierte Schmiedeeisen und Gusseisen, das sie zu Kaminplatten, Waffeleisen, Töpfen, Pfannen und Kanonenkugeln weiterverarbeitete.

Inspiration aus der Antike

Die „Kunst“ machte erst Benedictas Patenkind und Universalerbe Detlev Carl Graf von Einsiedel (1737–1810) zum Produktionszweig. Unter seiner Regie glückten 1784 die weltweit ersten Kunstwerke im Eisenhohl-guss. Zu ihnen gehört die auf einer Grünfläche beim Museum aufgesockelte große Vase, deren Reliefdekor aus Putten besteht. Die Inschrift auf dem Sockel verkündet: „Erster Kunstguss 1784“.

Die besondere Spezialität des Grafen waren eiserne Kopien von antiken Sta-

tuen. Im Eingangsbereich des Kunstgussmuseum nehmen uns zwei dieser Prachtexemplare in Empfang: die 1788 gegossene „Große Herkulanerin“ und die „Kleine Herkulanerin“ von 1791. Ihre Vorbilder wurden in dem vom Vesuv verschütteten antiken Herculaneum ausgegraben und gelangten in den Besitz des Landesherrn August dem Starken.

Viele eiserne Antiken aus Lauchhammer dienten als Ofenaufsatz. Die nun im Kunstgussmuseum beheimatete „Kleine Herkulanerin“ zum Beispiel zierte den Ofen der Bibliothek König Friedrich Wilhelms II. im Berliner Stadtschloss, ist nun aber ofenlos. Hingegen stehen die „Kapitolinische Flora“ und die „Neapler Vestalin“ noch immer auf den Öfen an ihrem Bestimmungsort: dem Palmensaal des Neuen Gartens in Potsdam.

Das Schaudapot des Museums beeindruckt mit einer 2800 Exemplare umfassenden Modellsammlung. Sie sind zumeist aus Gips. In den Regalen stehen Büsten von Friedrich dem Großen und Martin Luther, die auf Entwürfe Johann Gottfried Schadows zurückgehen. In anderen lagern Büsten von Bismarck, Marx und Einstein. Im Raum steht der nach dem Vorbild von Bertel Thorvaldsen modellierte „Segnende Christus“.

Ein Fontane aus Lauchhammer

Detlev Graf von Einsiedel (1773–1861) führte 1838 den Bronzeguss in Lauchhammer ein. Die wohl bekannteste Bronzefigur ist der Luther des Wormser Denkmals. In Lauchhammer kann man den riesigen, in Gussteile zerlegten Luther bestaunen. Entworfen hat ihn und das

weitere umfangreiche, aus Figuren, Reliefs und den Wappen von Reformationsstädten bestehende Ensemble des Lutherdenkmals Ernst Rietschel.

Mit dem 1868 in Worms enthüllten Lutherdenkmal erlangte der Kunstguss aus Lauchhammer Weltgeltung. Die Kunstgießerei lieferte Statuen nach China und Ecuador. Das von Rietschel entworfene Goethe- und Schiller-Denkmal Weimars ließ König Ludwig I. zwar in München gießen, drei in Lauchhammer angefertigte Kopien aber stehen in San Francisco, Milwaukee und Cleveland.

„Made in Lauchhammer“ ist ebenso das in Genf enthüllte Schweizer Nationaldenkmal mit den Personifikationen der Helvetia und der Geneva (1869). Und auch in Deutschland ziehen die Produkte aus der Kunstgießerei weite Kreise. Vor Ort steht auf dem Dietrich-Heßmer-Platz der Eisenguss einer Germania. In der Nikolaikirche Lauchhammer-Mitte befindet sich das nach einem Entwurf Schinkels 1842 gegossene eiserne Taufbecken. Bis heute produziert die Kunstgießerei von Schinkel entworfene Gartenmöbel. Die „Große Wilsnacker Glocke“ (1929) des Berliner Doms stammt aus Lauchhammer. Ebenso der rastende Theodor Fontane des Denkmals in Neuruppin (1907), der für Dresden gegossene Gottfried Semper (1892) oder die von Schadow entworfene Löwen des Brunnens auf dem Leipziger Naschmarkt. Acht der elf Figuren von Fritz Cremers Buchenwald-Mahnmal (1958) lieferte Lauchhammer.

Das neueste Werk ist der nach einem Entwurf der Künstlerin Anna Franziska Schwarzbach geschaffene Eisenguss, der Benedicta Margaretha Freifrau von Löwendal darstellt. Er wird zur Eröffnung der Sonderschau im Kunstgussmuseum am 24. August enthüllt.

● Kunstgussmuseum Lauchhammer, Freifrau-von-Löwendal-Straße 3 in Lauchhammer-Ost, täglich bis 17 Uhr geöffnet, montags geschlossen, Eintritt: 7 Euro. www.kunstgussmuseum-lauchhammer.de, Reisetipps: www.lausitzerseenland.de

FAMILIENAUSFLUG

Landpartie auf dem Zwergensteinpfad

Eine Familientour ins Wendland – Vor genau 50 Jahren wütete hier und in der Lüneburger Heide ein verheerendes Feuer

„Raus aus der Stadt und rein ins Grüne“ – so lautet das Motto vieler Städter an Wochenenden. Schöne Natur findet sich vielerorts, doch gerade Kinder brauchen mehr als Wiesen und Wälder. Sie brauchen Abwechslung, Abenteuer und Entdeckungen. Vor allem die Regionen an der früheren innerdeutschen Grenze können all das bieten, sind sie doch größtenteils wenig bewohnt und zeichnen sich durch urwüchsige Natur aus. Wer im norddeutschen „Vierländereck“ (Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt) danach sucht, der wird schnell in der Region Wendland-Elbe fündig. Zentral gelegen und gut erreichbar, erwartet Familien dort ein entspannter Urlaub mit einem Mix aus Natur, Kultur und Erlebnis.

Die Region im östlichen Niedersachsen rund um die Elbtalauen und die Nemitzer Heide ist geprägt von einer einzigartigen Landschaft, die sich zu Fuß, per Fahrrad, mit dem Pferd oder auch auf dem Wasser mit dem Kanu erkunden lässt. Zahlreiche Seen laden im Sommer zum Baden ein, an stillen Uferstellen kann ge-

angelt oder einfach die Natur genossen werden. Für Kinder gibt es viele Spielplätze, familienfreundliche Wanderwege und sogar eigene Themenpfade. Besonders beliebt ist der Zwergensteinpfad, auf dem der Nachwuchs den Spuren der Zwerge

folgen und dabei auf spielerische Weise die Flora und Fauna mitten im Naturschutzgebiet entdecken kann.

Doch das Wendland hat noch viel mehr zu bieten. Eine Besonderheit sind die sogenannten Rundlingsdörfer – histo-

rische Siedlungen mit ringförmig angeordneten Fachwerkhäusern. Diese architektonische Rarität lässt sich besonders gut mit dem Fahrrad erkunden, etwa auf einer Tour zum Freilichtmuseum Lübeln. Wer danach Lust auf eine Pause hat, genießt ein paar Kilometer östlich auf dem Marktplatz von Lüchow ein Eis, während Kinder sich auf den umliegenden Plätzen austoben. Die entspannte Atmosphäre der Region lädt dazu ein, den Tag in einem der Freibäder ausklingen zu lassen – mit Erfrischung und Weitblick.

Auch das kulturelle Angebot der Region ist überraschend vielfältig. Insgesamt 13 Museen widmen sich ganz unterschiedlichen Themen: Im Waldmuseum Naturum etwa können Besucher auf Lehrpfaden die Gührde erkunden, während im Grenzuseum Geschichte lebendig wird.

In diesem Sommer steht zudem ein besonderes Jubiläum an: Vor 50 Jahren wütete ein großer Waldbrand im Gartower Forst. Ab August erinnern verschiedene Veranstaltungen daran, unter anderem mit einer neuen Ausstellung im Nemitzer Heidehaus und im Feuerwehru-

seum. Wer regionale Lebenskultur hautnah erleben will, besucht eines der vielen Feste, Märkte oder Musikveranstaltungen, etwa im Rahmen der „Kulturellen Landpartie“, die Kunst, Musik und Handwerk in die Dörfer bringt.

Anreisende Familien können bequem Bahn und Rad kombinieren und vor Ort viele Strecken per Fahrrad zurücklegen. Mit dem Wendland-Tagesticket kommt man für 5 Euro clever von A nach B durchs gesamte Urlaubsgebiet. Ein echtes Glanzlicht ist das Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalaue, das Teil des UNESCO-Biosphärenreservats „Flusslandschaft Elbe“ ist. Die vielfältige Natur mit Auwäldern, Dünen und Gewässern bietet ideale Voraussetzungen für naturbezogene Aktivitäten. Familien können an Führungen durch zertifizierte Natur- und Landschaftsführer teilnehmen, vom Aussichtsturm die Vogelwelt beobachten oder bei einer Bootstour die Flusslandschaft entdecken. Mit etwas Glück lassen sich sogar Seeadler oder Störche sichten.

● www.wendland-elbe.de



Im August blüht die Erika: Kutschfahrt durch die Nemitzer Heide

● FÜR SIE GELESEN

Mordfälle im Geisterhaus

Kriminalrat Gustav Heller, der seinen Dienst im August 1881 in der Nähe von Dresden versieht, muss einen Todesfall klären. Ein Mann ist während einer Séance gestorben. Alle Teilnehmer bestätigen, dass der Verstorbene wegen der Stimme, die durch Medium sprach, weiß geworden ist und auf der Stelle tot umgefallen ist. Die Stimme sprach von einem roten Verlies.

Heller und sein Assistent machen sich auf die Suche nach diesem Ort. Die Geisterbeschwörerin Adele Blumfeld wohnt in einem alten Haus, in dem es spuken soll. Kurze Zeit nach dem Tod des Séanceteilnehmers wird dort eine Erhängte im Dachgeschoss gefunden. Es soll ein Ort sein, der Selbstmörder anzieht. Heller glaubt nicht an Geister, muss dann aber doch gruselige Beobachtungen machen.

Frank Goldammer beschreibt in seinem Krimi „Haus der Geister“ die damaligen Verhältnisse authentisch und benutzt Worte des damaligen Sprachgebrauchs. Es ist der zweite Roman mit Kriminalrat Gustav Heller.

Angela Selke



Frank Goldammer: „Haus der Geister“, dtv, München 2025, Taschenbuch, 382 Seiten, 17 Euro

Tod eines Gnadenlosen

Im Essener Gerichtsgebäude feiert 1949 der berühmt-berüchtigte Richter Vahrendonk seinen runden Geburtstag. Er erhält per Boten Marzipankekken, nach deren Genuss er sterbend zu Boden fällt. Kommissar Carl Bruns wird mit der Aufklärung beauftragt. Dieser versucht anhand per Post einlieferter Hinweise, den Mörder zu finden. Die Nachrichten sind getippte Anklageschriften, die Vahrendonk während der NS-Zeit verfasst hatte. Er galt als gnadenloser Richter, der viele Unschuldige in den Tod schickte. Es scheint, dass sich ein Angehöriger der Opfer rächen will. Bruns und sein Kollege Bloom fahren durchs zerstörte Essen. Die Alliierten ziehen sich, die Gerichtsbarkeit wird mangels Alternativen wieder in die Hände ehemaliger NS-Richter gelegt. Die Richter glauben, dass sie seinerzeit, gemäß der NS-Gesetze, richtig gehandelt hätten.

Eva Völlers Roman „Alte Taten, neuer Zorn“ ist lebendig, feinfühlig und bildreich geschrieben. Vorher sollte man allerdings den ersten Band „Helle Tage, dunkle Schuld“ lesen. Völlers weiß, wovon sie spricht, war sie doch selbst Richterin und Rechtsanwältin. Die Verstrickungen der Justiz im NS-Regime zu ergründen, ist ihr ein besonderes Anliegen. Mit Kommissar Bruns ist ihr ein interessanter Charakter gelungen, der Vorfremde auf neue Fälle macht.

A.S.



Eva Völlers: „Alte Taten, neuer Zorn“, Droemer Verlag, München 2024, Taschenbuch, 400 Seiten, 16,99 Euro

LANDKARTE DER WOCHE



Bezauberndes östliches Masuren

Für eine Reise ins südliche Ostpreußen hält der Blochplan-Verlag eine Neuauflage der detaillierten Landkarte „Ost-Masuren“ bereit

BILD: MALURTIUS/MIKOLAJ GOSPODAR

Von Angerburg bis Lyck – Wer eine Reise in den Osten Masurens plant, wird die Landkarte „Ost-Masuren“ aus dem Blochplan-Verlag nicht missen wollen. Die Landkarte im Maßstab 1 : 100.000 enthält neben Sehenswürdigkeiten wie Burgen und Kirchen auch Hinweise auf Möglichkeiten für Wassersport oder Fahrradtouren in die bezaubernde Natur Masurens.

Die Landkarte enthält alle Orte und Wohnplätze von vor 1945, mit ihren ursprünglichen und den heutigen polnischen oder russischen Namen. Auch heute nicht mehr existente Orte werden aufgeführt. Ein Ortsverzeichnis hilft beim Auffinden der Orte. Zusätzlich enthält die Landkarte einen Stadtplan von Goldap

Manuela Rosenthal-Kappi



„Ost-Masuren. Landkarte im Maßstab 1 : 100.000“, Blochplan Verlag, Berlin, 3. Auflage 2025, Karte 84 x 60 cm, gefalzt 15 x 21 cm, 8,95 Euro

RAUMFAHRT

Von alten und neuen NASA-Projekten

Christoph Seidler klärt auch über die weniger romantischen Seiten der Apollo-Missionen auf

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 14. Dezember 1972 starteten die beiden US-Astronauten Eugene Cernan und Harrison Schmitt mit ihrer Landefähre „Challenger“ von der Mondoberfläche, um zur Erde zurückzukehren. Seither hat kein Mensch mehr den kosmischen Begleiter unseres blauen Planeten betreten.

Heute, über ein halbes Jahrhundert später, steht nun allerdings die bemannte Rückkehr zum Mond bevor, wobei das Ganze ein zweites Mal in einen ungleichen Wettlauf zu münden scheint. Während des ersten Rennens zum Mond waren die USA der Sowjetunion bald ein deutliches Stück voraus, weil sie über die besseren Trägerraketen verfügten, und diesmal werden die Vereinigten Staaten wohl vor ihrem jetzigen Hauptkonkurrenten China auf dem Mond landen, denn im Bereich der Raumfahrt hat die Volksrepublik trotz aller Mühen noch Nachholbedarf. Über das vergangene und aktuelle Geschehen im All informiert das Buch „Armstrongs Erben. Was der neue Kampf der Supermächte um den Mond für uns bedeutet.“

Dessen Verfasser Christoph Seidler zählt zu den profiliertesten Raumfahrtreportern Deutschlands. Deswegen kann er nicht zuletzt auch kenntnisreich über die Mondflüge der USA während der 1960er und 1970er Jahre berichten, in deren Verlauf Neil Armstrong am 21. Juli 1969 als erster Mensch den Mond betrat.

Andererseits gehört Seidler aber dem Team der Wochenzeitung „Der Spiegel“ an, deren journalistisches Niveau in den letzten Jahren stark abgesunken ist, wovon beispielsweise die Relotius-Affäre zeugt. Das erklärt möglicherweise, warum das Buch neben Stärken etliche Schwächen aufweist.

Positiv zu erwähnen ist die über weite Strecken spannende und detailreiche Schilderung des ersten Wettlaufs zum Mond, der mit Armstrongs berühmtem „kleinen Schritt für einen Menschen, aber großen Sprung für die Menschheit“ endete, was auf einen klaren Sieg der USA hinauslief.

Spannender Wettlauf zum Mond

In anderen Veröffentlichungen liest man oft kaum etwas über all die profanen, aber dennoch bemerkenswerten Aspekte des Fluges zum Mond und des Aufenthaltes auf dessen Oberfläche. So ließen die Astronauten von „Apollo 11“ bis „Apollo 17“ eben nicht nur US-Flaggen, Gedenkplaketten, wissenschaftliche Instrumente und drei Mondautos auf unserem Erdtrabanten zurück, sondern auch 96 prallgefüllte Beutel mit Fäkalien. Des Weiteren sind Mondspaziergänge gleichfalls deutlich weniger romantisch als es scheint, weil der allgegenwärtige Mondstaub dazu führt, dass die strahlend weißen Raumanzüge binnen kürzester Zeit aussehen, als hätten deren Träger bergeweise Kohlen geschaufelt.

Seidler kennt sich darüber aber auch mit den aktuellen Programmen aus, durch die wieder Menschen auf den Mond gebracht werden sollen – allen voran das „Artemis“-Programm der NASA, das unter anderem dem Zweck dient, bis 2027 zwei US-Astronauten, und zwar eine weibliche und eine farbige Person, in der Südpolarregion unseres Erdtrabanten abzusetzen.

Viele der „Artemis“-Planungen der staatlichen US-Weltraumbehörde NASA sind jetzt freilich hinfällig geworden, weil Präsident Donald Trump das NASA-Budget kürzlich um ein Viertel zusammengestrichen hat. Dem fiel beispielsweise die von Seidler ausgiebig beschriebene, um

den Mond kreisende Raumstation Lunar Orbital Plattform-Gateway (LOP-G) mit europäischer Beteiligung zum Opfer.

Ebenso wird die völlig überbeuerte und technisch veraltete Schwerlastrakete Space Launch System (SLS) von Boeing und Northrop Grumman mit der gleichermaßen antiquierten Raumkapsel Orion von Lockheed Martin und Airbus an der Spitze nur ganze zwei Mal bemannt in Richtung Mond abheben. Danach treten höchstwahrscheinlich die wiederverwendbaren Trägerraketen und innovativen Raumfahrzeuge des Privatunternehmens SpaceX von Elon Musk an deren Stelle.

Spitzen gegen Elon Musk

Das konnte Seidler zum Zeitpunkt der Fertigstellung seines Buches noch nicht in diesem Umfang wissen. Jedoch zeugt es angesichts der schon seit Längerem bekannten Tatsache, dass ein SLS-Start ungefähr 40-Mal mehr Geld verschlingt als der Flug einer SpaceX-Schwerlastrakete, kaum von journalistischer Weitsicht, ständig unterschwellig abwertend über den Raumfahrtkonzern von Elon Musk zu berichten.

Aber der Milliardär zählt eben nicht gerade zu den Lieblingen der linken Presse, zu der inzwischen definitiv auch der „Spiegel“ gehört. Seine Abneigung zeigt Seidler unter anderem, indem er dem Raumfahrt-pionier und unbestrittenen Branchenprimus Musk pauschal unterstellt, „über die Jahre ... zunehmend viel Unsinn gesagt und getan“ zu haben.

Typisch ist des Weiteren, dass in „Armstrongs Erben“ gegendert wird, was das Zeug hält. Wenn Seidler sich in seinem Buch auf das generische Maskulinum beschränkt hätte, statt ständig von „Raumfahrerinnen und Raumfahrern“ zu schreiben, dann wäre das Werk wohl um

einiges kürzer geworden – mit positiven Auswirkungen auf den Papierverbrauch und die Umweltbilanz des Verlages.

Außerdem stört auch der streckenweise kindliche Tenor, wenn es um Erklärungen rund um die Astronomie beziehungsweise Raumfahrt geht. Aber vielleicht ist das Publikum heutzutage ja teilweise wirklich schon so infantil und unwissend, dass derart simplifizierende Darstellungen nötig sind. Auf einen durchschnittlich gebildeten Leser wirken solche Passagen jedenfalls befremdlich.

Simplifizierende Darstellung stört

Darüber hinaus wurde das 332-Seiten-Buch lediglich mit zwölf, und manchmal auch noch ziemlich nichtssagenden Schwarz-Weiß-Fotos bebildert. Das hätte der Verlag anders handhaben können, weil es unzählige wundervolle und instruktive Farbfotos von den Apollo-Missionen und dem Raumfahrtgerät von heute gibt.

Dennoch kann das Buch von Seidler Interessenten an den Mondflügen und deren technischen, wissenschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Aspekten zur Lektüre empfohlen werden, denn etwas Besseres zur Thematik in deutscher Sprache existiert derzeit nicht. Und auch das Preis-Leistungs-Verhältnis kommt trotz der genannten Schwächen insgesamt akzeptabel daher.



Christoph Seidler: „Armstrongs Erben. Was der neue Kampf der Supermächte um den Mond für uns bedeutet“, Piper Verlag, München 2025, gebunden, 332 Seiten, 22 Euro

FRIEDRICH NIETZSCHE

„Wie man mit dem Hammer philosophiert“

Der vor 125 Jahren gestorbene Preuße gilt als einer der Vorläufer der Lebensphilosophie

VON WALTER T. RIX

Der Philosoph Friedrich Nietzsche hat das Bild des philosophischen Hammers als Untertitel seines zentralen Werkes „Götzen-Dämmerung“ (1889) gewählt, um die Art seines Denkens und dessen angestrebter Durchschlagskraft zum Ausdruck zu bringen. Tatsächlich hat dieses Bild seine Wirkung nicht verfehlt, und das gleich in mehrfacher Hinsicht. Es hat dafür gesorgt, dass Nietzsche nicht in der Abgeschiedenheit eines vor sich hindenkenden Philosophen lediglich von einem kleinen Kreis zur Kenntnis genommen wurde, sondern auch von den unterschiedlichsten Geistern bis hin zu revolutionären Kräften, die Aspekte seines Denkens auf ihre Fahnen geschrieben haben.

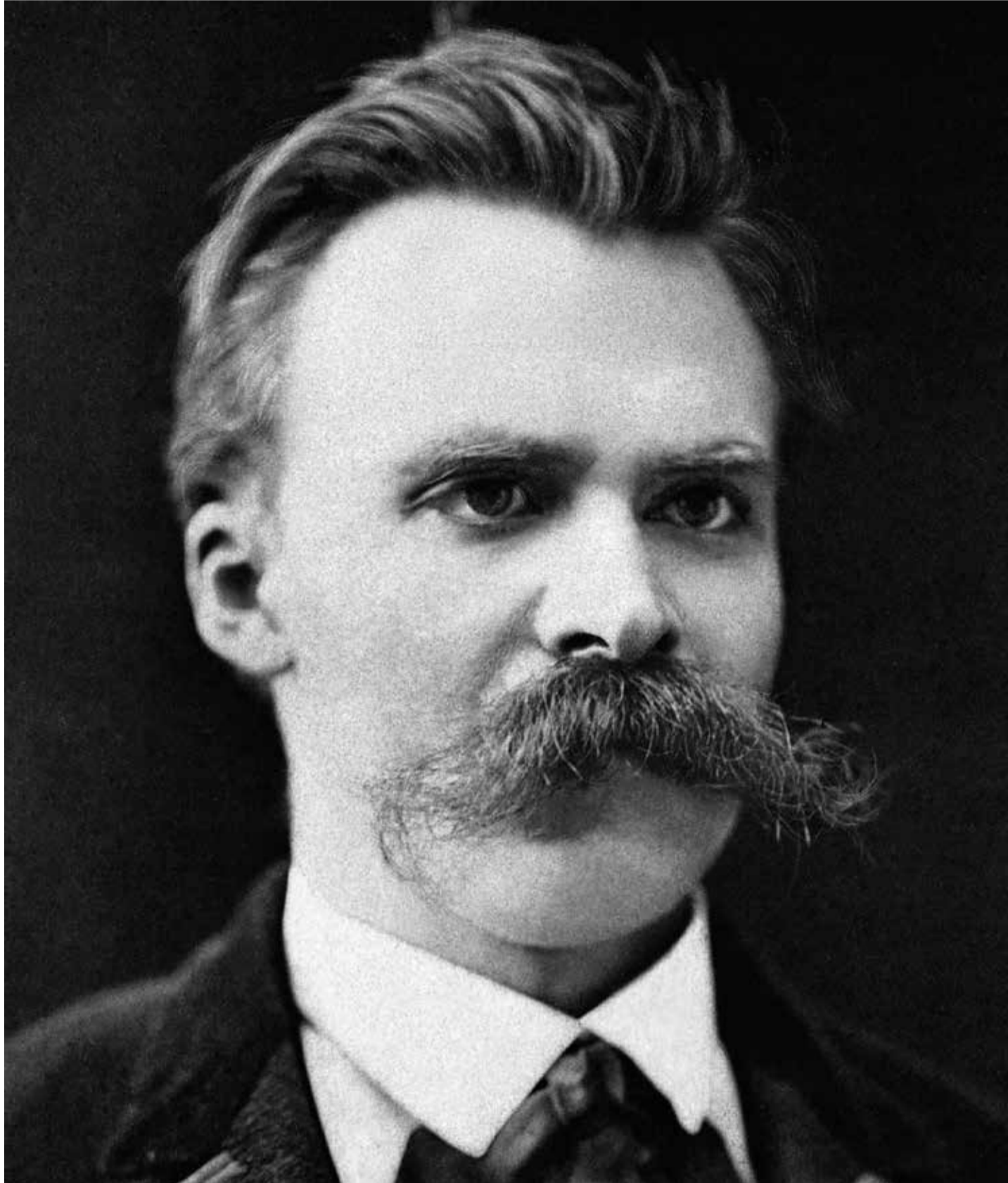
Das Bild ist aber auch eine Art Leseanweisung, die den unterschiedlichsten Interpretationen Tür und Tor geöffnet hat. Bisweilen erscheinen seine Gedanken wie ein Irrgarten, in dem die Kritiker etwas hilflos herumirren. Und so ist sein Werk zu einer Quelle der unterschiedlichsten, nicht selten extrem voneinander abweichenden Deutungen geworden: Man sieht ihn als Verkörperung des Antichristen oder als einen sich verzehrenden Gottsucher, als Zertrümmerer überkommener Werte oder als Prophet einer neuen Ethik.

Nietzsche war ein europäisches Ereignis, dessen Einfluss schon um die Jahrhundertwende weit über Deutschland hinausging. Dieser schlägt sich nicht nur in der Kunst zahlreicher Länder nieder, sondern wirkte sich auch auf die Haltung verschiedener Staaten zu Deutschland aus. Insbesondere England und die angelsächsischen Mächte mit ihrer utilitaristischen Tradition taten sich mit einem angemessenen Verständnis schwer. Man sah in seinem Denken eine typisch deutsche Haltung, die man bekämpfte. Dagegen wies Frankreich, selbst in der schweren Zeit nach 1945, ein differenziertes Verständnis auf. Italien seinerseits ließ sich in seinem Denken und seiner Kunst, so beispielsweise im Futurismus, stark von Nietzsche beeinflussen. Selbst in der Sowjetunion konnte man sich nicht völlig der Faszination Nietzsches entziehen. Einerseits wurde er als Wegbereiter des Faschismus gebrandmarkt, andererseits fühlte man sich von der ihm zugeschriebenen revolutionären Ausrichtung angezogen.

Nietzsches Wirkung im Ausland

Als Persönlichkeit bestätigt Nietzsche die Erfahrung, dass Söhne protestantischer Pastorenhäuser häufig extrem unruhige Geister sind. Er wurde 1844 im Flecken Röcken, heute ein Ortsteil der Stadt Lützen im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt, geboren. Von 1858 bis 1864 besuchte er das ehrwürdige Internat Gymnasium Schulpforta, aus dem viele große Geister hervorgegangen sind wie Friedrich Gottlieb Klopstock, Otto von Manteuffel oder Theobald von Bethmann Hollweg. Daran schloss sich ein Studium der Theologie und klassischen Philologie an den Universitäten Bonn und Leipzig an. Nach Abschluss des Studiums eröffnete sich ihm eine einzigartige Karriere: Unter den fördernden Händen seines akademischen Lehrers Albrecht Ritschl erhielt er, obgleich weder promoviert noch habilitiert, an der Universität Basel eine Professur der klassischen Philologie.

Bereits während seines Studiums hatte er seine Seelenverwandtschaft mit Richard Wagner und dessen im Sinne eines Gesamtkunstwerkes gestalteter Musik entdeckt. Diese Geistesbruderschaft ging jedoch kaum über zehn Jahre hinaus, da



Mitte der 1870er Jahre: Friedrich Nietzsche

Bild: Wikimedia/Friedrich Hermann Hartmann

Wagner nach Ansicht Nietzsches vor dem Christentum schließlich doch „zu Kreuze kroch“. Bereits in „Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik“ (1872) interpretierte Nietzsche die griechische Kultur völlig anders als die gängige Lehrmeinung und leitete damit letztlich den Bruch mit Wagner ein, den er dann 1878 endgültig vollzog und schließlich mit „Der Fall Wagner“ (1888) und „Nietzsche contra Wagner“ (1888) in aller Ausführlichkeit darlegte – bezeichnenderweise die letzten Schriften.

Das Werk „Also sprach Zarathustra“ (1883–1885), das in vier Lieferungen erschien, erweist sich bis heute als großer Wurf, der lebhaft, auch in der Öffentlichkeit, diskutiert wird. Der Leser dieser Schrift sieht sich allerdings mit grundsätzlichen Problemen konfrontiert, denn das ihm entgegenstehende philosophische Gebäude gleicht einem nur schwer durchschaubaren System, in dem sich derjenige etwas hilflos bewegt, der das an Erkenntnissen gewinnen will, die der Urheber in ihm angelegt hat. Was dieses System in scheinbar widersprüchlicher Weise so schwer zugänglich macht, sind außerdem seine Züge der Spontanität, das heißt Gedanken, die offenbar willkürlich aufblitzen, sich jedoch einer höher geordneten und umfassenden Perspektive unterordnen und in ihren Bezügen nicht sofort erkennbar sind.

Mit dem Propheten Zarathustra schuf sich Nietzsche eine Kunstfigur, die sich an den iranischen Religionspropheten Zoro-

aster anlehnt, und die er als Maske benutzt, um seine eigene Weltsicht vorzutragen. Die Sprache des Buches ist in biblischer Diktion gehalten und von Bildern des Jugendstils durchzogen. Entsprechend gehen die Interpretationen auseinander. Es kristallisieren sich jedoch vier Punkte heraus, aus denen sich weitergehende Deutungen ableiten lassen.

Der Zweck von Zarathustra

Zum einen ist es die völlige Umkehr des moralischen Maßstabes: „Wandel der Werte, – das ist Wandel der Schaffenden. Immer vernichtet, wer ein Schöpfer sein muß.“ Nietzsche will im Menschen die dionysische Komponente wecken, jene berausende, in der Überwindung des Alten zugleich schöpferische Kraft, die er der griechischen Kultur zuschreibt. Sein zentrales Angriffsziel ist dabei das Christentum, dessen Bekenntnis zur Nächstenliebe er für eine kulturelle Nivellierung verantwortlich macht.

Weiterhin rückt der Ruf nach dem Übermenschen in das Zentrum: „Gott starb: nun wollen wir, – daß der Übermensch lebe.“ Mit seinem spielerischen Umgang mit der Sprache hat Nietzsche reichhaltig Material für das Missverstehen dieser Vorstellung geliefert, was auch vielfach geschehen ist, so wenn beispielsweise Zarathustra verkündet: „Das Böseste ist nötig zu des Übermenschen Bestem.“ Zweifellos greift Nietzsche mit dieser Idee sehr hoch, aber der Übermensch ist alles andere als eine körperliche Er-

scheinung. Er erweist sich im Grunde als ein zu erstrebender, nahezu seelischer Zustand des Menschen, der ihn von der Metaphysik des Christentums befreit und ihm den Abglanz des Göttlichen verleiht. Auch hier muss die Idee in ihrer zeitlichen Einbettung gesehen werden. Es war die Zeit des Individualismus, in welcher der einzelne mit seiner Tatkraft die sonst üblichen Schranken überspringen konnte.

Mit der Verneinung Gottes konnte der Mensch nun selbst zum Schöpfer und Weltenbauer werden, wofür die zeitgenössische Kunst zahlreiche Zeugnisse liefert. Ein bezeichnendes Beispiel ist James Joyces Protagonist Stephen Dedalus in dem Roman „Portrait of the Artist as a Young Man“ (1916), der sich vor dem jesuitischen Prüfungsausschuss weigert, Gott zu dienen. Da er sich als Künstler begreift, will er als Gegenspieler Gottes seine eigene originäre Welt schaffen. Nicht ohne Grund taucht das Lucifer-Motiv in der Kunst der Jahrhundertwende so häufig auf. Lucifer als gefallener Erzengel und Gegenspieler Gottes wird zur Identifikationsfigur des Künstlers. Die dritte Komponente ist der „Wille zur Macht“, die positive Wendung von Schopenhauers „Wille zum Leben“: „Nur, wo Leben ist, da ist auch Wille: aber nicht Wille um Leben, sondern – so lehre ich's dich – Wille zur Macht!“ Nietzsche zählt zu jenen, die nach der Verneinung Gottes nach einem Prinzip suchen müssen, mit dem sie die Schöpfung erklären können. Er legt daher eine allmächtige, vom Men-

schen nicht zu kontrollierende Kraft zugrunde, die in ihrem unermesslichen Wirken alles Sein beherrscht. Eine derartige Konstruktion ist gleichfalls zeitypisch. Sie findet sich beispielsweise bei dem französischen Philosophen Henri Bergson als élan vital oder bei dem Iren G.B. Shaw als Life Force.

Als vierte Komponente kommt die Zeitauffassung hinzu. Es ist der „Ring der ewigen Wiederkehr“: „Alles geht, alles kommt zurück; ewig rollt das Rad des Seins. Alles stirbt, alles blüht wieder auf; ewig läuft das Rad des Seins.“ Das zyklische Zeitverständnis steht in direktem Widerspruch zu der auf Linearität beruhenden teleologischen Zeitvorstellung des Christentums und dessen Heilsbotschaft. Mit dieser Botschaft will Nietzsche jeglichen metaphysischen Bezug abwerfen und Existenz innerweltlich verpflichten.

Nietzsches Wirkung bis heute

Die Frage nach der in allen Denkbereichen auf der ganzen Welt bis heute anhaltenden Wirkung von Nietzsches Gedanken ist nicht einfach zu beantworten. Zweifellos wollte Nietzsche gehört werden. Er verlieh seinen Gedanken daher ganz bewusst die Gestalt eines sprachlichen Kunstwerkes mit der darin angelegten Wirkung. Hierin erreichte er eine Vollkommenheit, die ihm Interesse und Aufmerksamkeit sicherte. Allerdings offenbart sich die in dem Kunstwerk vorgetragene philosophische Position nicht in Form eines geschlossenen Systems, vielmehr ist sie in Fragmenten mit unterschiedlichen Aussagewerten gehalten, sodass der Rezipient sich herausgefordert fühlt, die einzelnen Teile zu einem Ganzen zusammenzufügen.

Da sich auf diese Weise Philosophie und Kunstwerk in vollkommener Ausführung miteinander verbinden, schafft Nietzsche ein einzigartiges Zeugnis seines Denkens, das schon für sich allein in der Kulturwelt seinen angemessenen Platz findet. Zugleich diagnostiziert er ebenso feinfühlig wie mit unerbittlicher Schärfe die offenen und auch verborgenen Krankheiten unserer Zivilisation. Wie einige Kritiker nicht ganz zu Unrecht meinen, geht ein Teil der Aufmerksamkeit, die man ihm schenkt, auf die überraschte Wahrnehmung unserer von ihm offengelegten zivilisatorischen Misere zurück.

Das Ende des großen Philosophen war weit entfernt von der Vision eines Übermenschen und der Vorstellung eines philosophischen Hammers. In einem Anfall geistiger Umnachtung, möglicherweise ausgelöst durch einen Gehirntumor, soll er 1889 in Turin voller Mitleid den Hals eines misshandelten Droschkengauls umarmt haben. Fortan dämmerte er unter der Obhut seiner Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche, die eifersüchtig über sein Werk wachte, bis zu seinem Tode am 25. August 1900 in Weimar dahin. Das Nietzsche-Archiv durchlebte eine wechselhafte Geschichte, bis es schließlich nach der deutschen Vereinigung von der Stiftung Weimarer Klassik übernommen wurde. Seit 2025 wird der Nachlass auch als Bestandteil des UNESCO-Programms „Weltdokumentenerbe“ geführt. Die von Giorgio Colli und Mazzino Montinari 1967 bis 1977 erstellte kritische Studienausgabe des Gesamtwerkes umfaßt 15 Bände und gilt heute als verlässliche Textgrundlage.

● **Dr. Walter T. Rix** ist Autor der 1974 in Kiel veröffentlichten Dissertation „George Bernard Shaw und Friedrich Nietzsche. Eine Studie zur englisch-deutschen Literaturbeziehung“.

● AUFGESCHNAPPT

Im Bundestag begehrt die Linksfraction über eine Kleine Anfrage Auskunft über staatliche Fördermittel an den Zentralrat der Juden, wurde gerade gemeldet. Eigentlich nichts besonderes, wäre da nicht Anfang des Jahres diese gewaltige, das ganze linke Lager umfassende Empörung über die (später faktisch fallengelassene) Ankündigung der Union, die staatlichen Zuschüsse an zahllose linke NGOs unter die Lupe nehmen zu wollen. Das Ansinnen wurde gar als „Foul gegen die Demokratie“ geißelt. Bei der Vertretung der Juden in unserem Land gilt für die Linkspartei offenbar ein anderer Maßstab. So fügt sich die Anfrage in ein Muster, das auf wachsende antisemitische Absichten am linken Rand schließen lässt. Der jüngste Ausfall bei der Frankfurter Linksjugend, wo ein mittlerweile ausgeschiedenes Mitglied im Netz bedauert hat, dass 52 jüdische Jugendliche nicht aus einem fliegenden Flugzeug gestoßen wurden, erscheint da nur als besonders widerlicher Auswurf des wachsenden Problems namens Linker Antisemitismus. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Für Rico Bandler ist klar, dass christliche Symbole in Europa Vorrang haben müssen etwa vor dem Kopftuch und daher privilegiert zu behandeln sind. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (13. August) schreibt er:

„Westliche Mehrheitsgesellschaften müssen ihre Werte und Traditionen selbstbewusster verteidigen, wollen sie in dem von Globalisierung und Migration geprägten Umfeld ihre Eigenheiten und ihre Identität bewahren. Dies liegt auch im Interesse all jener Migranten, die die freiheitliche Werteordnung zu schätzen wissen – und genau deswegen hierhergezogen sind.“

Cora Stephan wundert sich auf „Achtgut“ (14. August) darüber, dass in Deutschland der „Dialog“ meist insbesondere mit radikalen Moslemvertretern gesucht wird statt mit den demokratischen:

„Warum wird so selten der Schulterchluss mit jenen Muslimen gesucht, die mit Hass und religiösem Eifer nichts am Hut haben? Dabei gibt es davon gewiss mehr als jene, die mit israelfeindlichen Parolen durch die Straßen ziehen oder die öffentlichen Plätze als Gebetsraum missbrauchen. Stattdessen kämpfen die ‚Toleranten‘ für kopftuchbewehrte Lehrerinnen oder gar Richterinnen und lassen sich erzählen, Muslime verweigerten den Handschlag mit Frauen aus Respekt vor ihnen.“

Ulrich Exner und Rasmus Buchsteiner beschreiben in der „Welt“ (14. August) das Dilemma der schwarz-roten Koalition:

„Die Union ... verliert mit jedem Schritt, den sie auf die SPD zugeht, an Zustimmung bei ihrer konservativen ... Klientel. Die SPD ... kann ihrerseits kaum einen inhaltlichen Schritt auf die Union zu machen, ohne weitere potentielle Wähler an die Linkspartei oder auch die AfD zu verlieren.“

Friedrich Dieckmann bezeichnet in der „Berliner Zeitung“ (17. August) das negative Selbstbild vieler Deutscher von ihrer eigenen Nation als falsch und riskant, denn:

„Ein Volk, dem man es aus pädagogischen Gründen erschwert, aus dem Gesamt seiner Existenz ein positives Bild seiner selbst zu gewinnen, kann für sich selbst und andere zu einer Gefahr werden.“

Boris Palmer, parteiloser Oberbürgermeister von Tübingen, im „Focus“ (18. August):

„Obwohl alle wussten, dass die Flüchtlingsbewegung 2015 kaum zu bewältigen ist, gab es an Merkels Appell aus opportunistischen Gründen keine Kritik. Das hat die Ursünde unserer Asylpolitik begründet. Noch heute leiden wir darunter.“

● WORT DER WOCHE

„Wie auch immer man ‚Gerechtigkeit‘ definiert: Klar ist, dass die ‚starken Schultern‘, die Klingbeil so gerne zitiert, schon heute die größte Last der Steuern tragen.“

Andreas Moring weist bei „Nius“ am 19. August darauf hin, dass das oberste Zehntel der Einkommensteuerzahler 58 Prozent des Steueraufkommens trägt

DER WOCHENRÜCKBLICK

Von Venezuela lernen

Wie die Bolivianer ihre Sozialisten verdampft haben, und wie wir uns gegen so etwas wappnen können

VON HANS HECKEL

Das hatte noch gefehlt: Nicht nur, dass Argentinien nach der Regierungsübernahme durch Javier Milei nicht in die Katastrophe gestürzt ist, wie es das linke Lager prophezeit hatte. Ganz im Gegenteil erholte sich das Land selbst für Milei-Fans überraschend schnell von jahrzehntelanger roter Miswirtschaft und den Zumutungen der wirtschaftsliberalen Roskur unter Milei (siehe S. 7). Das ist schon enttäuschend genug für die Anhänger des Sozialismus. Aber nun springt das Milei-Virus zudem über auf die Nachbarschaft.

Beim nördlichen Anrainer Bolivien haben beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen drei Kandidaten des rechten Lagers, ein Christdemokrat, ein Konservativer und ein wirtschaftsliberaler Unternehmer, zusammen locker 80 Prozent der Stimmen abgesehen. Derweil sind die seit zwei Jahrzehnten herrschenden Sozialisten auf fast unsichtbare drei Prozent verdampft. Auch bei den parallel stattgefundenen Parlamentswahlen gingen die Roten komplett unter. Noch 2020 stolzierten sie als Sieger aus dem Wahltag. Im Oktober konkurrieren der Christdemokrat und der Konservative in der Stichwahl um das Präsidentenamt.

Als sie an die Macht kamen, verstaatlichten die Sozialisten als erstes die florierende Erdgasindustrie des ansonsten armen Landes. Anführer war Evo Morales, 2006 der erste bolivianische Präsident mit indianischen Wurzeln, was ihn schon an sich zum neuen Stern am Firmament der globalen „antikolonialistischen“ Bewegung aufsteigen ließ.

Das viele Geld aus dem Gassektor pumpen die Genossen in Sozialprogramme, was die Armut reduzierte und großen Anklang fand. Als die Gasindustrie dann hinlänglich heruntergewirtschaftet war und die Inflation durch die Decke schoss, brach das marxistische Traumschloss erwartungsgemäß zusammen. Nun haben wir den Salat: Die Bolivianer blicken voller Anerkennung auf den „Anarcho-Kapitalisten“ in Buenos Aires, wollen das auch bekommen, was Milei gemacht hat, und haben entsprechend gewählt.

Und es könnte noch schlimmer kommen: Im kommenden Jahr wird auch in Brasilien, Chile, Kolumbien und Honduras gewählt, alle vier bislang links regiert. Fortschrittlichen Beobachtern fröstelt's bei der Aussicht auf eine konservative Welle, die den ganzen Kon-

tinent überrollen könnte. Das hat man nun davon, dass man das Volk einfach abstimmen lässt, wer regieren darf. Die Genossen in Havanna und Caracas haben diese Gefahr rechtzeitig erkannt. Die kubanischen Sozialisten regieren seit Machtantritt Anfang 1959 schon diktatorisch, und die venezolanischen Kampfgefährten haben die dortige Demokratie nach und nach erdrosselt. Die jüngsten Wahlen in Venezuela konnten deshalb ohne Probleme in Grund und Boden gefälscht, Bürgerproteste mit Schmackes in den Staub getreten werden.

So überleben die Regime in den beiden Ländern auch ihre wirtschaftliche Bilanz: Vor Jahren schon erreichte uns die bizarre Nachricht, dass mit Venezuela das erdölreichste Land der Erde unter Benzinknappheit leide. Jetzt hören wir, dass die Zuckerinsel Kuba nur noch 30 Prozent des eigenen Zuckerbedarfs aus heimischer Produktion decken kann und in diesem Jahr nicht einmal zwei Prozent der Menge ernten wird wie 1958, dem letzten Jahr vor der roten „Revolution“. Sie können es halt!

Wenn zwei das Gleiche tun ...

Von solchen Zuständen sind wir in Deutschland noch meilenweit entfernt. Allerdings kann man der Berliner Politik der vergangenen Jahre nicht den Vorwurf machen, dass sie sich keine Mühe macht, auch unser Land in Richtung Ruin zu regieren. Die Rezepte schmecken sogar schon ein wenig venezolanisch-kubanisch: Während dort die Zucker- und Ölbranche an die Wand dirigiert wurde, stürzte man sich hierzulande auf den Automobilsektor und andere industrielle Kerne – mit durchaus beachtlichem Erfolg, wenn wir uns die jüngsten Zahlen zu Insolvenzen und Stellenabbau ansehen.

Auch beim Vergraulen der Qualifizierten und Wohlhabenden scheinen die roten Palmenparadiese Vorbild zu sein: Obwohl die Bundesrepublik schon eine globale Spitzenstellung bei Steuern und Abgaben einnimmt, meint Finanzminister Klingbeil, dass man da noch draufsatteln sollte. Die Alternative wäre schließlich, den verfetteten Staat abzuspicken oder gar den Archipel linksfreundlicher NGOs von den Steuermilliarden abzunabeln.

Ersteres geht schon aus Prinzip nicht, und die NGOs werden immer unverzichtbarer beim Machterhalt. Sie leisten wertvolle Arbeit beim Ersticken oppositioneller Regungen, die ärgerlicherweise immer mal wieder

vorkommen. Und obwohl wir eigentlich gar keine Lust mehr haben, hier schon wieder von der AfD zu reden, bleibt uns leider nichts anderes übrig, weil die Regierenden ja auch immerzu über diese Partei sprechen.

Brandenburgs Innenminister René Wilke, (früher Linkspartei, heute parteilos, aber offenkundig immer noch stramm auf Linie) hat schlagende Gründe vorgestellt, warum er die Blauen „einstufen“ will: Die AfD habe sich als extremistisch entlarvt, weil sie einen „kulturellen Gemeinschaftsraum erzeugt“, in dem man sich verbunden fühle wie mit einem Fußballklub, dazu noch mit eigenen Informationsblasen, in denen man sich homogen fühle als Teil von etwas. So seien aus Wählern Anhänger gemacht worden, weshalb es sich bei der AfD nicht mehr nur um ein politisches Angebot handele, sondern um ein emotionales Zuhause. Aus diesen Gründen sei die Partei „gesichert rechtsextremistisch“, schließt der Minister.

Kurzum: Wilke wirft der AfD vor, was jeder Politikberater jeder beliebigen Partei ins Herz legt: Bindet eure Wähler eng an euch, schafft eigene Kommunikationswege zu den Anhängern und sorgt dafür, dass sich eure Gefolgschaft bei euch zu Hause fühlt. Die alten Parteien der Bundesrepublik haben das jahrzehntelang erfolgreich praktiziert, die SPD besser als alle anderen – auch daher die bemerkenswerte Festigkeit der Stammwählerschaften, die so lange das Parteiengefüge der Bonner Republik prägte. Waren das deshalb alles Rechtsextremisten, die SPD voran?

Ach was, natürlich nicht! Wilke geht es nur darum, allen deutlich zu machen, dass Oppositionsparteien eben nicht (mehr) das Gleiche dürfen, was regierenden Gruppierungen selbstverständlich erlaubt und sogar dringend angeraten ist. Das fühlt sich dann in der Tat schon ein klein wenig venezolanisch an.

Andererseits spricht auch ein Funken Verzweiflung aus Wilkes wirren Worten. Verzweiflung möglicherweise darüber, dass es manch etablierter Partei eben nicht mehr gelingt, ihre Wähler zu halten oder gar wie einst aus Wählern Anhänger zu machen. Weil das nicht mehr so klappt, möchte man die Demokratie möglicherweise soweit zurechtstutzen, dass der Wählerwille ein wenig ausmanövriert wird, damit man auch ohne Rückendeckung des Volkes weiterregieren kann. Dann müsste man nämlich keine Angst mehr haben, in die Wüste geschickt zu werden wie die armen bolivianischen Sozialisten.

Die Genossen haben ihre Länder zwar in Grund und Boden gewirtschaftet. Doch zum Glück hat das Volk nichts (mehr) zu sagen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

